

autonomes
Blättchen



für echten Antimilitarismus!



Impressum:

Nr. 55 Dez 23 - Feb 24

Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer email-Adresse auf:

autonomesblaettchen.blackblogs.org

oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. September, 1. Dezember, 1. März, 1. Juni

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org

autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den *Tor-Browser*) erreichbar.

<https://de.indymedia.org>

<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspunueqdx4csrslhpc2z3haiflnrn6dqd.onion/>

<http://z3wodkq7fhc5jjscptwjf2pojnnaylo6e6ecba52icefvg5jbbjikeid.onion/>

<http://gsxbcvjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elojuzm5zt5abqyid.onion/>

solidarischer zusatzlink:

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuq6h2veztdhicvoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/>

barrikade.info

kontrapolis.info

<http://kontrpoliognxrcdwwxfszih4pifyidfjgg4ktfdu6uh4nn35vjtuid.onion/>

knack.news

<http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/>

tumulte.org

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Noch viel zu wenig Lärm	4
NATO-Manöver im Wendland erfolgreich gestört	5
DE.INDYMEDIA down – NOOP !	6
„Wir sind davon überzeugt, dass die Polizei nicht die Wahrheit sagt“	6
justice4mouhamed	8
Wo bleibt der Aufschrei?	9
Gemeinsame Solidaritätserklärung	10
„Einige Gedanken zum Status Quo und Perspektive der antifaschistischen Bewegung“	12
Aufruf zur Solidarität und offensiven Antifa-„Verherrlichung“!	14
Antifaschismus, Haft und Illegalität	15
Repression in Leipzig	18
Stellungnahme einiger grenzenlosen & transnationalen Linken und Anarchist*innen zum Konflikt in Israel-Palästina	20
Wir trauern um die Opfer der Massaker in Israel und Palästina	22
Es gab es keinen anarchistischen CSD im Jahr 2023 mit unsere Beteiligung. Warum?	24
Feuer an der U-Bahn-Baustelle des Wissenschaftszentrums	25
Autos als Kameras	26
Angriff auf Space Tech Expo Europe	29
Die „grüne“ Farce überall und nirgendwo sonst	31
Klingelingeling, klingelingeling	34
Die Goldgräber der Künstlichen Intelligenz	34
[ITALIEN] LASST UNS DEN KRIEG SABOTIEREN	37
Die Antiautoritäre Bewegung	42
Weitere Einschätzung zur „Letzten Generation“	49
Wiederholt unsere Fehler nicht!	50
Kämpfe für Bewegungsfreiheit	52
FÜRSORGE UND DER SÜSSE DUFT VON DYNAMIT!	54
Der Angriff auf Rojava . . .	55
Rückblick auf Theodore J. Kacynski	56

Moin,

in dieser Ausgabe findest du ein paar Texte, die sich auf verschiedene Weise mit der rasanten Entwicklung der faschistischen und autoritären Rechten beschäftigen. Das halten wir für dringend nötig.

Vor etwa 6 Jahren begann eine Debatte über Faschisierung, die wir sehr wichtig fanden. Sie versandete zwar nach einer Weile, führte aber zu vielen Diskussionen in autonomen und anarchistischen Zusammenhängen. 2024 steht die AfD davor, stärkste Partei in mehreren Bundesländern zu werden. Faschist_innen greifen hier und europaweit nach der Macht. Gleichzeitig überspült die Welle des rassistischen Migrationsdiskurses das Land mit braunem Schlamm. Alle parlamentarischen Parteien überbieten sich mit Vorschlägen aus dem Baukasten rechter Populist_innen (einzig die Linke stottert auf der Stelle).

Wir finden es wichtig, die Debatte wiederzubeleben. Oder zumindest die Diskussionen in den antifaschistischen Zusammenhängen. Die Kriminalisierung und Verfolgung so vieler militanter Aktivist_innen hat nicht zum Aufbrechen des Schweigens geführt, oder? Haben wir uns schon so mit der rechten Hegemonie abgefunden? Es muss was passieren.

Wir wollten eigentlich zur dieser Ausgabe einen eigenen Text zum Thema veröffentlichen - aber leider ist er, bzw. wir mit unseren Diskussionen, noch nicht fertig geworden. Hoffentlich dann aber zur Ausgabe Nr. 56!

Ein weiterer Krieg in Israel und Palästina. Ein weiteres mal werden die Schablonen der Einordnung gezückt. Wir setzen uns in die Brennesseln und sagen ein Weiteres mal: Wir stehen auf keiner Seite der kriegführenden Protagonist_innen. Zwischen den Klerikal-Faschisten der Hamas und einer rechtsextremen israelischen Regierung werden wir uns nicht entscheiden. Wir stehen auf einer anderen Seite. Wir stehen auf der Seite derer, die sich der Logik von Besatzung und Massaker widersetzen; auf Seiten derer, die dem Antisemitismus entgegentreten, ohne das üble Handeln einer rechts-religiösen israelischen Regierung zu verteidigen; auf der Seite derer, die Widerstand gegen die Unterdrückung von Palästinenser_innen unterstützen, ohne der faschistischen Propaganda der Hamas das Wort zu reden. Wir sind in Gedanken bei all den zivilen Opfern dieses elenden Krieges. Wir geben keine wohlfeilen Ratschläge oder Besserwisserien von uns. Wir kämpfen weiter gegen Rassismus, Antisemitismus, Militarisierung und Patriarchat - gegen jeden Staat.

Abseits der Parolen widert es uns an, wie sehr das Massaker vom 7. Oktober von Vielen als Akt des Widerstands verharmlost wird. 1500 Männer morden, brandschatzen, vergewaltigen und nehmen 200 Geiseln. Die Opfer sind fast alle Zivilist_innen. Die Organisation die das zu verantworten hat ist zutiefst patriarchal, frauen- und LGBT+-feindlich und vertritt einen lupenreinen Vernichtungsantisemitismus. Sie ist ein faschistoider, von autoritär herrschenden Aristokraten (v.a. dem Emir von Katar) finanzierter Männerbund. Nichts wäre dringender als ein Aufstand in Gaza, der die Hamas hinwegfegt.

Und: Nichts wäre dringender als ein Aufstand in Israel, der die kriegerische Logik durchbrechen kann. Beides ist nicht in Sicht. Zum Thema sind Texte im Heft.

Und sonst? ...ist es eine sehr interessante Ausgabe geworden! *de.indymedia* war wieder eine Zeit lang nicht erreichbar. Sie haben eine Meldung dazu veröffentlicht, in der sie u.a. mitteilen, dass sie für 2024 damit rechnen, dass die Angriffe so massiv werden, dass das Projekt gefährdet ist. Wir wüssten gerne mehr über diese Einschätzung. Wie konkret sind eure Befürchtungen? Der kurze Text des Indymedia-Kollektivs findet sich im Heft.

Zwei Anmerkungen zu Texten in dieser Ausgabe:

- Im Text *Die „grüne“ Farce überall und nirgendwo sonst* heißt es: „Es ist an der Zeit, den Geistern des Waldes, des Wassers, der Luft und des Bodens zu ehren, (...)“ Wir wissen nicht, ob das konkret oder metaphorisch gemeint ist. Aber wir wollen klarstellen, dass es unserer Meinung nach keine Geister gibt. Ansonsten ist es wie immer: wir teilen nicht jede Aussage oder Formulierung. Den Text halten wir trotzdem für lesenswert!

- Zum Text *Rückblick auf Theodore J. Kacynski*: Wir sind uns nicht sicher in der politischen Einordnung, die der Text macht. Eine umfassende eigene Recherche wäre nötig, ist aber von uns gerade nicht zu leisten. Es gab immer wieder harte Kritik am „Una-Bomber“. Die Auseinandersetzung über seine politische Praxis und Theorie, ist aber vielleicht relevant für aktuelle Auseinandersetzungen, die im Rahmen nihilistischer anarchistischer Praxis stattfinden; Auch für die Auseinandersetzung um Zivilisations- und Wissenschaftskritik. Da der Text versucht differenziert mit den Vorwürfen gegen Kacynski umzugehen, haben wir uns entschieden, ihn zu veröffentlichen.

Beim letzten mal sind Texte aus Versehen nicht berücksichtigt worden. Dafür entschuldigen wir uns. Ein interne Absprache hat nicht geklappt. Draußen geblieben sind dieses mal:

- „*Gegen jeden Krieg! antipatriarchal & antimilitaristisch - Das patriarchale Kommando entmachten!...*“, weil er nicht online veröffentlicht werden soll, wir das Blättchen aber zum Runterladen zu Verfügung stellen und darauf nicht verzichten wollen, weil dieses Angebot von Vielen genutzt wird. Schade.

- „*Sabotage am Hochspannungsmast der Industriepapierfabrik Pont-Évêque*“ Die Übersetzung ist sehr schlecht, vielleicht ist es einfach eine nicht überarbeitete Maschinenübersetzung. Wenn ihr Texte von KIs übersetzen lasst, ist es absolut notwendig, sie noch einmal zu überarbeiten, ansonsten entstehen schnell teils zusammenhanglose Textfragmente.

- „*Baumaschinen zu Asche verbrannt*“ Wir freuen uns, wenn in Bayern viele Aktionen von Anarchist_innen stattfinden. Eine reine Aufzählung von Brandstiftungen die sich nicht von selbst erklären, finden wir aber

politisch sinnlos. Erstrecht, wenn es sich zu großen Teilen um Berichterstattung aus bürgerlichen Medien handelt. Wir denken, dass nicht jede Baumaschine ein Herrschaftsprojekt ist - ohne eine Einordnung bleibt der Sinn der Brandstiftung oft nebulös. Aber vielleicht habt ihr eine andere Meinung. Lasst es uns gerne wissen (durch einen Artikel für die nächste Ausgabe). Den Text findet ihr auf ‚switchoff‘ (veröffentlicht am 16.08.23)

- „Hitzschlag für die Geothermie (und nicht nur)“ – s.o.

Wir wüssten gerne mehr über die Aktionen in Bayern – aber nicht von Bullen oder bürgerlichen Medien. Was ist die Kritik an Geothermie? Warum werden Bagger abgefackelt. Was ist die Kritik an den Baustellen auf denen sie genutzt werden. Man muss nicht immer die Welt erklären. Aber in prahlerischem Stil Sachschäden aufzählen, ist uns etwas zu wenig. Auch hier gilt: Schreibt gerne einen Text, wenn ihr das anders seht. Wir scheuen uns nicht vor einer öffentlichen Diskussion über den Abdruck von Texten.

kommt gut ins neue Jahr, euer Autonomes Blättchen

Noch viel zu wenig Lärm

Blockade, Kleingruppen-Aktionen gegen Nato-Manöver im Wendland.

Antimilitarist*innen ziehen kritische Bilanz

Vielfältige Aktionen kamen dem angekündigten NATO-Manöver im Wendland in die Quere. Seit Samstag, den 11.11.2023 waren Aktivist*innen unterwegs, um mögliche Truppenbewegungen und Infrastruktur des niederländischen Militärs aufzuspüren. Transparente an Brücken und Unterführungen machten Positionen gegen Militär, Krieg und Aufrüstung sichtbar.

Tagelang sah es so aus, als würde sich das Manöver nur auf Schießübungen auf den Truppenübungsplätzen Bergen und Münster Süd beschränken. Gestern / am Mittwoch wurde deutlich, dass die Hinweise auf eine freilaufende Übung im Wendland durchaus ernst zu nehmen waren.

Gestützt auf die veröffentlichte Planung einer sogenannten FTX-Übung versuchte ein Konvoi von Aktivist*innen, die Niederländischen Streitkräfte rund um den Elbe-Seiten-Kanal ausfindig zu machen. Auf aufgeweichten Wegen waren deutlich frische Spuren der geländegängigen Fahrzeuge zu finden, die ganz offensichtlich gerade weiter vorgerückt waren.

Auf der B 493 bei Zarenthin kam es am Nachmittag zu einer erfolgreichen Blockade von Militär-LKW. Bewohner*innen der Freien Republik Wendland stoppten mit ihren Fahrzeugen zwei Schwerlastfahrzeuge. Für einen längeren Zeitraum musste die komplette Bundesstraße gesperrt werden. Aufgelöst wurde die spontan angemeldete Demonstration durch einen überzogenen Polizeieinsatz. Militärpolizei, zivile Fahnder und eine Einheit der 2. Bereitschaftspolizeihundertschaft aus Hannover bahnten den Lastern den Weg und hinderten die Demonstrierenden am Weggehen. Als weitere Kriegsgegner*innen zur Unterstützung der Blockierer*innen dazu kommen wollten, wurden sie durch Polizeikräfte daran gehindert.

Im weiteren Verlauf des Aktionstages wurde ein großer Pulk leichter und schwerer Fahrzeuge beim Funkturm Prepow in der Nähe des Hohen Mechtin von Aktivist*innen aufgespürt. Über einen Aktionsticker wurden weitere Antimilitarist*innen mobilisiert, zum Pampower Berg zwischen Middefeitz und Prepow zu fahren. Dort stießen sie schon auf Polizeikräfte. So wurde eine spontane Kundgebung angemeldet und das Militärlager zwei Stunden mit lauter Musik beschallt. Polizei und Feldjäger*innen ließen die Demonstrierenden nur auf ca. 300m heran.

Heute bereits in den frühesten Morgenstunden waren Aktivist*innen zum Aufspüren und Behindern unterwegs. Scheinbar hatte das Militär das Wendland frühzeitig verlassen.

Deutliche Kritik üben die Aktivist*innen an den verschiedenen Stellen, die eigentlich für Transparenz sorgen müssten: die Mitteilung des Ordnungsamts war für militärisch nicht Vorgebildete nicht zu verstehen; der Pressesprecher des Landkreises fertigte besorgte Fragen damit ab, Informationen könne mensch googeln. Die Niederländische Armee antwortete überhaupt nicht; die Bundeswehr gab falsche Auskünfte. Auf der Grundlage unzureichender Recherche titelte die Elbe-Jeetzel-Zeitung „Viel Lärm um Nichts“ und trug damit zu Irritationen bei. Inzwischen kritisiert ein EJZ-Redakteur selbst die völlig mangelhafte Informationslage. „Wenn die überall nur mauern, verfolgen die einen Zweck: die Öffentlichkeit soll davon abgehalten werden, zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen Stellung zu beziehen. Das geht gar nicht!“ sagt Rosa Panza, eine Sprecherin von MaNöverNö.

„Manöver wie diese sind nur die Spitze des Eisbergs“, betont sie. „Mit der propagierten Zeitenwende hat die Militarisierung der Gesellschaft ein atemberaubendes Tempo angenommen. Wir sollen kriegstüchtig – und fähig gemacht werden - bis hinein in die Köpfe. Selbst das Denken soll auf Kampf getrimmt werden. Krieg und Militäreinsätze werden als alternativlos dargestellt. Es ist an der Zeit, sich hör- und spürbar gegen die wachsende Militarisierung zu stellen. Abrüstung bleibt Handarbeit.“

Die Aktivist*innen halten daran fest: „Es gibt noch viel zu wenig Lärm angesichts der weltweiten Kriege und Aufrüstung.“



NATO-Manöver im Wendland erfolgreich gestört

Entgegen der Behauptung der Bundeswehr fand ab Mittwoch (15.11.) das angekündigte NATO-Manöver der Niederländischen Streitkräfte im Landkreis statt. Militärfahrzeuge wurden den ganzen Tag über in der Region gesichtet.

Am Nachmittag blockierten entschlossene Aktivist*innen zwei Militärfahrzeuge nahe Zarenthien. Mit einem Banner wurde sich gegen Krieg und Aufrüstung positioniert. Nach dem Eintreffen der Polizeikräfte aus Hannover kam es dort zur Vollsperrung der B493. Zuvor konnte der Verkehr noch einspurig die Blockade passieren. Nach zwei Stunden traten die niederländischen LKWs dann zur Freude der Blockierenden den Rückzug an.

Zudem entdeckten Aktivist*innen am Abend ein militärisches Nachtlager an der Radioantenne auf dem Pampower Berg bei Middefeitz. Dort wurde eine bunte Spontandemonstration angemeldet, um ein deutliches Zeichen gegen die Kriegsmaschinerie der NATO zu setzen. Laute Musik sorgte für gute Stimmung und raubte den Soldat*innen den Schlaf.

Aus antimilitaristischen Kreisen hieß es von Horst Schulze: „Unsere Antwort auf Boris Pistorius' Versuch, uns wieder ‚kriegstüchtig‘ zu machen, ist ein entschlossenes Nein zu Militär und Aufrüstung. Soldat*innen sind Mörder*innen egal unter welcher Fahne sie kämpfen.“

zur Dokumentation der Aufruf, der den Aktionen vorrausging:

Markieren // Blockieren // Abmontieren.

NATO- Manöver im Wendland zum Desaster machen...

Vom 11.11. - 16.11. 2023 steht uns eines der größten Manöver der letzten Jahrzehnte bevor, welches direkt hier bei uns vor der Haustür – im idyllischen Wendland stattfinden soll.

Das Manöver findet im Zeitraum vom 3.11 - 1.12.23 statt, der Schwerpunkt bei uns in der Region (mit Nachstellung von Frontabschnitten u.a. in den Gemeinden Lüchow, Clenze, Luckau, Wustrow, Küsten, Dannenberg..etc) Angekündigt sind insgesamt 2500 Soldaten, 350 Radfahrzeuge sowie 32 Panzer Es handelt sich dabei um eine Kriegsübung der Bundeswehr sowie niederländischer Streitkräfte, die als NATO Verbände hier direkt für den Krieg üben sollen.

Wir rufen zu Protest, zivilem Ungehorsam und Widerstand auf. Wir wollen nicht das vor unserer Haustür das Töten von Menschen erprobt wird, haben keinen Bock das unsere Straßen (deren Zustand eh nicht gerade im besten Zustand sind) noch weiter von diesen Idioten kaputtgerockt werden. Des Weiteren lehnen wir auch die naturzerstörenden Begleiterscheinungen, die das ganze mit sich bringen wird, (wie z.B. das Zerstören von Feldern, Wäldern, Hecken etc.) entschieden ab. Abgesehen mal von der katastrophalen Co2 Bilanz die das ganze mit sich bringt wo wir uns doch alle möglichst „klimaneutral“ verhalten sollen.. Gründe gibts also genug weshalb wir dazu aufrufen, das nicht sang und klanglos hinzunehmen sondern den Kriegsstrategen gehörig in die Suppe zu spucken.



Sagt es weiter, Informiert Freund:innen und Nachbar:innen — wenn die Soldaten mit ihrem Tötungsgerät hier aufmarschieren – lasst uns ihnen ein ganz klares NEIN zu KRIEG und AUFRÜSTUNG entgegenschleudern und uns ihnen entschieden entgegenstellen, um unsere Ablehnung von Kriegsvorbereitungen jeglicher Art auf vielfältige Weise zum Ausdruck zu bringen. Hängt Plakate und Banner auf, hinterlasst Parolen um den Kriegsstrategen zu zeigen das sie hier unerwünscht sind. Übt Euch in zivilem Ungehorsam, schließt Euch mit Freund:innen Nachbar:innen zusammen um z.B. Straßen zu Blockieren wenn die Panzer anrollen.

Der Fantasie sind kaum Grenzen gesetzt.

Bildet Banden, Bezugsgruppen und Nachbarschaftskomitees Mobilisiert & Organisiert Euch - Denn ohne Euch wirts nicht laufen.

Seid kreativ denkt Euch selber was feines aus.

Achtet auf weitere Ankündigungen. sagts weiter!

Runter vom Sofa - Rein in den Widerstand!

Wir denken gerade – aber stellen uns Quer – gegen Militarisierung und Kriegsvorbereitungen im Wendland und sonstwo! Kriegsstrategen in die Suppe spucken!

Ziviler Ungehorsam und Widerstand gegen Kriegsvorbereitungen vom 11.11. - 16.11.2023

Catch the tank – Abrüstung ist Handarbeit!

autonome Gruppen

DE.INDYMEDIA down – NOOP !



Oktober 23: Die Seite *de.indymedia.org* schon wieder für Tage nicht erreichbar. Grund dafür sind stark erhöhte Zugriffszahlen, die ausreichen, unsere Infrastruktur zu überlasten. Es wurden Maßnahmen ergriffen, aber die reichen nicht aus. Helfen würden uns kommerzielle Großdienste wie cloudflare. . . , was wir aus Schutzgründen ablehnen.

In der Vergangenheit lässt sich häufig vor Wahlen (Bundestags-, Landtagswahlen) und/oder Großveranstaltungen der Herrschenden ein solches Phänomen feststellen. Ganz bestimmt sind vor solchen Ereignissen Eure Artikel sehr gefragt und bestimmte Gruppen möchten uns in diesen Phasen von der Meinungsbildung fern halten. Die Analyse deutet darauf hin.

de.indymedia.org hat ein begrenztes Budget und ist auf eine klandestine Struktur angewiesen. Deshalb können uns keine kommerziellen Großdienste helfen. Nicht nur, weil sie bei den ersten Anwalt*innen-Schreiben von Rechten oder des Innenministeriums den Saft abdrehen würden – so die Erfahrung!

Ferner ist in letzter Zeit ein erhöhter Repressionsdruck auf linke Projekte festzustellen, die mit einer Hofierung und Förderung rechter Strukturen einhergeht. Die uns zur Verfügung stehenden strukturellen Mittel

der Maßnahmen sind vergleichsweise schwächer und macht es den Gegner*innen leichter, uns störend anzugreifen. Das ist nicht nachlässig, sondern Ergebnis langer Diskussionen und die Folge der Schwächung linker Strömungen.

Unser Ziel ist es, so lange wie möglich online zu bleiben. Aber nun zeigt sich die Kehrseite der Maßnahmen.

Server stehen nicht unbedingt dort, wo die stärksten Leitungen zu finden sind, sondern dort, wo wir mit hoher Wahrscheinlichkeit gewährleisten können, einen Weiterbetrieb bei einem Schlag gegen uns zu ermöglichen.

Wir freuen uns über den inoffiziellen Proxy !

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuq6h2veztdhicvoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/>

Leider ist es gerade sehr sehr schwer Inhalte zu veröffentlichen. Wir schätzen, die Situation wird sich spätestens nach den Wahlen entspannen. Wir hoffen auch, dass es die Gegenseite viel Geld gekostet hat, was an anderer Stelle fehlen wird. Aktuell sind wir nur überlastet, aber wir rechnen mit einem größeren Angriff auf die Struktur innerhalb des nächsten Jahres. Deshalb: Baut Parallel-Strukturen auf! Macht Backups! Werdet laut, wenn es so weit ist!

solidarische grüsse
das indy-kollektiv

NUTZT TOR !

<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspxunueqdx4csrslhpc2z3haiflnrn6dqd.onion/>
<http://gsxabcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion/>

„Wir sind davon überzeugt, dass die Polizei nicht die Wahrheit sagt“

Interview mit dem „Solidaritätskreis Bielefeld Herford“

Das Interview wurde geführt von Britta Kremers

34 Schüsse durch die Polizei auf den 19-jährigen Bielefeld: Der Vorfall am 3. Juni 2023 im ostwestfälischen Bad Salzuflen und auch der Umgang im Nachgang werfen viele Fragen auf. LOTTA sprach mit dem „Solidaritätskreis Bielefeld Herford“ über fehlende Aufklärung und rassistische Stimmungsmache in Herford.

Könnt ihr zu Beginn einmal kurz darstellen, was am 3. Juni passiert ist?

Bielefeld, zu dem Zeitpunkt noch 19 Jahre alt, hat sich eine Woche vor seiner praktischen Fahrprüfung entschlossen, nachts eine Probefahrt zu machen. Keine 200 Meter vom Wohnhaus in Herford entfernt fiel er einer zivilen Streife auf, weil er das Licht nicht eingeschaltet haben soll. Dieser Kontrolle versuchte Bielefeld zu entgehen und flüchtete. Im Laufe der Verfolgung schlossen sich vier Streifenwagen der Zivilstreife an, insgesamt dreizehn Polizist*innen waren nun im Einsatz, bis die Jagd in der Plaßheide im benachbarten Bad Salzuflen endete. In einer Sackgasse fielen insgesamt 34 Schüsse, von denen sechs den im Auto sitzenden Bielefeld trafen, eine Kugel schlug in seinem Rücken ein und lähmte ihn brustabwärts. Aus sechs Dienstwaffen wurden Schüsse abgegeben. Alle am Einsatz Beteiligten

waren maximal 24 Jahre alt. Mit einem Hubschrauber wurde Bilel in die Universitätsklinik Hannover geflogen, heute befindet er sich in Reha.

Wie waren die Reaktionen nach dem Vorfall? Wie haben sich Polizei und Politik verhalten?

Aus der Politik gab es anfangs keinerlei Reaktionen, schon gar keine Beileidsbekundungen durch die Stadt oder andere. Umso entschlossener reagierte allerdings die Polizei. Unmittelbar nach der Tat zeigte sie Bilel wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis und versuchten Mordes in zwei Fällen an. Inzwischen wird auch gegen seine Mutter wegen angeblicher Duldung des Fahrens ohne Fahrerlaubnis ermittelt. In einer ersten Pressemitteilung behauptete die Polizei, Bilel habe sein Auto als Mordwaffe eingesetzt, weil er durch das Stadtgebiet und auf der Umgehungsstraße bis zu 200 km/h schnell gefahren, in der Plaßheide unvorhersehbar gewendet haben und mit hoher Geschwindigkeit auf Beamte zugerast sein soll. Diese beteuern, Angst um ihr Leben gehabt zu haben. Derartige Aussagen stammen jedoch nur von Polizist*innen, die nicht geschossen hatten und als Zeug*innen vernommen wurden. Beweise, wie Aufnahmen aus Dash- oder Bodycams konnten nicht vorgelegt werden. Nachdem es zunächst hieß, dass alle 13 Polizist*innen diese ausgeschaltet gehabt hätten, wurde später bekanntgegeben, dass eine der Bodycams für zwei Sekunden aktiv gewesen sein soll. Ein vorläufiges Gutachten besagt, dass Bilels Audi sich in der Plaßheide mit 20 km/h bewegt hat. Anwohner*innen berichteten, dass das Auto eingekeilt gewesen sei, bevor die Schüsse gefallen seien. Der Spiegel zitiert sie mit „Die hatten den doch schon.“ Aus dem Umfeld von Bilels Familie tauchte bereits früh ein Flyer auf, in dem die Darstellung der Polizei angezweifelt wurde. Sogar die Staatsanwaltschaft ließ verlauten, sie glaube der Polizei nicht. Auch wir sind davon überzeugt, dass die Polizei nicht die Wahrheit sagt. Der Unmut zeigte sich auch im öffentlichen Raum. So wurden unter anderem Streifenwagen der Polizei demoliert und überall tauchten Graffitis auf, die auf die Anzahl der Schüsse hinweisen und fordern, dass „den Cops die Knarren abgenommen“ werden sollen.

Für den 15. Juli hattet ihr eine Demonstration in Herford organisiert und Aufklärung gefordert. Was ist im Vorfeld dieses Tages und am Tag selbst passiert?

Nachdem die Demo angekündigt war, formierte sich ein Block aus bürgerlicher Presse und Polizei, der alles daransetzte, das Anliegen und die Forderungen nach Aufklärung, Gerechtigkeit und Konsequenzen zu diskreditieren. Besonders die lokale Zeitung Neue Westfälische (NW) zeichnete ein völlig überzogenes Eskalationsszenario, in dem sie Vergleiche mit der Situation in Frankreich anstellte. Zur Erinnerung: Zwei Tage nach den Schüssen auf Bilel richteten Polizisten den jugendlichen Nahel im Pariser Vorort Nanterre in einer Verkehrskontrolle mit Kopfschüssen hin. In ganz Frankreich kam es zu militanten Aufständen gegen rassistische Polizeigewalt. Mit diesen Bildern im Kopf der Menschen wurde mit der Angst gespielt. Dabei wurde mit rassistischen Stereotypen krimineller migrantischer Jugendlicher gearbeitet, die in Herford schon lange genutzt werden. Die NW war voll mit reißerischen Überschriften und Fake News, immer wieder nutzte sie als Quelle angebliche Kommentare Herforder Bürger*innen in den Sozialen Medien, die trotz Recherche nicht verifiziert werden können. Am Tag der Demonstration lautete der Titel des Mantels der NW „Salafisten und Extremisten erwartet“. Im selben Artikel gab die Zeitung

DIE POLIZEI



Aussagen des Verfassungsschutzes wieder, denen zufolge keinerlei Kenntnisse darüber vorliegen würden, „ob sich Extremisten anschließen“. Die Herforder Polizei führte dennoch eine sogenannte „Sensibilisierungsmaßnahme“ in der Innenstadt durch, die darin bestand, dass Ladenbesitzer*innen am Tag der Demonstration zur Schließung ihrer Geschäfte gedrängt wurden.

Mit Erfolg?

Ja. Alle Geschäfte wurden am 15. Juli geschlossen, einzelne sogar mit Spanplatten vernagelt. Herford glich an diesem Tag einer Geisterstadt, die gesamte Innenstadt war weiträumig abgesperrt. Einzig Massen an Polizist*innen bewegten sich in der Stadt. Alle drei BFE-Einheiten aus NRW waren im Einsatz, daneben Einsatzhundertschaften aus Bielefeld und Münster, Pferde- und Hundestaffeln und zwei Drohnen. Mehr als 600 Polizist*innen standen etwa 500 Demonstrant*innen gegenüber. Dieses Aufgebot kann nur als massive Machtdemonstration angesehen werden, die die Jugendlichen einschüchtern sollte. Die gesamte Strategie der Polizei war darauf ausgelegt, die Situation zu eskalieren. Die Demonstration wurde nach etwa 200 Metern angehalten und über eine Stunde nicht weiter gelassen. Es gab enorme Provokationen durch die Polizei. Die Demonstrant*innen ließen sich jedoch nicht einschüchtern. Nach der Zwischenkundgebung wurde die Demonstration beendet. Im Anschluss gab es noch mindestens zwei Polizeikessel und etwa zehn Festnahmen. Und die Presse hat die Bilder bekommen, die sie wollte. Wütende Jugendliche, die in einer Konfrontation mit der Polizei stehen. Damit ging die rassistische Kampagne direkt weiter. Auch das rechte Onlinemedium NIUS war vor Ort und produzierte ein Video, das eine enorme Reichweite erlangte und in vielen rechten Kreisen die Runde machte. Dies zeigt, wie anschlussfähig diese Kampagne an die zunehmende rechte Berichterstattung und Meinungsmache ist.

Wie geht's für euch als Solidaritätskreis weiter? Für den 7. Oktober ist ja eine überregionale Demonstration in Herford angekündigt.

Mit der Demonstration am 7. Oktober wollen wir noch einmal Aufmerksamkeit schaffen, unsere Forderungen nach Gerechtigkeit, Konsequenzen und Aufklärung deutlich machen und unsere Wut auf die Straße tragen.

Wir hoffen, dass viele solidarische Menschen den Weg nach Herford finden, denn der Fall Bilel ist noch lange nicht erledigt. Seine Familie lebt hier – und nach seiner Reha wird auch Bilel wieder zurückkommen. Aber auch die Polizist*innen werden weiterhin in dieser Stadt arbeiten, auch noch über Jahre hinweg. Wie wir genau weitermachen werden, steht noch nicht fest. Wir werden aber auf jeden Fall die Verfahren gegen Bilel, Bilels Mutter und die Polizist*innen beobachten und begleiten. Außerdem gibt es im Nachgang der letzten Demonstration Vorladungen und mögliche Verfahren, die wir solidarisch begleiten werden.

Wie können Menschen Bilel und eure Arbeit unterstützen?

Verbreitet die Infos rund um diesen Fall. Auf www.bilel-soli.org findet ihr viele Infos und Material. Wir freuen uns über alle solidarischen Menschen, die zur Demo kommen, erwarten aber erneut ein enormes Polizeiaufgebot. Passt also auf euch auf! Außerdem sammeln wir weiterhin Spenden für Bilel und Bilels Familie, denn es steht zum Beispiel der Umbau des Hauses bevor. Es gibt dazu auch ein Crowdfunding, das alle gerne nutzen können. Falls ihr weitere Ideen habt, was ihr machen könnt und wie ihr unterstützen könnt, dann meldet euch einfach über die Mailadresse bilel-soli@systemli.org.

Wir danken euch für das Gespräch!

[geklaut aus LOTTA - Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen]

justice4mouhamed

Am 19. Dezember beginnt der Prozess gegen 5 Polizist*innen



*498 Tage nach den tödlichen Polizeischüssen müssen sich ab dem 19.12.2023 fünf der insgesamt über zehn beteiligten Beamt*innen der Wache Nord vor dem Dortmunder Landgericht verantworten. Für den Prozess sind zunächst elf Verhandlungstermine bis in den April 2024 hinein vorgesehen.*

Der Solidaritätskreis Justice4Mouhamed wird den gesamten Prozess kritisch begleiten und dokumentieren und ruft zur solidarischen Prozessbeobachtung auf. Am Tag des Prozessauftritts am Dienstag, den 19.12.2023, ist eine Kundgebung vor dem Dortmunder Landgericht angemeldet.

Wünsche der Familie

Wie seit Beginn unserer Arbeit, sieht sich der Solidaritätskreis auch weiterhin der Familie Mouhameds verpflichtet und steht in engem Kontakt mit ihnen. Ihr Wunsch ist auch eine zentrale Forderung des Solidaritätskreises: Ihnen muss die Chance gegeben werden, als offizielle Nebenkläger*innen im Verfahren an diesem teilzunehmen. Darüber hinaus wünscht sich die Familie eine Symbolkraft des Verfahrens über die Bestrafung der Beschuldigten hinaus. Mouhameds Geschichte soll ein Präzedenzfall werden: Die Familie fordert, dass die Polizei endlich die Verantwortung übernimmt und anerkennt, dass Mouhamed zu Unrecht erschossen wurde. Die Tat darf nicht als Notwehrhandlung konstruiert werden: Nicht Mouhamed war der gewalttätige Angreifer, sondern die ihm eigentlich

zur Hilfe gerufenen Polizist*innen! Die Familie erwartet Gerechtigkeit in der Weise, dass Mouhameds Fall sich niemals wiederholen darf. „Nichts auf der Welt wird Mouhamed zurückbringen. Wir wollen Gerechtigkeit in Mouhameds Namen und für die Familie Dramé. Alle Verantwortlichen, die an Mouhameds Tötung beteiligt waren, müssen erklären, was passiert ist und vor allem Rechenschaft für ihre Taten abgeben. Wir erwarten eine moralische Reparation, in der klar gemacht wird, dass Mouhamed das Opfer war“, stellte Mouhameds Bruder Sidy uns gegenüber fest, als er vom baldigen Prozessbeginn erfuhr.

Was wird verhandelt?

Der Dienstgruppenleiter des Polizeieinsatzes ist wegen Anstiftung zur Körperverletzung angeklagt. Zwei Polizistinnen und einem Polizisten wird wegen des Einsatzes von Pfefferspray bzw. Tasern gefährliche Körperverletzung im Amt vorgeworfen. Der Polizist, der direkt (0,7 Sekunden) nach dem zweiten Taser-Einsatz Mouhamed mit 6 Schüssen aus einer Maschinenpistole erschoss, ist wegen Totschlags angeklagt.

Der Einsatzleiter als Gesamtverantwortlicher in der Hierarchie sowie einsatztaktisch vor Ort, sieht sich demnach mit der geringsten Anklage konfrontiert: Einzig sein dezidiertes Befehl zum Einsatz des Pfeffersprays („Einpfeffern . . . das volle Programm“) ist hierbei juristisch angeklagt. Seine Einsatzkonzeption, die Einteilung des sogenannten Sicherungsschützen, der ebenfalls von ihm angeordnete Angriff mit Tasern – all dies findet in der Anklage gegen ihn keine Beachtung.

Der Solidaritätskreis begrüßt die Schlussfolgerung von Oberstaatsanwalt Carsten Dombert, der bereits im Vorfeld des Prozesses feststellte, der Einsatz sei unverhältnismäßig abgelaufen, weit jenseits einer

Notwehr- oder Nothilfelage. Die Polizist*innen hatten eine statische Lage vorgefunden und diese durch ihre falsche Einsatztaktik eskaliert. Nur jene, die Mouhamed direkt mit Waffengewalt angriffen, sehen sich nun einer juristischen Konfrontation gegenüber – alle übrigen am Einsatz Beteiligten bleiben bis heute gänzlich unbelangt.

Unsere Erwartungen an den Prozess

„Unabhängig vom Verlauf und den Ergebnissen des Prozesses steht für uns fest, dass der Einsatz eine komplett einseitige Gewalteskalation war. Keine Einsatzkonzepte oder Richtlinien der Polizeiarbeit können diesen gewaltsamen Tod rechtfertigen, genauso wenig wie die juristische Reduktion auf individuelles Fehlverhalten oder einen Einzelfall!“ Nur zwei Prozent aller angezeigten Gewalttaten durch Polizist*innen werden vor Gericht angeklagt und einzig der Fakt, dass hier durch den immensen öffentlichen Druck, die von der Dortmunder Polizei zuerst gewählte Strategie der Vertuschung nicht aufging, führte zu diesem Prozess. „Auch am Ende des Prozesses wird unser Kampf gegen rassistische Polizeigewalt sowie strukturelles Versagen der Institution Polizei nicht abge-

schlossen sein. Wir werden auch weiterhin gemeinsam mit der Familie Dramé für Gerechtigkeit kämpfen und an Mouhamed erinnern“, so eine Sprecherin des Solidaritätskreises.

Der Solidaritätskreis begrüßt einen kürzlichen, recht spontanen Besuch seitens der Familie hier in Dortmund, bei dem sie erstmals am Tatort trauern konnten.

Bei diesem kurzen Aufenthalt in Deutschland, der nicht vom Solidaritätskreis organisiert wurde, konnten Mouhameds Vater Lamine und sein Bruder Sidy Dramé persönlich begrüßt werden. In diesem Zusammenhang haben sie ihren Wunsch, beim Prozess vor Ort zu sein, nochmals bekräftigt

„Wir werden alles daran setzen, um der Familie Dramé die Teilnahme am Prozess zu ermöglichen“, so der Solidaritätskreis. Um dieses Ziel zu erreichen, wird in Kürze eine Spendenkampagne starten.

Wir fordern Gerechtigkeit!
JUSTICE FOR MOUHAMED!

Wo bleibt der Aufschrei?

Zu den öffentlichen Fahndungen nach Antifas

Am 3. November 2023 titelte das Springerblatt BILD in seinem Leipziger Regionalteil: „Die neuen Gesichter der Hammerbande – Polizei veröffentlicht Steckbriefe des linksextremen Schlägertrupps“. In dem reißerischen Artikel werden mehrere Bilder von jungen Genoss:innen mit ihren Vor- und Nachnamen abgedruckt. Diese erneute Öffentlichkeitsfahndung durch die Hintertür knüpft an zahlreiche Diffamierungen und Repressalien in den vergangenen 9 Monaten an.

Hier eine Chronologie dieser Maßnahmen:

15. Februar 2023: Die ungarische Polizei veröffentlicht persönliche Informationen und Gesichter der ersten drei Beschuldigten aus dem Budapest-Komplex. Zahlreiche Zeitungen greifen diese Bilder auf.

7. Mai 2023: Veröffentlichung der ersten Bilder und Namen durch die Print-Ausgabe der Bundes-BILD unter dem Titel „Die brutalen 7“. Jene Bilder wurden zuvor vor allem durch einen rechtsradikalen X-Account (ehemals Twitter), sowie durch mehrere extrem rechte Onlinezeitungen öffentlich verbreitet.

12. Mai 2023: Veröffentlichung eines Artikels durch den Spiegel, welcher eine „Behördenwarnung des BKA“ zitiert, die „Parallelen zur RAF“ vermutet. Es werden eine Radikalisierung im Untergrund und professionelle Vorbereitung auf das Abtauchen erdichtet.

18. August 2023: Der Spiegel verbreitet die polizeiliche Meldung, dass die Soko LinX des sächsischen Landeskriminalamtes 10 weitere Fahnder

erhält, die sich ausschließlich mit der Suche nach den Verfolgten beschäftigen.

25. September 2023: Das BKA startet gemeinsam mit dem LKA Sachsen und dem Generalbundesanwalt eine bundesweite Öffentlichkeitsfahndung nach einem Genossen. In Bahnhöfen, Behörden, auf riesigen Werbebildschirmen, in allen großen deutschen Zeitungen und sogar zum Teil als Push-Benachrichtigung auf dem Handy wurde mit Bild und Name nach dem Genossen gefahndet. Wie teuer diese einzigartige Großfahndung nach dem Genossen war, möchte auf eine kleine Anfrage einer Landtagsabgeordneten im sächsischen Landtag niemand antworten. Außerdem beteiligen sich viele bekannte Neonazis an der Öffentlichkeitsfahndung und loben zusätzlich zu den 10.000 Euro des LKA Sachsen ein eigenes Kopfgeld aus. Der Fahndung war eine abgestimmte Medienkampagne des WDR/NDR vorausgegangen, die einen Tag zuvor vermeldeten, dass gegenwärtig „20 Linksextreme“ als untergetaucht zählen.

31. Oktober 2023: Mehrere Zeitungen in Deutschland und Ungarn verbreiten die Meldung, dass die ungarischen Behörden „gegen 14 weitere mutmaßlich Beteiligte, unter ihnen zehn Deutsche, einen internationalen Haftbefehl beantragt“ haben.

3. November 2023: Die Bild-Zeitung veröffentlicht erneut Gesichter und volle Namen von zwölf Personen. Darunter diejenigen von vier jungen Menschen, nach denen bisher nicht öffentlich gefahndet wurde. Zuvor waren die Bilder von der ungarischen Polizei veröffentlicht und u.a. durch einem extrem rechten X-Account (ehemals Twitter) weiter verbreitet wor-



den. Auch andere Medien, wie Focus oder T-Online, verbreiten die neuen Fahndungsfotos online.

All diese Maßnahmen, die nicht nur der Fahndung, sondern auch der öffentlichen Delegitimierung dienen, werden von den bürgerlichen Medien mitgetragen und befeuert. Naiv wurden und werden polizeiliche Pamphlete gegen Antifaschismus übernommen und besonders das Narrativ von der „neuen RAF“ in der öffentlichen Wahrnehmung forciert. Wenngleich gemessen an den Fahndungsmaßnahmen der einzig zulässige Vergleich zur damaligen Zeit der anmutende Polizeistaat ist, der immer besessener konstruiert und handelt.

Das erklärte Ziel wird immer deutlicher: Konsequentes Vorgehen gegen organisierte Faschisten soll innerhalb der Gesellschaft und antifaschistischen Bewegung isoliert werden. Divide et impera – es wird versucht, Antifaschismus in guten und schlechten Aktivismus zu spalten, wobei Antifaschist:innen, die abseits von bürgerlichen Normen operieren, „dämoni-

siert und als sog. Kriminelle abgestempelt werden“ (Rote Hilfe Buvo). Aus vorgeworfenen Körperverletzungen gegen organisierte Neonazis formen Dirk Münster (Leiter des polizeilichen Staatsschutzes Sachsen) und Co. staatsgefährdende Terrorismusverbrechen. Realitätsferne Vergleiche mit der RAF oder Radikalisierungsfantasien durch den sächsischen Innenminister Armin Schuster (CDU) befördern dabei nur noch das Unverständnis für antifaschistische Praxis.

Doch wo bleibt der Aufschrei? Immer härter werdende Angriffe des Staates auf unsere Bewegung vor dem Hintergrund einer immer stärker werdenden Rechtsentwicklung. Doch dass die große, drohende Gefahr für die Gesellschaft durch „linksextreme Schlägertrupps“ ein einziger Schwindel der zornigen Polizeibehörden ist, müssen wir entlarven! Denn Antifaschismus ist keine Gefahr für die Allgemeinheit. Wir müssen uns alle wieder mehr als gemeinschaftliche antifaschistische Bewegung verstehen, die zueinander uneingeschränkt solidarisch ist und sich nicht spalten lässt.

Wir treten diesen immer wiederkehrenden medialen und staatlichen Angriffen gemeinsam und solidarisch entgegen!

Wir stehen für einen vielfältigen Antifaschismus auf allen Ebenen und mit verschiedenen Mitteln.

Wir grüßen alle verfolgten Antifaschist:innen nach unbekannt und in die Knäste. Passt auf euch auf! Wir stehen hinter euch!

BASC – Budapest Antifascist Solidarity Committee

Gemeinsame Solidaritätserklärung

Gemeinsame Solidaritätserklärung mit den untergetauchten Antifaschist:innen von antifaschistischen Gruppen und Organisationen aus dem ganzen Bundesgebiet.

Gemeinsam gegen Medienhetze und Öffentlichkeitsfahndung!

Solidarität mit den untergetauchten Antifaschist:innen – für einen ungebrochen aktiven Antifaschismus!

Ende September veröffentlichten die Onlineportale der öffentlich-rechtlichen Sender NDR und WDR einen Beitrag zur „steigenden Zahl untergetauchter Linksextremisten“. Was als Sachinformation gekennzeichnet war, entpuppte sich beim Lesen sehr schnell als ausführlicher Hetzartikel gegen Antifaschist:innen, denen vorgeworfen wird, in Thüringen und Sachsen, sowie in Budapest organisiert und militant gegen Nazis vorgegangen zu sein. Der initiale Artikel wurde schnell von weiteren Medien, wie etwa der Tagesschau, aufgegriffen. Unisono wurde dabei notwendige

antifaschistische Praxis gegen militante Nazinetzwerke in die Nähe von Terrorismus gerückt und so delegitimiert und kriminalisiert. Völlig falsch ist dabei auch die aus der Luft gegriffene Gleichsetzung von antifaschistischen Gruppen und militanten Aktionszirkeln.

Der Artikel erschien augenscheinlich nicht anlasslos, sondern war der Auftakt zu einer neuen und aufeinander abgestimmten Kampagne gegen die antifaschistische Bewegung. Am Montag nach der NDR/WDR-Steilvorlage legten die Sicherheitsbehörden, konkret die Bundesanwaltschaft und das LKA Sachsen, mit einer umfassenden, bundesweiten Öffentlichkeitsfahndung nach: In vielen Innenstädten, an Straßenbahnhaltestellen und Bahnhöfen erschienen großflächige Anzeigen auf Infoscreens, die das Gesicht eines der untergetauchten Antifaschisten zeigen sollen. Mitsamt einer ausgerufenen Belohnung von 10.000 Euro. Die mediale Hetzjagd wurde so durch die öffentliche ergänzt.

Eine Öffentlichkeitsfahndung gegen aktive Antifaschist:innen in diesem Umfang stellt – einmal mehr – eine neue Qualität im Vorgehen gegen Nazigegner:innen dar, wird sie doch sonst im öffentlichen Raum i.d.R. bei Kapitalverbrechen wie Mord oder im Zuge von Terrorismus genutzt. Dieser Schritt der Behörden kommt aber nicht unerwartet, sondern reiht sich ein in die massiven Versuche, gerade in Ostdeutschland, antifaschistische Politik zu kriminalisieren.

Die Behörden wenden hier eine alt(-bewährte) Taktik an: Durch die Stigmatisierung einzelner, in diesem Fall eines Genossen und seiner Aktivität gegen Nazis zum „Staatsfeind Nummer 1“, soll die Bewegung gespalten werden. Eine Bewegung, deren Stärke ihre Vielfältigkeit und Solidarität ist und die sich nicht in „gute, weil harmlose“ Antifaschist:innen und vermeintliche „kriminelle Schlägertruppen“ aufteilen lässt.

Die Öffentlichkeitsfahndung ist also ein Angriff auf die antifaschistische Bewegung als Ganzes und ihr sollte – unabhängig von der Bewertung der Aktionsform der untergetauchten Aktivist:innen – deswegen auch gemeinsam entgegengetreten werden.

Denn die Art und Weise, wie nun Jagd auf den Genossen gemacht wird, soll gleich mehreres bezwecken: Zum einen wird versucht den Untergetauchten jegliche Handlungs- und Bewegungsspielräume zu nehmen, zum anderen sollen solidarischen Unterstützer:innen abgeschreckt werden und natürlich hat die „Terror-Fahndung“ zum Ziel, Menschen vom konsequenten und notwendigen Vorgehen gegen bewaffnete Nazis abzuhalten. Damit stärken die Behörden letztlich die sich ohnehin im Aufwind befindlichen rechten und faschistischen Kräfte, gerade in Thüringen, Sachsen oder Ungarn.

Der Staat und seine Institutionen zeigen hier also einmal mehr, dass sie alles andere als eine neutrale Instanz sind. Seit 1990 haben Nazis über 200 Menschen in der Bundesrepublik ermordet, mit dem NSU existierte über Jahre eine von staatlichen Stellen z. T. gedeckte bewaffnete Gruppe im Untergrund und gegen knapp 600 Rechte gibt es einen offenen Haftbefehl. Öffentlichkeitsfahndung oder in anderer Form entschiedenes Vorgehen in diesem Zusammenhang: Fehlanzeige.

Es ist nur folgerichtig, wenn in Anbetracht dieser konkreten Gefahr antifaschistischer Selbstschutz von unten organisiert und militante Nazinetzwerke zurückgedrängt werden. Umso früher, desto besser – bevor und nicht nachdem wieder Unterkünfte brennen und Menschen ermordet werden.

In diesem Sinne: Hut ab vor Antifaschist:innen, die Nazis dort etwas entgegensetzen, wo sie sich ansonsten frei entfalten können. Ob in Eisenach, wo die Nazis regelmäßig Kampfsport trainieren und Anschläge auf Linke und Migrant:innen planen, in Sachsen, wo sie regierungskritische Bewe-

gungen mit Massencharakter anführen, oder in Budapest, wo ganz andere Verhältnisse herrschen, Faschist:innen vom Staat hofiert werden und zu hunderten an offen NS-verherrlichenden Events teilnehmen können. Und zu guter Letzt Polizei und Justiz mit aller Härte gegen die verbliebenen Antifaschist:innen vorgehen.

Wir müssen dieser neuen medialen Hetze und dem immensen Druck der Behörden auf Einzelne gemeinsam entgegenreten. Tun wir das nicht, tragen wir am Ende zur Schwächung der antifaschistischen Bewegung bei. Und das wäre in der aktuellen Situation fatal. Auch wenn wir uns im konkreten Handeln nicht immer einig sind, so sind doch Vielschichtigkeit, die unterschiedlichen Aktionsformen und die uneingeschränkte Solidarität untereinander seit jeher eine Stärke der antifaschistischen Bewegung. In Anbetracht der aktuellen Rechtsentwicklung ist all das mehr denn je gefragt.

Solidarität mit den Verurteilten im Antifa-Ost-Komplex und den Inhaftierten in Budapest!

Solidarität mit den Untergetauchten und jetzt von der Öffentlichkeitsfahndung Betroffenen!

Lasst uns das Netz der Solidarität weiter knüpfen!

Deshalb: Setzt sichtbare Zeichen der Solidarität mit den betroffenen Antifaschist:innen. Unterstützt diese Solidaritätserklärung, verschafft den Betroffenen politische Rückendeckung, sammelt Geld für Prozesskosten und Co. Setzen wir der Öffentlichkeitsfahndung gemeinsam etwas entgegen.

10. Oktober 2023

Antifa Kassel • Antifa NT München • Antifa United Rostock • Antifaschistische Aktion Koblenz • Antifaschistische Aktion Regensburg • Antifaschistische Aktion Süd • Antifaschistisches Aktionsbündnis Stuttgart & Region • Antifaschistischer Aufbau Köln/Brühl • Antifaschistischer Stammtisch München • Antifaschistische Basisgruppe Frankfurt/Offenbach • Antifaschistische Initiative Heidelberg (IL) • Autonome Antifa-Koordination Kiel • Communist Action & Theory Marburg • Fantasma - Revolutionäre Linke Kassel • Gemeinsam Kämpfen - Kommunistische Gruppe Freiburg • North-East-Antifascists Berlin • Offenes Antifa Treffen Duisburg • Offenes Antifa Treffen Freiburg • Offenes Antifaschistisches Treffen Augsburg • Offenes Antifaschistisches Treffen Karlsruhe • Offenes Antifaschistisches Treffen Frankfurt • Offenes Antifaschistisches Treffen Mannheim • Offenes Antifaschistisches Treffen Rems-Murr • Offenes Antifaschistisches Treffen Villingen-Schwenningen • Offenes Treffen gegen Rassismus und Faschismus Tübingen und Region • ROSA - Reutlingen for Organisation, Solidarity and Actions • Rote Hilfe OG Stuttgart • Task - Antifaschistische Gruppe Kassel

Debattenbeitrag zu

„Einige Gedanken zum Status Quo und Perspektive der antifaschistischen Bewegung“

Liebe Genoss:innen,

wir wollen euch auch auf euren Debattenbeitrag (<https://de.indymedia.org/node/298127> oder <http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/6532>) antworten, das ganze sind verschiedene, teilweise mehr oder weniger zusammenhängende Überlegungen:

1) Konfrontation mit dem Staat

Wir denken Ausgangspunkt dieser Debatte und vieler – teilweise un-solidarischer – Kritik an militanter, antifaschistischer Praxis, wie sie bspw. Im Rahmen des Antifa-Ost-Verfahrens verhandelt wurde, ist die staatliche Repression und die Konfrontation dieses Teiles einer Antifa-Bewegung mit dem Staat und seiner Gewalt. Die Frage der Solidarität und die Delegitimierung von Antifaschismus in seiner Gesamtheit zwingt hier allerdings die gesamte Antifa-Bewegung, ein Verhältnis zum Staat und seiner Gewalt zu schaffen. Wo sie das nicht schafft, werden Schuldige für die aktuellen politischen Angriffe in den eigenen Reihen gesucht und wird die militante Ebene antifaschistischer Politik nicht mehr als Teil dieser in ihrer Gesamtheit gesehen.

Würde ohne diese Repression, ohne von der „Soko Linx“ durchgestochene Informationen an die Presse, ohne Beiträge des Verfassungsschutzes die Diskussion in der gleichen Form geführt werden? Oder würden nicht breite Teile einer antifaschistischen Bewegung die Aktionen als erfolgreich feiern oder zumindest in einem solidarisch-kritischen Verhältnis zu ihnen stehen und ihre Notwendigkeit anerkennen?

Für uns bedeutet das, einerseits die von euch losgetretene Debatte über Ziele, Taktiken und Co. militanter Antifa-Praxis darzustellen, zu erklären und zu führen. Andererseits glauben wir, dass es auch eine Debatte um Repression und ihre Funktion für kapitalistische Herrschaft braucht, die die inhaltlichen Grenzen einer Antifa-Bewegung verlassen und die Frage nach revolutionären Antworten aufmachen muss.

2) Strategie & Taktik

Ihr schreibt: „Verstärkt zu beobachten ist ein sich immer häufiger artikulierendes strategisches Unverständnis antifaschistischer Militanz.“

a) Auf einen Teil der Kritik trifft dieses Zitat sicherlich zu. Für uns liegt das auch daran, dass militante antifaschistische Praxis innerhalb der Bewegung nicht sehr verbreitet ist und in Teilen isoliert von sonstiger antifaschistischer Praxis stattfindet.

Ein anderer Teil der Kritik rührt für uns daher, dass diese Teile der Bewegung nicht bereit sind, sich damit auseinanderzusetzen. Die Konsequenzen solcher Praxis – persönliche Gefahr, Repression, Verhältnis zu Gewalt und Abgrenzung vom Staat – wollen sie nicht tragen, gleichwohl sie sich ihrer bewusst sind. Solange alles „gut geht“ ist die Kritik hier still, erst wenn es „schief geht“, es also zu Repression kommt, man selbst gezwungen ist, sich in der Frage der Solidarität offen zu verhalten, kommt es zu einer Abgrenzung, mit unterschiedlichen Begründungen. Dahinter stehen entweder bürgerliche Akteure, Sozialdemokrat:innen, Szene-Leute, die ihre politisch-kulturelle Bubble nicht gefährdet sehen wollen. Hier stoßen Diskussionen zwangsläufig auf gesetzte Grenzen.

Eine andere Richtung sind Akteure, die eine grundsätzlich andere Antifa-Strategie verfolgen.

b) Für uns stellen solche Kommando-Angriffe, um die es in der Diskussion bislang maßgeblich geht, aber auch Formen von Auseinandersetzungen am Rande von Demos, Massenmilitanz und sonstige Formen antifaschistischer Politik (Bündnisarbeit etc.) unterschiedliche Taktiken dar. Unterschiedliche Taktiken, die je nach Situation in einer antifaschistischen Strategie benutzt werden, mit dem Ziel einer faschistischen Gefahr zu begegnen.

Eine Bezugsgruppe ist keine „Masse“, Kommandomilitanz braucht ein Verhältnis zur restlichen Bewegung, um nicht isoliert zu werden und damit aus unseren Aktionsgruppen im Umfeld von Demonstrationen keine triebgesteuerten Hooligans werden, müssen wir in der Lage sein, unsere Praxis, die individuelle Motivation dahinter, Ziele und Mittel zu reflektieren und in den Kontext weiterer Gegenwehr stellen.

Für inhaltliche Antworten auf Chauvinismus und reaktionäre Tendenzen reicht ein Draufschlagen alleine (auch wenn es eine Rolle spielt!) nicht aus, sondern muss auch in die Klasse gewirkt und an der Verbreiterung der Bewegung gearbeitet werden.

Wir denken, dass es hierfür eine Organisation braucht, die möglichst viele Aspekte antifaschistischer Praxis vereint, politisch gewichtet und die aktuellen Notwendigkeiten und Taktiken bestimmt, damit so eine stärkere Schlagkraft entwickeln kann.

Das heißt für uns aber nicht, dass alles andere nicht erfolgreich ist und auch nicht, dass in einer großen Organisation alle alles machen und alles wissen müssen, sondern gemeint ist vor allem eine politische Einheit.

Auch denken wir, dass Eine antifaschistische Strategie, die sich starr auf die Bekämpfung des Faschismus und reaktionärer Tendenzen beschränkt, so zwangsläufig an Grenzen stößt und eine revolutionäre Perspektive notwendig ist.

3) Erlebnisorientierte Männergruppen

Wir widersprechen euch, dass nicht jede Auseinandersetzung auf oder am Rande von (Gegen-) Demonstrationen automatisch von „erlebnisorientierten Männergruppen“ zur „eigenen Triebabfuhr“ geführt werden, auch wenn wir wissen, dass solche Formen der Auseinandersetzung in der Regel von Männern dominiert werden.

Eine so pauschalisierende Aussage vergisst zum einen, dass mittlerweile nicht mehr nur Männer das machen – auch wenn sie oft den absoluten Großteil der Gruppen ausmachen. Auch geht es uns nicht darum zu leugnen, dass Antifa-Politik Macker anzieht, auch von patriarchalen Verhalten dominiert ist, Gewalt und Männlichkeit oft Hand in Hand gehen und es hierzu mehr Reflektion in der Bewegung braucht. Damit werden diese Formen für uns aber nicht weniger notwendig. Wir müssen sie vielmehr kritisch angehen, patriarchales Verhalten konfrontieren und dafür sorgen, nicht-männlich gelesene Personen an eine solche Praxis heranzuführen.

4) Antifa–Militanz

a) Kommandomilitanz:

Euren Überlegungen in den Punkten 1 bis 5 teilen wir (wo zuvor bzw. im folgenden nicht widersprochen), denken jedoch, sie beziehen sich vor allem auf Kommandomilitanz. Grob verstehen wir hierunter gezielte und planmäßig durchgeführte Aktionen gegen faschistische oder rechte Akteure oder deren Infrastruktur. Die Aktionen finden losgelöst von klassischen Anlässen statt, sind für Bullen oder Faschist:innen nicht vorhersehbar und zielen darauf ab, die Handlungsräume möglichst effektiv und weitgehend einzuschränken, Infrastruktur zu zerstören, Personen durch körperliche Schäden vorübergehend handlungsunfähig zu machen, damit immer auch Ressourcen zu binden und einzuschüchtern.

Durch die Bedeutung der Ziele für die faschistische Bewegung vermitteln sich solche Aktionen i.d.R. auch selber. Wir würden diese Überlegungen nochmal um 2 weitere Formen erweitern, bei denen wir eine Bedeutung sehen und wo wir eure Abgrenzung falsch finden.

b) Aktionen im Umfeld von Demos o.Ä.:

Hierunter verstehen wir ebenfalls planmäßig vorbereitete, jedoch in der Ausführung dann spontane Auseinandersetzungen am Rande oder im Umfeld von Demonstrationen oder vergleichbaren Anlässen. Ziel soll sein, im Umfeld von rechten Mobilisierungen, jedoch abseits der unmittelbaren Demo- bzw. Gegendemo und damit zunächst außerhalb des polizeilichen Radars, aktiv zu werden, jedoch sind Bullen ggf. schneller zur Stelle.

Wir denken solche Formen können einerseits Menschen nochmal einfacher an Auseinandersetzungen heranführen, da sie etwas niedrigschwelliger sind. Andererseits schränken sie die Handlungsräume von Faschist:innen bei solchen Mobilisierungen ein, sind eine Form des Selbstschutzes,

indem verhindert wird, dass sie selbst Leute angreifen und schaffen im Idealfall eine Atmosphäre der Angst bei Rechten, die noch nicht organisiert sind, bei solchen Mobilisierungen aber Anschluss und Mut finden. Damit wird eine Dynamik auf der Straße nochmal an einer anderen Stelle angegriffen.

c) Massenmilitanz

Sagt der Name eigentlich schon alles, gemeint sind Massen- / Materialblockaden, Scharmützel um die Route oder sonstige direkte Störungen etc. . Orientiert sich für uns immer am Niveau der Massen, soll dieses aber auch weiter steigern. Bietet die einfachste Möglichkeit, Menschen an Militanz heranzuführen. Für uns ist sie wichtig, da sie den Faschist:innen die Straße, also den Ort von gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzung streitig macht.

Auch hat Massenmilitanz für uns nochmal eine besondere Bedeutung, weil wir selbst Erfahrungen einerseits in der Ausführung aber viel wichtiger in der Leitung von ihr machen können. Das ist wichtig, weil wir diese Erfahrungen – aller Formen militanter Politik – nutzen wollen auf dem Weg zu einem revolutionären Bruch und den damit einhergehenden Kämpfen. Massenmilitanz ist hier nochmal wichtiger, weil wir glauben, dass eine Revolution nicht von einer kleinen Gruppe, sondern durch Aktionen breiter Teile der Arbeiter:innenklasse gemacht werden wird, bei denen es unser Anspruch ist, diese schon jetzt zu entwickeln und deren Führung zu erlernen.

Schlusswort

Wir wollen mit diesem Beitrag die Gewalt nicht in Frage stellen, sondern sie eher in ein Verhältnis zu antifaschistischer Praxis setzen. Den wir denken, dass durch eine verbindliche, kontinuierliche Organisation und einer Praxis auf allen Ebenen, die sich dann in Organisationsprozessen wiederfindet, ein Stückweit die Krise der antifaschistische „Bewegung“ überwinden werden könnte. Natürlich wird das alleine wahrscheinlich noch nicht reichen, doch schaffen wir damit bessere Ausgangsbedingungen für kommende Kämpfe.

Auch ist uns bewusst, dass es Unterschiede in der Situation in Ostdeutschland gibt, die ggf. auch nochmal eine andere Gewichtung unterschiedlicher Taktiken erfordern.

einige andere antifas



Aufruf zur Solidarität und offensiven Antifa-“Verherrlichung“! #129Graffiti



von: 129 Freunde

Am 11. Oktober diesen Jahres durchsuchten dutzende Staatsdiener im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft München zeitgleich mehrere Objekte von sechs beschuldigten Personen in Nürnberg. Den Antifaschist:innen wird die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Doch wegen welcher konkreten Straftaten? Sie sollen sich an „Graffitiaktionen an öffentlichen Bauwerken sowie Nahverkehrsmitteln“ beteiligt haben, wobei sie die „Antifa verherrlicht“ haben sollen.

Am 11. Oktober diesen Jahres durchsuchten dutzende Staatsdiener im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft München zeitgleich mehrere Objekte von sechs beschuldigten Personen in Nürnberg. Den Antifaschist:innen wird die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Doch wegen welcher konkreten Straftaten? Sie sollen sich an „Graffitiaktionen an öffentlichen Bauwerken sowie Nahverkehrsmitteln“ beteiligt haben, wobei sie die „Antifa verherrlicht“ haben sollen.

Der Terror-Pragraph §129 wegen Graffiti - Diese Absurdität ist bedauerlicherweise nur eine erneute Zuspitzung in einer düsteren Chronologie der letzten drei Jahre, in der Antifaschismus deutschlandweit kriminalisiert und diffamiert wird. Das es den Sicherheitsbehörden mittlerweile genügt, Graffiti mit solidarischen Botschaften mit nach §129 verfolgten Antifaschist:innen als erhebliche Gefahr zu konstruieren und deshalb den Schnüffelparagraphen einzuleiten, ist allerdings eine alarmierende Verschärfung der Repression.

Klar ist: diese Ermittlungen dienen der Ausforschung antifaschistischer Zusammenhänge, sowie der Einschüchterung und Attacke auf solidarische Menschen, die sich zu handfestem Antifaschismus bekennen. Es ist wieder einmal nur ein geringfügiger Tatvorwurf, der allerdings zu weitreichenden polizeilichen Maßnahmen und aufgeblasenen Ermittlungsverfahren

führt, wodurch sich die Repressionsbehörden wohl politische Stagnation und den Rückzug von engagierten Strukturen erhoffen.

Aus diesem Grund verstehen wir uns solidarisch mit den Beschuldigten aus Nürnberg, sowie allen verfolgten Antifaschist:innen! Doch Empörung als Reaktion auf Repression darf uns nicht genügen – So rufen wir dazu auf, unsere Solidarität auf „öffentlichen Bauwerken, sowie Nahverkehrsmitteln“ zu verbreiten und gemeinsam jetzt um so mehr die antifaschistische Aktion zu „verherrlichen“ ;). Lasst uns dadurch öffentlich auf die zunehmende Kriminalisierung von Antifaschismus aufmerksam machen und unsere ungebrochene Solidarität markieren.

Gerne können solidarische Graffiti unter dem Hashtag #129Graffiti öffentlich auf Social Media verbreitet werden oder an unsere E-Mail-Adresse [antifagraffiti\[at\]riseup.net](mailto:antifagraffiti@riseup.net) gesendet werden, wo wir sie dann im Internet posten.

(Militanter) Antifaschismus bleibt notwendig! Gerade vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Rechtsrucks in der ganzen Bundesrepublik braucht es deshalb eine offensive und solidarische Antifa, die sich nicht spalten oder isolieren lässt.

Auf allen Ebenen! Mit allen Mitteln!

P.S.: Diese klar intendierte, politisch-motivierte Verfolgung von linkem Graffiti nach §129 lässt sich übrigens durch einen aufschlussreichen Vergleich mit der Verfolgung von rechtsradikalen Graffiti beweisen. So aus dem Beschluss des BGHs von 2016 aufgrund des Zusammenschlusses mehrerer Personen zum Zwecke öffentlichkeitswirksamer ausländerfeindlicher Sachbeschädigungen:

„Die Ausrichtung einer Vereinigung auf die Begehung irgendwelcher Straftaten begründet nicht ohne weiteres eine Einstufung als kriminell i.S.d. § 129 Abs. 1 StGB. Vielmehr gebietet der Schutzzweck der Norm eine Einschränkung dahingehend, dass die Vorschrift nur anwendbar ist, wenn die begangenen und/oder geplanten Straftaten eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten, wenn sie somit unter diesem Blickwinkel von einigem Gewicht sind. Das ist regelmäßig nicht der Fall, wenn überwiegend Sachbeschädigungen durch Aufkleber-, Plakat- und Farbsprühaktionen begangen werden, bei denen es nicht zu erheblichen Substanzbeeinträchtigungen kommt und der Inhalt der verbreiteten Parolen zumeist strafrechtlich irrelevant ist.“

Antifaschismus, Haft und Illegalität

Versuch einer Einordnung

Seit Ende September wird öffentlich nach einem Genossen gefahndet, welcher der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung beschuldigt wird und dem Angriffe auf Nazis vorgeworfen werden. Diese Öffentlichkeitsfahndung durch das Bundeskriminalamt und das Landeskriminalamt Sachsen wurde im Vorhinein medial groß angekündigt. In kurz zuvor veröffentlichten Presseartikeln war von 20 Untergetauchten aus dem „linksextremen Spektrum“ die Rede, wurden Parallelen zur RAF gezogen und von einer im Untergrund operierenden Zelle gesprochen. Das Ganze findet im Rahmen der Ermittlungen gegen eine vermeintliche kriminelle Vereinigung im Kontext des Antifa Ost-Verfahrens statt.

Neben mehreren Fotos und persönlichen Informationen, die zu dem Genossen veröffentlicht wurden, wird von den Sicherheitsbehörden eine kopfgeldartige Belohnung von 10.000 Euro für Hinweise in Aussicht gestellt. Dass diese von bürgerlichen Medien unterstützte Fahndung auch von Nazis dankend entgegen genommen und in der rechten Szene verbreitet wurde, überrascht nicht. Diese groß angelegte Öffentlichkeitsfahndung, ihre mediale Begleitung und die weitgehend ausbleibende öffentliche Kritik sind Ausdruck der gegenwärtigen gesellschaftlichen Stimmung. Sie sind vor dem Hintergrund einer erstarkenden Rechten und einem autoritärer werdenden gesellschaftlichen Klima zu sehen, in deren Windschatten eine teils offen faschistische Partei zunehmend konkrete Regierungsambitionen entwickelt.

Es ist kein Geheimnis, dass aufgrund der gegenwärtigen Verfolgung verschiedene Genoss:innen entschieden haben, sich der Repression zu entziehen und unterzutauchen. Motivation hinter diesem Text ist, diesen Fakt anzuerkennen und innerhalb der linken Bewegung eine Debatte darüber loszutreten. Wir haben bemerkt, dass der Schritt des Untertauchens für viele Menschen weit weg von der eigenen Lebensrealität und ihrer politischen Praxis ist und deshalb in der Breite der Bewegung, ihren Strukturen und Zusammenhängen noch kein Bewusstsein darüber entstehen konnte. Wir schreiben diesen Text als Personen, die einen mehr oder weniger direkten Bezug zum Leben in der Illegalität haben. Uns ist bewusst, dass solche Diskussionen zur Voraussetzung haben, dass sie auch gezielt angestoßen und eingefordert werden. Dieser Text soll deshalb ein erster Anstoß sein, über aktuelle Repression, Haftstrafen und die Möglichkeit des Untertauchens zu diskutieren.

Öffentlichkeitsfahndung – Neue Qualität und doch nur die Spitze des Eisbergs

Das Mittel der Öffentlichkeitsfahndung nach Linken ist nicht gänzlich neu. Im Kontext der Angriffe auf Faschisten rund um den „Tag der Ehre“ in Budapest gab es seit Februar bereits mehrere inoffizielle Fahndungen, bei denen u.a. die Bild-Zeitung Namen und Fahndungsbilder verbreitete, welche zuvor durch die ungarische Polizei veröffentlicht worden waren. Bilder des jetzt gesuchten Genossen geistern schon seit Jahren durch rechte Medien, nachdem sie von der Soko LinX an das faschistische Compact-Magazin durchgestochen wurden. Die jüngste Fahndung nach einer

Person in beinahe allen großen Zeitungen und auf etlichen Werbetafeln besaß jedoch ein Ausmaß und eine Verbreitung, wie sie bei Linken zuletzt gegen die bewaffnet kämpfenden Gruppen der 70er, 80er und 90er Jahre eingesetzt wurde. Der betriebene Aufwand ist mit der Suche nach dem Milliarden-Betrüger und in diverse Geheimdienstskandale verwickelten Wire Card-Manager Marsalek vor etwa zwei Jahren vergleichbar. Dies zeigt, dass der Aufwand nicht nur im Verhältnis zu anderen Linken, sondern auch generell ungewöhnlich ist. Auf teilweise ähnliche Art und Weise fahndet das BKA aktuell insgesamt nach etwas mehr als 20 Personen. Das Ziel dieses ganzen Aufwands ist, neben der tatsächlichen Suche nach dem Genossen, auch die öffentliche Diffamierung von konsequentem Antifaschismus. Vergleiche mit der RAF und die ständig wiederholte Behauptung, es könne in „Sicherheitskreisen“ nicht mehr ausgeschlossen werden, dass es irgendwann zu Toten komme, zeichnen ein Bedrohungsszenario, das zu Entsolidarisierung und Isolation der untergetauchten Genoss:innen führen soll. Dazu versuchen LKA Sachsen und BKA mit der Öffentlichkeitsfahndung die Aktionen, die den untergetauchten Genoss:innen vorgeworfen werden, in der Öffentlichkeit zu delegitimieren und rufen öffentlich zur Denunziation eines Antifaschisten auf. In der Bevölkerung soll Angst vor vermeintlich gefährlichen Linken geschürt werden, die schwere Straftaten begehen und sich womöglich noch weiter radikalieren könnten. Dass die vorgeworfenen Interventionen nicht einfach irgendwelche Menschen getroffen haben, sondern gezielt Faschisten angegriffen wurden, scheint dabei kaum eine Rolle zu spielen bzw. wird teilweise aktiv geleugnet.

Die Öffentlichkeitsfahndung ist der vorläufig deutlichste Ausdruck der Repression gegen die antifaschistische und generell linke Bewegung, aber sie steht bei weitem nicht allein. Insbesondere im Kontext des Antifa Ost-Verfahrens und der Ermittlungen wegen der Angriffe auf Faschisten in Budapest kommt es immer öfter zu Versuchen nicht nur die Beschuldigten, sondern auch das solidarische Umfeld und deren Familien einzuschüchtern. Das LKA Sachsen und seine Soko LinX fallen seit Jahren durch eine in Deutschland einzigartige Regelmäßigkeit an Hausdurchsuchungen auf, oft aus fadenscheinigen Gründen und auf möglichst martialische und demütigende Weise. Hinzu kommen immer neue Fälle von Kameraüberwachung und die ständige Drohung weiterer Anklagen nach § 129.

Doch nicht nur in Leipzig lässt sich verschärfte Repression beobachten. In unterschiedlichen Ausprägungen und mit verschiedenen lokalen Schwerpunkten ist das überall in Deutschland immer deutlicher zu sehen. Waren Haftstrafen vor ein paar Jahren noch eher eine Seltenheit, sind wir in verschiedenen Kontexten immer öfter mit der Möglichkeit von Hafturteilen und tatsächlichen Gefängnisaufenthalten konfrontiert. Innerhalb der letzten Jahre gab es alleine in Süddeutschland sechs Hafturteile gegen linke Aktivist:innen.

Auch Repression gegen linke Strukturen nimmt in jüngerer Vergangenheit immer mehr zu. Der erste große Schlag war das, selbst nach den Maßstäben der bürgerlichen Klassenjustiz sehr wackelige, Verbot von linksunten. indymedia als Verein 2017. Darauf folgten verschiedene weitere Vereinigungsverfahren, von denen in der Vergangenheit vor allem türkische und

kurdische revolutionäre Organisationen betroffen waren, welche nun aber immer breiter eingesetzt werden. Neben dem Antifa Ost-Verfahren, wo es bereits zu ersten Urteilen kam, laufen noch weitere Verfahren nach Paragraph 129 bzw. 129a gegen Personen aus Frankfurt, Leipzig oder Berlin. Gegen den Roten Aufbau wurde erst jüngst, nach drei Jahren Ermittlungen, ein solches Verfahren eingestellt. Die Hausdurchsuchungen gegen das Radio Dreyeckland, weil es sich angeblich zum Sprachrohr der verbotenen Vereinigung linksunten.indymedia mache, sowie ein neues Verfahren nach § 129 gegen Personen in Nürnberg, denen die „Verherrlichung der Antifa“ in Form von Soli-Graffiti vorgeworfen wird, reihen sich hier ein.

Zusätzlich wird ein selbstbestimmter Ausdruck auf der Straße immer weiter eingeschränkt oder gewaltsam verhindert, wie sich beim „Tag X“ in Leipzig oder der IAA in München zeigte. Unzählige Verfahren wegen Kleinigkeiten sollen Kapazitäten und Ressourcen binden und die Betroffenen zermürben.

Auf Spurensuche: Woher kommt die Repression?

Für die Zunahme der Repression gibt es aktuell verschiedene prominente Erklärungsansätze. Unter Anderem im Antifa Ost-Verfahren wurden aus (vermeintlich) linken Kreisen entsolidarisierende Erklärungen prominent. Einmal mehr wurde von einem neuen Level der Gewalt schwadroniert, das die Repression nach oben schrauben würde.

Richtig ist: Je konsequenter Antifaschismus handelt und je nachhaltiger Faschisten und andere Rechte zu Schaden kommen, desto härter verfolgt der Staat die vermeintlichen Verantwortlichen. Richtig ist auch: Wer nicht nur punktuell oder spontan gegen Nazis vorgeht, sondern organisiert und verdeckt über einen längeren Zeitraum, stellt sich in einen Antagonismus zum bürgerlichen Staat – stellt ganz konkret das Gewaltmonopol des Staates in Frage – und wird von diesem entsprechend bekämpft. Als Erklärungsansatz für die sich auf verschiedenen Ebenen verschärfende Repression reicht das aber kaum aus. Vielmehr müssen wir uns die gesellschaftlichen Verhältnisse anschauen, in denen die Repression aktuell wirkt. Seit einigen Jahren ist eine Rechtsentwicklung in der BRD zu beobachten, die sich weniger in einem Aufstreben der traditionellen Gruppen der extremen Rechten äußert, sondern tief in den bürgerlichen Parteien angekommen ist. Zwar ist es die AfD, die offen gegen Geflüchtete hetzt und es sind oft rechte Gewalttäter und klassische Nazis, die Geflüchtetenunterkünfte angreifen und Angsträume für Menschen schaffen, die nicht in ihr Weltbild passen. Aber es sind die bürgerlichen Parteien von der CDU bis zu den Grünen, die die Asylgesetze verschärfen. Es ist die Ampel, die in ihrem Haushaltsentwurf für 2024 bis zu 30% der Sozialausgaben streichen will. Es ist die SPD-Innenministerin Nancy Faeser, die AfD-Wahlslogans umsetzt, wenn sie Migrant:innen in Sippenhaft nehmen und angebliche „kriminelle Clan-Mitglieder“ ohne konkrete Vorwürfe abschieben will. Noch vor ein paar Jahren waren faschistische Parteien und Organisationen eher damit beschäftigt, sich mit ihrer Programmatik an bürgerliche Parteien anzubiedern. Mittlerweile geschieht dies eher anders herum: Bürgerliche Parteien versuchen anschlussfähig an rechte Positionen und Forderungen zu sein und lassen sich von diesen treiben.

Die Repression entwickelt teilweise eigene Dynamiken, die sich gegen alles richten, was in einem Kontext als links begriffen wird. Betroffen sind demnach nicht nur die Antifa-Bewegung, die Klimabewegung und Revolutionär:innen, sondern auch parlamentarisch und reformistisch ausgerichtete Bewegungen wie die „Letzte Generation“. Die Zunahme von Verboten und repressiven Vorgehensweisen ist dabei keine einförmige Entwicklung. Parallel dazu wird durch Teile der Behörden noch immer auch eine eher auf Befriedung setzende Strategie verfolgt, die darauf abzielt, widerständige Bewegungen zu integrieren und sie somit ihrer Schlagkraft zu berauben. Der Rechtsruck der bürgerlichen Parteien ist jedoch nicht nur ein opportunistisches und wahltaktisches Nachgeben gegenüber der AfD, auch wenn solche Überlegungen sicher eine Rolle spielen. Die Entwicklung von Kürzungen in den Sozialsystemen, Hetze gegen Geflüchtete oder wie sie in der immer offeneren Militarisierung der BRD zum Ausdruck kommt, ist eine Antwort auf kapitalistische Krisen und zunehmende imperialistische Konkurrenz.

Zuspitzung der Widersprüche und rechte Antworten

Die kapitalistische Produktionsweise spitzt die Klimakrise immer weiter zu, es gibt erste Ansätze einer wirtschaftlichen Rezession in Deutschland, die sich in sinkenden Wachstumsprognosen und Angriffen auf das Renten- und Sozialsystem ausdrückt. Es ist absehbar, dass im Zuge der Umstellung auf „grüne Energien“ wie das E-Auto – die natürlich kein wirksames Mittel gegen die Klimakrise darstellen – zehntausende Arbeitsplätze wegfallen werden. Global spitzen sich Widersprüche unterschiedlicher Machtblöcke weiter in Bezug auf den Zugriff auf notwendige Rohstoffe und politische Einflussphären zu und treten in Form von Kriegen offen zu Tage. Die Kapitalist:innen sind in der internationalen Konkurrenz dazu gezwungen ihre Profite immer weiter zu steigern. Wer verliert, geht unter. In der Konsequenz wird auch die Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse immer weiter intensiviert. In den vergangenen drei Jahren, auch in Folge der Pandemie, ist die Anzahl der in extremer Armut lebenden Menschen sprunghaft angestiegen und sanken die Reallöhne immer weiter, während auf der anderen Seite viele Unternehmen Rekordgewinne meldeten.

Durch die Ausbeutung wirtschaftlich schwächerer Länder ist es aktuell möglich, Teilen der Arbeiter:innenklasse in den politisch, wirtschaftlich und militärisch überlegenen Ländern wie Deutschland noch einen relativen Wohlstand zu ermöglichen und Klassenkämpfe zu befrieden. Doch diese Möglichkeit scheint der Kapitalismus gegenwärtig immer mehr zu verlieren. Die Folge sind Militarisierung und eine Steigerung der Konkurrenz nach Außen, um die eigenen Interessen gegenüber anderen Ländern und Machtblöcken durchzusetzen. Nach Innen äußert sich das in Sozialabbau und steigender Repression sowie einer präventiven Aufstandsbe-kämpfung, die sich durch neue Polizeigesetze, Aufrüstung und allgemeine Gesetzesverschärfungen äußert. All das geschieht im Wechselverhältnis zu gesellschaftlichem Rechtsruck, rassistischer Hetze und autoritären Tendenzen - bildet einerseits deren Grundlage und wird andererseits von diesen weiter verschärft. Gleichzeitig bringt man sich so auch schon einmal in Stellung gegen mögliche linke und revolutionäre Perspektiven auf Ausbeutung und Unterdrückung.

Während die reformistische Linke in Teilen noch nicht einmal den Anspruch verfolgt all das zu ändern, ist auch die antikapitalistische Linke aktuell nicht in der Lage, hierauf fortschrittliche Antworten zu liefern. Dort wo es versucht wird und der Herrschaftsanspruch des Staates punktuell nicht akzeptiert wird, sind wir gesellschaftlich isoliert, wenn nicht gar bedeutungslos. Oft fehlt es neben militanter Praxis auch an einer Organisation, die über eine Bekämpfung des politischen Gegners hinausgeht und eigene Perspektiven entwickelt.

Zur Wahrheit gehört auch, dass nicht nur linke bzw. antifaschistische Organisation von massiver Repression betroffen ist, sondern von staatlicher Seite in den letzten Jahren zumindest punktuell auch gegen rechte Gruppen vorgegangen wird. Die jüngsten Verbote faschistischer und rechtsterroristischer Strukturen zeigen, dass relevante Teile der herrschenden Klasse in Deutschland momentan noch kein Interesse an einer faschistischen Machtergreifung haben. Rechte und reaktionäre Krisenantworten stellen den Kapitalismus jedoch niemals in Frage, sie verschärfen ihn vielmehr. Eine antikapitalistische und antifaschistische Linke hingegen bleibt, trotz gesellschaftlicher Isolation, immer eine - wenn auch aktuell mehr abstrakte - Gefahr für den bürgerlichen Staat.

Wie weiter?

Das Fehlen großer Klassenkämpfe und gesellschaftlicher Bewegungen in Deutschland verstärkt die Gefahr der Isolation fortschrittlicher Kräfte, die das Gewaltmonopol des Staates auch praktisch in Frage stellen. Dieser können wir nur durch eine konstante und ausdauernde Aufbauarbeit begegnen, die auf Ansprechbarkeit und Sichtbarkeit in der Gesellschaft setzt und sich an den Widersprüchen in der Gesellschaft und aktuell stattfindenden Kämpfen orientiert, Teil dieser wird und bereits im Kleinen fortschrittliche Perspektiven aufzeigt. Ganz konkret sorgt das auch dafür, dass linke Perspektiven populärer werden, sich weniger Menschen an Denunziationskampagnen wie der erwähnten Öffentlichkeitsfahndung beteiligen und es das Potential für eine breitere Basis und Unterstützung gibt.

Gleichzeitig gibt es aufgrund der Härte der Repression auch eine Tendenz der Isolation der illegalen Genoss:innen vom Rest der Bewegung. Kaum eine linke Organisation, kaum ein Szenezusammenschluss solidarisiert sich öffentlich mit den Untergetauchten, obwohl die bürgerlichen Medien seit Monaten voll von Hetze und Verleumdung sind. Die Bildung von kollektiven Erfahrungen und Bewusstsein zu dieser Situation wird damit erschwert. Dies lässt sich auch auf politische Gefangene übertragen, wo zwar die Anbindung weniger gefährlich und damit einfacher ist, die jedoch auch in verschiedenen Gefängnissen in der BRD voneinander getrennt werden können oder, sobald es einen zu engen Kontakt mit sozialen Gefangenen gibt, einfach verlegt werden.

Dass das Maß der Repression gerade qualitativ den Stand unserer Kämpfe übersteigt, schafft ein Missverhältnis, in dem sich die Repression ohne bewusstes Handeln und bewusste Entscheidungen durchsetzen wird. Politisches Bewusstsein entwickelt sich unter anderem aus den konkreten Lebensumständen und aus den Kämpfen, die wir führen. Die großteils legalen Kämpfe in Deutschland bereiten die Beteiligten dementsprechend kaum auf den Umgang mit der Repression vor, die der Staat aktuell gegen

die Untergetauchten und ihr vermeintliches Umfeld aufzieht. Dass die linke Bewegung in Deutschland von der aktuellen Repression des Staates eingeschüchtert ist, ist also nicht wirklich verwunderlich. Diese Erkenntnis allein bringt uns aber auch nicht weiter. Es braucht die aktive Entscheidung für Solidarität mit den Untergetauchten und für die Praxis, für die sie vom Staat verfolgt werden, es braucht einen klaren Antagonismus zum bürgerlichen Staat und zu seiner Klassenjustiz, um der aktuellen Repression widerstehen zu können.

Auch wenn die oben benannten Fälle an Repression, 129-Verfahren, Öffentlichkeitsfahndung und Haftstrafen noch nicht die Regel sind, stellen sie auch keine Einzelfälle mehr dar, sondern sind die qualitative Spitze einer Tendenz, die sich in den kommenden Jahren wohl noch weiter verschärfen wird. Öffentlichkeitsfahndungen, Überwachungsmethoden wie der massive Einsatz von Kameras, Wanzen oder GPS-Trackern sowie die Repression gegen vermeintliche Umfeldler, denen Unterstützung vorgeworfen wird, werden sich fortsetzen. Das ist insbesondere der Fall, solange es weiterhin zu Haftstrafen kommt und Personen sich entscheiden, diesen zu entgehen. Es ist notwendig, sich das einzugestehen und in der Konsequenz Raum für Diskussionen zu schaffen. Dazu gehört auch anzuerkennen, dass Repression – insbesondere ohne einen konstruktiven Umgang mit ihr – Ängste bei Menschen auslöst und zu Rückzug in eine geduldete Praxis bis hin zum kompletten Rückzug aus dem politischen Aktivismus führt.

Neue Verschärfungen fordern auch einen neuen Umgang mit der sich verändernden Repression. Eine Möglichkeit ist, sich der Repression zu entziehen. Durch das Untertauchen können wir eine neue Handlungsfähigkeit und Perspektive auf Haftstrafen schaffen. Dass Untertauchen aktuell so fern scheint, liegt auch daran, dass es hierzu weniger Erfahrungen und aktuelle Beispiele gibt. Die Vorstellung einen abgesteckten Zeitraum in Haft zu verbringen ist für die meisten Menschen damit greifbarer.

Mit der Zeit und gemachten Erfahrungen wird sich dieser Punkt auch etwas relativieren, dennoch ist das damit kein Selbstläufer. Ein Austausch an Erfahrungen und eine bewusste Diskussion über strategische Ansätze und Perspektiven, über Fehler und Probleme - sowohl in Bezug auf Knast als auch Untergrund - muss daher aktiver angegangen werden, um der Tendenz der Isolation zu begegnen. Dazu gehört, sich bewusst zu machen, wofür wir eigentlich kämpfen und wofür wir auch bereit sind, gewisse Konsequenzen zu tragen.

Entgegen aller Widrigkeiten, Repression und Knast gibt es Unterstützung und Solidarität für Menschen im Untergrund und wird gemeinsam für eine Perspektive gekämpft - trotz alledem.

Freiheit und Glück allen Genoss:innen in Haft und im Untergrund!

Repression in Leipzig

„Immer mitten in die Fresse rein (babbapdidabdabdadaa)“



Repression der letzten Jahre und Leipzig – was dazu wohl den meisten von außerhalb Leipzigs einfällt, ist das Antifa-Ost-Verfahren und die damit verbundene Tag-X-Demo, genauer: die nicht-stattgefundene Tag-X-Demonstrationen am 03.06.2023. Was dort aus staatlicher Sicht passierte, kann man mit den Worten des aktuellen sächsischen Innenministers Armin Schuster kurz mit folgenden Zielen umreißen: Einen Stadtteil wie Leipzig-Connewitz zu „befrieden“ und irgendwie einfach so zu werden „wie Hannover“ – eine Stadt, die es geschafft hat, „dass es dort keine Straßenschlachten mehr wie in den Neunzigerjahren“ gibt. Aber gibt es in Leipzig sonst noch was in Bezug auf Repression zu vermelden? Die Antwort muss leider lauten: ein erhebliches Ausweiten staatlicher Repressionsmaßnahmen, die nicht nur, aber auch gezielt auf die Zerschlagung der radikalen Linken in Leipzig zielt. Und nein, das betrifft nicht nur wie seit Jahrzehnten den Stadtteil Connewitz oder irgendwelche – man muss es ehrlicherwise sagen – zuletzt seltener zutreffenden, und eher dazu aufgebauchten Straßenschlachten in Leipzig. Der Staat drischt darüber hinaus in den letzten Jahren ordentlich auf alles ein, was sonst noch nach links aussieht und nicht bereit ist, sich an das von Staat und Polizei vorgegebene Zulässige zu halten.

Kleiner und leider keinesfalls vollständiger Überblick der letzten drei Jahre gefällig?

- Leipzig besetzen: Räumung der Häuser Ludwigstr. 71, Bornaische Straße 34 sowie der Tiefe3, der Antischocke, des alten Bahnhofs Stötteritz und zuletzt des Heliums. Von Knüppeln der Soli-Demo über erkennungsdienstliche Behandlungen (ED-Behandlungen), DNA-Entnahmen bis zu Hausdurchsuchungen wurde das gesamte Repressionsregister gezogen. Die Strafverfahren ziehen sich dort zum Teil bereits seit Jahren.

- Linke Fußballfans werden regelmäßig von den Bullen auseinander genommen, so etwa im Nachgang der Auseinandersetzungen des linken Vereins Chemie Leipzig mit dem rechten Fußballverein Lok Leipzig im Mai 2022. Neben über 70 Strafverfahren gegen Chemie-Fans, DNA-Entnahmen und Hausdurchsuchungen kam es hier auch zum Einsatz von in diesem Umfang bisher unbekanntem massiven Öffentlichkeitsfahndungen.

- Und was ist mit Demos? Da werden als „Sachsen-Spezial“ zusätzlich zu den Demonstrant:innen auch schon mal die Anmelder:innen kriminalisiert – sei es mit Schikanen durch Strafbefehle aufgrund vom „mangelnden Einwirken“ auf Demonstrationen mit aggressiver Außenwirkung oder gleich mit der Festnahme einer parlamentarischen Anmelderin während der Durchführung der Demonstration am Tag der Jugend, wie zuletzt im unmittelbaren Vorfeld der Tag-X-Demonstration. Zudem ist ein neues Versammlungsgesetz in Sachsen in der Pipeline. Als Neuheit wären da dann neben den Anmelder:innen auch Ordner:innen namentlich zu benennen. Ein Schelm, wer dabei Böses denkt...

- Zudem ist auffällig, dass in den letzten Jahren – vermutlich auch durch entsprechende personelle Wechsel in der Versammlungsbehörde flankiert – die Versammlungsbehörde erheblich an eigenem Selbstbewusstsein im Binnenverhältnis zur Polizei verloren hat und zunehmend nur noch als willfähriger Gehilfe der Cops zu dienen scheint. Hatte die Versammlungsbehörde vor Jahren noch vermehrt die Agenda die Versammlungsfreiheit zu realisieren und dabei ggf. auch inhaltlich mit der Polizei aneinander zu geraten, hat sich dies Verhältnis nun zu unseren Ungunsten verändert. Die Bullen geben den Ton an – in der jüngsten Vergangenheit häufig etwa durch Abstoppen der Demonstration bzw. spontanes Umwandeln einer kompletten, vorher genehmigten Demonstration in eine ortsfeste Kund-

gebung bei dem kleinsten Anzeichen von Vermummung. Die Versammlungsbehörde nickt das durch die Cops gewünschte Vorgehen dann nur noch ab.

- Auch das komplette Verbot von Demonstrationen ist seit einigen Jahren in seiner Dimension eine Leipziger Besonderheit. So etwa die Tag-X-Demo. Die Kesselung von über 1.000 Menschen an diesem Tag führte dann zu über 1.000 (!) Ermittlungsverfahren wegen dem besonders schweren Fall des Landfriedensbruchs – Ausgang noch völlig unklar. Um mögliche Ausschreitungen zu verhindern, wurden auch im Jahr 2021 gleich drei bundesweit mobilisierte Demonstrationen an einem Tag verboten und für weite Teile der Stadt ein Kontrollgebiet eingerichtet, um auch jedwede mögliche spontane Reaktion auf das Verbot zu unterbinden; der einzige Anlass für Kontrollgebiete in den letzten Jahren war dies damit allerdings nicht.

- Neben autonomen und anarchistischen Genoss:innen aus den unterschiedlichsten Themenfeldern oder Aktivist:innen aus dem Klimabereich sind, wenn man die letzten Jahre betrachtet, in Leipzig sicher auch die unzähligen jungen, häufig noch minderjährigen Genoss:innen, die bei ihrem Engagement gegen die noch immer stattfindenden Montagsdemos erhebliche Repression in Form von Strafverfahren aller Art (tätlicher Angriff, Beleidigung, Nötigung, Vermummung...) teilweise wöchentlich im zweistelligen Bereich angetackert bekamen, zu erwähnen. Und ja, mit wöchentlich ist in diesem Fall leider tatsächlich jede Woche gemeint, da sie die Einzigen waren, die unermüdlich versuchten die unsäglichen Montagsdemonstrationen zu blockieren.

- Nicht zu vergessen sind natürlich die unzähligen Observationsmaßnahmen, (Haus-) durchsuchungen, ED-Behandlungen und DNA-Entnahmen, die sicherlich in der gesamten linken Szene in Leipzig in den letzten Jahren eine traurige Hochphase erreicht haben dürften. Und nein, damit meinen wir nicht, eine Hausdurchsuchung im linken Spektrum pro Jahr oder auch eine alle sechs Monate – wir meinen damit, dass in den letzten Jahren teilweise wöchentlich Türen von Genoss:innen aufgetreten, aufgerammt oder aufgeschossen wurden. Alleine im November 2023 geschah dies an zwei verschiedenen Tagen wegen mindestens drei unterschiedlichen Ermittlungsverfahren in diversen Wohnungen (1. Mai Demo in Gera, Tag-X-Demo in Leipzig, Brandstiftung von DHL- Fahrzeugen).

Die Repression hat also spürbar zugenommen. Aber um zu verstehen, warum das so ist, reicht ein kurzer Verweis auf die zunehmenden rechten Tendenzen in Gesellschaft und Staat aus unserer Sicht nicht aus. Wenn man in Sachsen lebt, ist jedenfalls klar, dass rechte Umtriebe – auch in den Sicherheitsbehörden – niemals weg waren, wie es vielleicht in anderen Regionen Deutschlands der Fall gewesen sein mag. Der NSU war nicht zu dritt, sondern konnte sich auch in Sachsen wunderbar jahrelang einrichten und die entsprechenden Netzwerke weiter ausbauen. Natürlich geht aber auch der aktuell offen zutage tretende zunehmende Rechtsruck weder an Sachsen noch an Leipzig spurlos vorbei. Ein Blick auf die Besetzung des Postens des Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Leipzig kann hier aufschlussreich sein. War der Posten im Zeitraum 2012 bis 2019 von Bernd Merbitz besetzt, der auch schon mal öffentlich Position gegen Nazis bezog und für diese noch weniger übrig hatte als für uns, wurde er 2019 mit Torsten Schultze und 2021 weiter mit René Demmler besetzt. Dass Schultze oder Demmler Rechte ein Dorn im Augen wären, ist nicht ersicht-

lich, wohl aber, dass dies bei Linken der Fall ist. Unter Schultzes Amtszeit fiel das Silvester mit den angeblich bürgerkriegsähnlichen Zuständen am Connewitzer Kreuz sowie die unsägliche Corona-Demo am 07.11.2020 bei der über 20.000 Querdenker:innen und Nazi-Hools sich über eine Auflösung hinwegsetzten und unter Polizeibegleitung über den Innenstadtring marschierten. Demmler zeichnet sich zuletzt für den Umgang mit dem Tag-X in Leipzig verantwortlich.

Flankiert wurde dies in den letzten Jahren auf Landesebene durch die Innenminister Roland Wöllner (2017 bis 2022) und Armin Schuster, auf deren Konten neben dem Umgang mit der Tag-X-Demo, u.a. auch ein Lobgesang auf die Arbeit der Polizei bei den rechten Ausschreitungen in Chemnitz und ein chronisches Bagatellisieren von Corona-Leugner:innen und Impfpflichtgegner:innen ging – ganz nach dem Motto: Die Linken kommen vor Gericht, die Rechten an den Runden Tisch. Neben der Verschiebung der politischen Großwetterlage gibt es in Bezug auf Leipzig aus unserer Sicht aber noch weitere Umstände, die diese massive Ausweitung der Repression begründen können. Aber um zu verstehen warum das so ist, müssen wir einen Blick zurück in die jüngste Leipziger Geschichte werfen.

Haben 2011 noch ca. 510.000 Menschen in Leipzig gelebt, sind es mittlerweile über 620.000. Seit 2011 ist die Bevölkerung Leipzigs jedes Jahr somit um knapp 10.000 Menschen angewachsen. Und das merkt man auch: War das Stadtbild früher insbesondere im Westen und Osten von verfallenen und leerstehenden Häusern geprägt, die als Wächterhäuser o.ä. vor dem Verfall durch Leerstand gerettet werden sollten, wird nun jede Brachfläche mit Neubauten – natürlich vielen Eigentumswohnungen – zugepflastert. Von Leerstand ist weit und breit nicht mehr die Rede, was seit einigen Jahren zunehmend von Leipzig besetzen auch entsprechend öffentlichkeitswirksam thematisiert wird. Diese Entwicklung spiegelte sich aber nicht nur am Wohnungsmarkt wieder, sondern auch im Stadtbild und der Bullenpräsenz: war die Stadt vor 10 Jahren noch heruntergekommen und entsprechend dünner besiedelt, so schritt die Polizei auch einfach wesentlich häufiger nicht ein. So kam die Cops bisweilen zu spät oder/und mit zu wenig Personal, das sich dann gar nicht traute, einzugreifen – nicht selten kamen sie auch einfach gar nicht, insbesondere wenn es um Auseinandersetzungen mit Nazis ging. Alles in allem war man mehr unter sich. Dies ließ viel Raum, der auch entsprechend genutzt wurde und so Leipzig zu allerlei Ruhm in linksradikalen Kreisen führte. Repression indes hielt sich in dieser Phase doch sehr in Grenzen; seltenst kam einem die Polizei dazwischen – es gab schlicht auch wenig, was es aus ihrer Sicht zu schützen gab – leerstehende Straßenzüge oder Auseinandersetzungen mit Rechten jedenfalls nicht. Dieser Freiraum, der sich für eine Zeit lang in Leipzig ergab und auch genutzt wurde, trug sicher auch einiges zur wachsenden Beliebtheit der Stadt in linksradikalen Kreisen bei. Aber offensichtlich nicht nur dort. Mit dem Zuzug in die Stadt und der Veränderungen der Bevölkerungsstruktur wurde Wohnraum beliebter und nach und nach zur Steigerung der Rentabilität aufgehübscht. Mietpreise stiegen und Verdrängungsprozesse setzten ein. Und ganz schleichend gab es dann auf einmal eine Menge Sachen, die es in Leipzig neu zu schützen galt: Saubere Hausfassaden, Straßenzüge und Grünflächen; teure, viele und große Autos, die als Eigentum anderer respektiert werden sollten; Fahrräder, die nicht die Besitzer:in wechseln sollten, ein Image als progressive, aber auch sichere Stadt. . .

Die Linksradikele von früher haben ausgedient, Freiräume verschwanden, politische Auseinandersetzungen mit Rechten verschoben sich zunehmend in das Umland, die Polizeipräsenz nahm zu, ebenso die Videoüberwachung – und weil der Antikapitalismus und die entsprechende politische Praxis traditionell links angesiedelt ist, war die Repression nun auch dort vermehrt zu finden.

Antifaschismus hatte in Leipzig indes nur solange seinen Platz, solange er bzw. tatkräftige Antifaschist:innen benötigt wurden, damit sich niemand anderes an den Nazis die Finger schmutzig zu machen brauchte. Nunmehr ist er lästig geworden und wird allenfalls dann positiv besetzt, wenn er für den Wahlkampf gegen die AfD ins Feld geführt werden kann – da dann aber natürlich nur als nicht-militanter Antifaschismus, der von dem „Sag mir wo die Blumen sind“-singenden, amtierenden OBM Burkhard Jung politisch ausgeschlachtet werden kann. Bei all diesen Veränderungen, die Leipzig genommen hat, wundert es auch nicht, dass Sicherheit anhaltend zu einem beliebten Wahlkampfthema für die OBM-Wahl in Leipzig avanciert (etwa 2020 durch Sebastian Gemkow). Die tatsächliche Notwendigkeit von mehr Bullen-Präsenz ist jedoch umso erstaunlicher, als dass Armin Schuster bei der Vorstellung der Kriminalstatistik 2022 für Sachsen festhielt, dass sich „die Kriminalität im Freistaat seit fünf Jahren auf einem weiterhin niedrigen Stand“ befindet. Ein Grund für einen Stellenabbau bei der sächsischen Polizei ist dies natürlich nicht, wie Demmler bei seinem

Amtsantritt 2021 versicherte, genauso wenig wie der für die kommenden Jahrzehnte prognostizierte Bevölkerungsrückgang in Sachsen.

Die massive Zunahme der Repression hat dazu geführt, dass neben der Repression auch Antirepression in linksradikalen Kreisen in Leipzig stark in den Vordergrund gerückt ist. Das kann ein ums andere Mal auch empowernde Momente haben, auf der anderen Seite erfüllt sich damit zugleich der Wunsch der Repressionsbehörden selber: Linksradikele werden von ihrer auf die Gesetze keine Rücksicht nehmende Praxis abgehalten und abgebracht. Der Wunsch jedenfalls nach einer verstärkten, gegen die konkreten Auswirkungen der Repression gerichteten Praxis ist auch in autonomen Kreisen selber zuletzt deutlich gewachsen. Dies zum einen aus der Erfahrung, dass es zu diesen empowernden Momenten nicht allzu oft kommt, zum anderen daraus, weil die Wirkung deutlich zu spüren ist. Die aktuelle Zunahme der Repression scheint also leider keine Welle zu sein, die sicher bald wieder abflaut, sondern die Umstände, die sie erzeugen, werden voraussichtlich in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen. Denn linksradikale Praxis ist, wenn sie ernst gemeint ist, weiterhin eins: Unbequem für die Regierenden. Und so bleibt es dabei, zu akzeptieren, dass die Repression nicht ab-, sondern sehr wahrscheinlich weiter zunehmen wird – als Preis für eine unangepasste politische Praxis, die jedoch den Wunsch nach einem besserem Leben in sich trägt.

Von: einigen Autonomen

Stellungnahme einiger grenzenlosen & transnationalen Linken und Anarchist*innen zum Konflikt in Israel-Palästina

Seit Jahrzehnten wiederholt sich der eskalierende Konflikt im Gebiet von Israel und Palästina. Seit dem 7. Oktober 2023 gab es nach neuen Eskalation durch einen Angriff der Hamas und Gegenschlägen von Israel, wieder viele tausend Tote, Verwundete, Gefolterte und Gefangene. Das ist nur der Gipfel des Alptraums, unter dem die palästinensische und die israelische Zivilgesellschaft seit Jahren leidet.

Wir verurteilen zutiefst die brutalen Verbrechen der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung und distanzieren uns von der Hamas, die die Freiheit der Palästinenser*innen für ihre politischen, antisemitischen und religiösen Zwecke benutzt. Ebenso verurteilen wir die Verbrechen der hochgerüsteten militärischen Angriffe des Staates Israel auf die palästinensische Zivilbevölkerung. Der Angriff der Hamas kann nicht rechtfertigen, dass der palästinensischen Bevölkerung permanent und militärisch der Krieg erklärt wird. Die Ereignisse der vergangenen Tagen zeigen, dass die jahrzehntelange Strategie Israels aber Millionen Menschen in einem belagerten Gebiet einzusperren, das von Zäunen, Überwachungstechnologie und Scharfschütz*innen umgeben ist, regelmässig bombardiert wird und in dem es keine Möglichkeit gibt, ein menschenwürdiges Leben zu führen, nicht aufgeht. Wir trauern um die Toten, wir denken an das

unmenschliche Leid der Familien beider Bevölkerungen - in Israel und in Palästina. Weder die hochgerüsteten Militarist*innen des israelischen Staates noch die Hamas sorgen sich um das Schicksal der Menschen in Israel und Gaza und anderen besetzten palästinensischen Gebieten.

Die zivile Bevölkerung beider Seiten sind Geißeln der Herrschenden, werden hier kollektiv bestraft, missbraucht und benutzt. Wenn israelische Flugzeuge den Gaza-Streifen bombardieren, gewinnen die Hamas und die mit ihr verbündeten Dschihadisten dadurch nur neue Rekruten; aus deren Sicht sind alle Israelis, alle Jüd*innen in aller Welt Feinde. Ebenso, wenn die Hamas Raketen auf israelische Gebiete abschießt, wenden sich mehr israelische Personen an „ihren“ Staat, der sie scheinbar beschützt und Sicherheit verspricht. In den in den letzten Monaten hatte eine breite emanzipatorische Bewegung vielerlei Kämpfe gegen die rechte Regierung und deren rechte Politik in Israel organisiert. Nun steht zu befürchten, dass weite Teile der Bevölkerung wieder Schutz bei diesem Staat suchen und Vergeltung gegen die „Araber*innen“ fordern. Es ist ein Teufelskreis, der immer wieder Nationalismus, Hass und Leid produziert.

Dazu kommen weitere Akteur*innen. Unter anderem verschiedene nationalistisch islamistische Staaten wie der Iran, die Türkei und die arabischen Golfstaaten, die angeblich an der Seite der palästinensischen Menschen stehen, jetzt aber z.B ihre Grenzen zu machen vor den Flüchtenden aus Gaza. Auf der anderen Seite stehen imperialistische Staaten wie die USA, Deutschland, Europa bedingungslos zum Staat Israel.

Beide Fronten der unterstützenden Staaten sind selbst in eine nationalistische, rassistische und kriegerische Logik verwickelt. Wie können Europa und die USA, welche zurzeit mehrere Kriege in der Welt führen, ein friedliches Zusammenleben der Menschen in Israel und Palästina ermöglichen? Wie können Staaten wie der Iran, die Türkei und arabische Staaten, welche selbst Genozide gegen kurdische, jesidische, armenische, belutschische, arabische und alevitische Bevölkerungen begehen, Frieden in Palästina und Israel herstellen? Während der türkische Präsident Erdogan seit Tagen ein Ende der Angriffe auf Gaza fordert und sich als Friedensstifter inszeniert bombardiert gleichzeitig das türkische Militär Wasser- und Energieversorgung, Krankenhäuser und Schulen in Nord-Syrien, den kurdischen Gebieten um Rojava. Ebenso kann das iranische Regime nicht Frieden für Palästina herstellen, weil der Iran selbst jahrzehntelang die Freiheit der Menschen beraubt hat. Hinrichtungen, Femizide, Rassismus, Antisemitismus Verhaftungen, Morde gegenüber Andersdenkenden stehen auf ihre Tagesplan.

Die israelische Besatzung, Siedlungspolitik und Vertreibung der Palästinenser*innen ist ein wesentlicher Grund für den Konflikt den wir gerade sehen. Solange die Besatzungspolitik aufrechterhalten wird, Siedlungen ausgebaut werden und die Mauer weiter gebaut wird, ist Widerstand dagegen nicht nur legitim, sondern im Sinne eines dauerhaften friedlichen Zusammenlebens notwendig. Eine wirkliche Aussicht auf eine friedliche Lösung des Palästina-Israel Konflikts kann mensch nicht bei den herrschenden, mächtigen, rechtsgerichteten und kapitalistischen Staaten finden und auch nicht bei einer totalitären antisemitischen Terrorgruppe wie die Hamas oder anderen Machtstrukturen in Palästina sondern nur im Widerstand der Ausgebeuteten und Unterdrückten, um die herrschende, nationalistische, rassistische, und kolonialistische Logik zu begraben. Die Terroranschläge von antisemitischen und antifeministischen Dschihadisten, ein Haupthindernis der Freiheit und eines menschlichen Zusammenlebens in der Region dar.

Unsere Vorbilder sind Kämpfe von Jüd*innen und anderen Israelis, die in Israel auf die Straße gehen, die gegen den kapitalistischen Krieg, gegen Besatzung, gegen Wehrdienst und gegen Rassismus und Sexismus sind. Unser Vorbild ist eine internationalistische Linke und Anarchist*innen, welche mühsam für eine Welt ohne Ausbeutung, ohne Klasse und ohne Vaterland kämpft. Sie hat kein Vaterland und Nationen, in dessen nationalistischer Ideologie sie sich verlieren könnte. Wir unterstützen die israelische Antikriegsbewegung, insbesondere die Kriegsdienstverweiger*innen der israelischen Armee und die Soldat*innen, welche Einsätze in den besetzten Gebieten ablehnen. Gerade jetzt wo der israelische Verteidigungsminister Gallant Reservist*innen zu Militär und Krieg gegen Palästinenser*innen schicken will. Wir solidarisieren uns mit dem gemeinsamen Kampf der Jüd*innen und Palästinenser*innen für bezahlbaren Wohnraum, für gleiche Rechte. Wir unterstützen insbesondere oppositionelle israelische und palästinensische Menschen und Gruppen, die eine Zusammenarbeit und Gleichberechtigung aller Bevölkerungsteile

anstreben, gegen eine rassistische Siedlungspolitik und gegen Zwangsräumung sind und sich von herrschenden, nationalistischen Diskursen distanzieren. Wir solidarisieren uns mit Palästinenser*innen, die seit Jahren Teil von Verständigungsprojekten sind und gegen Antisemitismus in Palästina und Israel kämpfen.

Hierzulande stimmt eine breite Front aus westlichen Staaten, jüdischen Institutionen, politischen Parteien und Teilen der linksliberalen Berufsfunktionär*innen in Unis und Denkfabriken in bedingungsloser Solidarität mit dem israelischen Nationalstaat überein. Dabei wird die deutsche Verantwortung für den Massenmord an Jüd*innen instrumentalisiert und zum Schweigegebot gegenüber Verbrechen des israelischen Staates umfunktionalisiert. Anstatt Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft zu bekämpfen, sich mit dem Aufstieg der AfD und einem breit verankertem Antisemitismus in allen Kreisen der Bevölkerung in Deutschland zu befassen wird dieser auf palästinensische und muslimische Menschen projiziert, und dieses Vorurteil dann benutzt, um sie zu kriminalisieren und ihre Sicherheit zu gefährden.

Die Staatsgründung Israels und die Nakba lassen sich nicht von der Geschichte des europäischen Antisemitismus trennen, beides ist damit auch Teil unserer gemeinsamen Geschichte. Es ist zum Schämen, dass unterdrückende und kriegerische Nationalstaaten verteidigt werden und Kritiker*innen dieser Politik und der palästinensischen Diaspora kein Raum gewährt wird. Es ist unaushaltbar, dass deutsche Waffen im Krieg gegen Palästinenser*innen verwendet werden und wir nichts dagegen tun. Es ist abscheulich dass in der letzten Woche jüdische Menschen, auch unsere Kompliz*innen, Angst hatten in Synagogen zu gehen und ihre Häuser mit Davidsternen markiert wurden, es ist nicht akzeptierbar dass es gefährlich ist in gewissen Teilen von Städten oder an Kundgebungen jüdische Symbole zu tragen, weil Menschen aus antisemitischen Motiven bedroht und zusammengeschlagen werden. Die sogenannten westlichen Staaten sind zutiefst mitschuldig daran für diese antisemitische und anti-palästinensische Stimmungsmacherei. Wahre Antisemit*innen und Antipalästinenser*innen sind Staaten, die nicht an friedlichen Lösungen interessiert sind, sondern versuchen eine kriegerische Logik zu verbreiten.

Liebe emanzipatorische und antiautoritäre Freiheitskämpfer*innen in Palästina und Israel!

Euch sagen wir: Euer Kampf ist unser Kampf und wir wollen gemeinsam jeglichen Chauvinismus bekämpfen! Für eine klassenlose Gesellschaft, frei von Ausbeutung, Kolonialismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Unterdrückung! Für eine Welt ohne Nationalstaaten und Autoritäten und der Gewalt die sie uns auferzwingen!

Wir trauern um die Opfer der Massaker in Israel und Palästina

Am Samstag, den 7. Oktober, sind wir mit dem Schock des Hamas-Angriffs aufgewacht, mit erschreckenden Zeugenaussagen, für manche mit der Angst um ihre Angehörigen dort und für alle mit der Angst um die Juden hier. Ein Teil der politischen, gewerkschaftlichen, dekolonialen und anti-rassistischen Linken hat sich für die Unterstützung der antisemitischen Mörder entschieden und übernimmt manchmal wörtlich die Kommunikation der Hamas.

Wir sind wütend auf diejenigen, die sich hier über das von der Hamas vergossene Blut freuen. Wir sind wütend über das Ergebnis einer jahrzehntelangen Entmenschlichung des israelischen Lebens. Wir sind erstaunt, wie wenig sie sich um das Leben der Palästinenser kümmern, da diese Unterstützer der Hamas nicht zu verstehen scheinen, welche Auswirkungen dies bereits auf die Situation im Nahen Osten hat. Die aktuelle Bilanz weist über 900 Tote und 2.616 Verletzte in Israel während dieser Angriffe aus, von denen die große Mehrheit unbewaffnete Zivilisten waren und sind.

Wir möchten an eines erinnern: Es gibt keine Rechtfertigung für die absichtliche Tötung von Zivilisten, weder von Israelis noch von Palästinensern.

Keine. Man kann nicht "seine Unterstützung für die Kampfmittel, die die PalästinenserInnen gewählt haben, um Widerstand zu leisten" (Kommuniqué der NPA vom 7. Oktober) zum Ausdruck bringen, wenn diese Mittel Massenmorde an Zivilisten, Entführungen und die Ermordung von Männern, Frauen, Kindern und alten Menschen sind. Noch weniger, wenn diese Morde in Form glorreicher Spektakel von Enthauptungen, Zurschaustellung von Leichen, Misshandlungen und Erniedrigungen, die leblosen Körpern zugefügt werden, inszeniert werden. Dies ist das makabre Ergebnis einer wahllosen Operation gegen Juden und alle, die sich ihnen in den Weg stellen, ohne dabei auf strategische, militärische oder wirtschaftliche Ziele abzielen. Unter den Opfern sind Jugendliche, die an einer Rave-Party teilnahmen, Friedensaktivisten, Anarchisten gegen die Mauer, thailändische Gastarbeiter und viele andere.

Die Reaktionen zur Unterstützung der Hamas klingen wie eine niederträchtige Rechtfertigung antisemitischer Kriegsverbrechen, die an Opfern begangen werden, deren ziviler Charakter sowohl von der Hamas als auch von ihren Unterstützern in einem Teil der westlichen Linken verleugnet wird. Die Leugnung des zivilen Charakters der Opfer ist der ideologische und argumentative Dreh- und Angelpunkt der Hamas, die alle israelischen Juden und Jüdinnen als Siedler und damit als legitime Ziele betrachtet.

Diese verhängnisvolle Gleichsetzung von Juden und Jüdinnen mit Israelis und Siedlern macht jeden Mord und jede Entführung akzeptabel. Scheich

Jassin, der Gründer der Hamas, sagte in diesem Zusammenhang: "Jeder Jude ist ein Ziel und kann getötet werden". Die von der Hamas betriebene Vernichtungslogik hat nur ein Ziel: die Israelis in die Flucht zu schlagen. Die Botschaft der Hamas ist klar: "Geht nach Hause". Aber wo ist dieses vermeintliche "nach Hause"? Es ist doch klar, dass niemand diesen Teil des Nahen Ostens verlassen wird, selbst wenn er in Flammen aufgeht: Israelis und Palästinenser haben keinen Ort, an den sie gehen können.

Diese Gewalt, die von einem Teil der Linken gerechtfertigt wird, hat Konsequenzen für alle Juden in der Diaspora.

Seit der zweiten Intifada im Jahr 2000 wird jeder Ausbruch von Spannungen im Nahen Osten von einem Import von Feindseligkeiten gegen die (jüdische) Identität hierzulande begleitet, was sich in einer Welle antisemitischer Akte niederschlägt. Manche Menschen verzichten schweren Herzens darauf, ihre religiösen Zeichen wie Kippa, Davidstern und Mezuzah vor der Haustür zu tragen. Seit dem Wochenende wurden bereits Dutzende antisemitische Vorfälle gemeldet, während die Atmosphäre in den sozialen Netzwerken, wo Posts, die die Massaker verherrlichen, Hunderttausende Likes erhalten, unerträglich ist. Jeder konsequente Antirassist sollte darüber alarmiert sein und den Juden und Jüdinnen zur Seite stehen.

Man kann und sollte die Politik der israelischen Regierung und ihre Verbrechen an den Palästinensern verurteilen, ohne die Kriegsverbrechen der Hamas zu entschuldigen. Man kann die Unsichtbarmachung des palästinensischen Leidens anprangern, ohne das Leiden der zivilen israelischen Opfer auszulöschen und zu leugnen. Das ist möglich. Und es ist der einzige Weg, der für eine Linke ehrenhaft ist. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die klare Stellungnahme des LFI-Abgeordneten Rodrigo Arenas. Alle, die die Hamas verherrlichen, ohne sich für die antisemitischen Schandtaten in ihrer Charta zu interessieren, ohne ihre kriminellen Methoden, auch gegenüber der palästinensischen Bevölkerung unter ihrer Kontrolle, zu berücksichtigen, bekräftigen eher eine pseudopolitische Radikalität, als dass sie sich für den Kampf für eine Welt einsetzen, die von all ihren Unterdrückungsformen befreit ist.

Schließlich sei daran erinnert, dass internationale Regeln wie die Genfer Konvention keine bürgerlichen Launen sind, sondern wichtige soziale Errungenschaften, die darauf abzielen, in Kriegszeiten diejenigen zu schützen, die sie am meisten brauchen – Zivilisten und Gefangene – und von denen es absolut nicht wünschenswert ist, sie zu ignorieren. Die Unterstützung der Hamas, des Islamischen Dschihad oder der Hisbollah, die alle vom Iran der Ayatollahs finanziert werden, ist keine heldenhafte Unterstützung der leidenden Palästinenser, sondern eine äußerst fatale Bot-

schaft an alle jüdischen Menschen, dass sie und ihre nahen oder fernen Mitmenschen, die die Schande des Atmens auf sich genommen haben, es nicht verdienen, weiterhin zu atmen.

In Israel lebt eine Mehrheit von Menschen, die Flüchtlinge sind oder aus Flüchtlingsfamilien stammen. Ob Zionisten oder nicht, es ist die elementare Notwendigkeit, irgendwo zu leben, die sie dorthin gebracht hat.

Flüchtlinge nach der Shoah, als die meisten Länder ihre Grenzen für sie geschlossen hatten. Flüchtlinge, die nach dem Krieg von 1948 und den Vertreibungen aus Ägypten, dem Irak, Syrien, dem Libanon, dem Jemen usw. zu Staatenlosen wurden. Alle Israelis auf Siedler zu reduzieren, um ihre Ermordung zu rechtfertigen, ist eine Vereinfachung der Geschichte des Antisemitismus, der jahrtausendealten Verfolgung der Juden und ihrer Folgen. Die meisten Israelis sind heute Sabra, in Israel geboren, es ist ihr Land und sie haben kein anderes.

Ja, die Gründung Israels war auch das Ergebnis kolonialer Praktiken und hatte die Nakba für die Palästinenserinnen und Palästinenser zur Folge. Ja, sie ist auch durch die Kolonisierung und die brutale Besetzung des Westjordanlandes und die Blockade des Gazastreifens gekennzeichnet, noch dazu unter der derzeitigen rechtsextremen Regierung. Aber das kann keine Rechtfertigung für eine Entmenschlichung der israelischen Bevölkerung sein. Wenn man der Verantwortlichkeit des Antisemitismus, egal woher er kommt, für die aktuelle Situation ins Auge sieht, muss man sich von vereinfachenden Schemata lösen. Der einzige Weg zur Gerechtigkeit ist es, all diesen Realitäten ins Auge zu blicken, den Unglücken, die sich addieren und nicht gegenseitig aufwiegen. Die Israelis zu entmenslichen ist ebenso wenig akzeptabel wie die Palästinenser zu entmenslichen. Hinter den Toten stehen Familien und Angehörige, die jeden Tag trauern. Und hinter den Parolen und eingängigen Slogans verbergen sich unerhörte Gewalttaten, die nur durch Zuhören und Demut verstanden werden können.

Traumata heben sich nicht auf, sondern häufen sich nur an.

Auch wenn die Ereignisse für viele Menschen, insbesondere für die jüdische Minderheit, traumatisch sind, bleibt es notwendig, eine solidarische Haltung auch gegenüber den Leiden des palästinensischen Volkes zu bewahren, das seit Jahrzehnten Opfer von Besatzung, Kolonialismus und Krieg ist. Traumata heben sich nicht auf, sondern häufen sich nur an. Sich

über das andauernde Massaker in Gaza zu freuen oder es zu rechtfertigen, ist nicht akzeptabel und wird es auch nie sein. Die aktuelle Bilanz weist 687 Tote und 3727 Verletzte auf.

Die israelischen Bombardements machen alles dem Erdboden gleich, wir dürfen nicht blind sein, es sind Leichenberge von Palästinenserinnen und Palästinensern, die darunter liegen. In den letzten Jahren wurden Tausende von Palästinensern getötet, darunter viele Kinder und Zivilisten, die es auch nicht verdient hatten zu sterben, sondern frei und in Frieden zu leben, weit weg vom Krieg, den Panzern der israelischen Armee und den Mördern der Hamas. Und allzu oft hat ihr Tod in Europa nur Schweigen und Gleichgültigkeit hervorgerufen. Heute leben zwei Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser unter unzumutbaren Bedingungen in Gaza, einer Stadt, die ein einziges Gefängnis unter freiem Himmel ist. Wir können auch ihre Enthumanisierung nicht hinnehmen. Die militaristische Flucht nach vorn und die Aufrechterhaltung des kolonialen Status quo sind keine Lösung, sondern eine Albtraumvision, die nur zu einer noch schlimmeren Hölle führen kann.

Viele Angehörige von Opfern trauern in diesem Moment, jüdische Angehörige, palästinensische Angehörige, israelische Angehörige, und wir sehen nicht, was es angesichts ihrer Trauer zu feiern gibt. Das gesamte politische Spektrum ist von einer tödlichen Logik geprägt, die diese Todesfälle als notwendiges Übel darstellt. Ein echtes linkes Projekt besteht darin, über Deeskalation und das Recht auf Gleichheit für alle Menschen, die diese Erde bewohnen, nachzudenken. Im Gegensatz dazu hoffen die faschistischen Rechtsextremen auf einen Krieg der Zivilisationen und freuen sich über die laufenden Massaker. Unser Judentum und unser linkes Engagement bringen uns dazu, das Leben zu feiern.

An diesem Schabbat während des Kiddusch und bei anderen Gelegenheiten werden wir Le'haïm (Auf das Leben) wiederholen. Mit unseren Gefühlen und Reaktionen, so aufrichtig und schmerzhaft sie auch sein mögen, müssen wir uns von dieser nihilistischen Fantasie des Aufeinanderprallens der Zivilisationen distanzieren. Verwechseln wir nicht den Impuls zum Leben, der von denjenigen ausgedrückt wird, die in Israel und Palästina für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie kämpfen, mit dem von der Hamas und der israelischen extremen Rechten gewünschten Impuls zum Tod.

*Revolutionäre Jüdinnen und Juden (Frankreich),
Dienstag, 10. Oktober 2023*

Es gab es keinen anarchistischen CSD im Jahr 2023 mit unsere Beteiligung. Warum?

Wir, einige Gründer*innen des ACSD haben die Gruppe letztes Jahr verlassen. Unsere Absicht, unsere Initiativen und Visionen haben dort an Boden verloren und sie haben sich nicht eingelöst. Zum Teil fühlten wir uns auch politisch verraten. Nachdem wir die Gruppe verlassen haben, ist die Struktur ganz zusammen gebrochen. Wir bedauern sehr, dass nicht andere den Raum freigemacht haben, damit wir einen anarchistischen CSD hätten organisieren können. Für dieses Jahr, wie gesagt, gab es keine Initiative von uns. Wir haben dieses Papier Sommer 2023 geschrieben, vor dem Massaker der Hamas und dem Massaker der israelischen Notstandsregierung. Für uns ist der Beitrag aktuell geblieben. Warum wir die Gruppe verlassen haben. Es gab mindestens einen politischen Konflikt, den wir nicht lösen konnten. Dieser Konflikt wurde von einigen in der Gruppe immer wieder als persönlicher Konflikt abgetan. Es gab Menschen in der ACSD-Gruppe, die einer antideutschen Agenda folgten, diese aber nicht transparent machten, auch bei Nachfragen nicht. Zu vermuten ist, dass gerade den Deutschen dies selbst nicht richtig bewusst war. Unsere kritischen Nachfragen sind immer wieder ins Leere gelaufen. Mit dieser Haltung aber blockierten sie immer wieder politische Entscheidungen und Dynamik im Sinne eines anarchistischen CSDs. Aus dieser antideutschen Attitüde heraus waren einige nicht Willens oder in der Lage sich auch positiv auf anti-koloniale Kämpfe von Palästinenser*innen zu beziehen – sie witterten stattdessen hinter jeder Position, die sich auch positiv auf Menschen in Palästina bezog den Generalverdacht des Antisemitismus.

Unsere Solidarität aber gebührt Menschen, die gegen die Herrschaft in Israel kämpfen, ob gegen reaktionäre Siedler*innen, Netanjahu oder gegen die Übergriffe auf Palästinenser:innen. Unser Solidarität gehört auch den Palästinenser:innen, die sich gegen die Dominanz der Hamas, der PLO und des Jihad behaupten müssen und ihr Leben riskieren. Unsere Solidarität gehört schwulen, lesbischen, trans Menschen, vor allem wenn sie den Fundamentalismus auf beiden Seiten ablehnen. Aus dieser Position als Anarchist*innen heraus lehnen auch wir den Nationalismus, den Militarismus und Queerfeindlichkeiten auf allen Seiten ab. Wir sind vom israelischen Fundamentalisten genauso bedroht wie von palästinensischen Fundamentalisten wie von deutschen Fundamentalisten. Und wie in jedem Konflikt, es sind immer die Armen, die auf beiden Seiten eines militarisierten Konfliktes die Verlierer*innen sind.

Diese Auseinandersetzung haben wir uns nicht ausgesucht, sie wurde uns aufgezwungen: Der Palästina-Israel-Konflikt ist ursprünglich durch einen Übergriff auf den ACSD hineingetragen worden. Damit wurde versucht uns eine autoritäre Position aufzuzwingen, wogegen sich der ACSD damals erfolgreich verwahrte. Ein Kritikpapier (siehe link unten am Textende) aber von uns kam zu spät und wurde von einem Teil der ACSD-Gruppe unterlaufen und nicht offensiv verbreitet. So konnte sich das Narrativ, der ACSD wäre antideutsch, unter vielen Leuten, die wir gerne im Boot haben wollten, durchsetzen.

Obwohl unser Kritikpapier von allen in der Gruppe und nach zähen Diskussionen verabschiedet wurde, wurde es von einigen nicht getragen. Dadurch wurde der Versuch eine anarchistische Position zum Konflikt

Palästina – Israel nach außen zu tragen und fest im ACSD zu verankern unterlaufen. Das macht uns bis heute wütend. Einige von uns fühlten sich verarscht und hintergangen von diesen Deutschen und ihrem linken Opportunismus antideutschen Positionen gegenüber, weil sie sich in der Frage immer intransparent verhielten und trotzdem gleichzeitig gegen unsere Positionen arbeiteten. Der politische Charakter des ACSD wurde von diesen Leuten vor die Wand gefahren. Antideutsche sind die Pest! Und ein Teil der Linken hat antideutsche Positionen diskursiv verinnerlicht und identitär verfestigt – mit politischer Infragestellungen kommt man da nicht weiter, weil sich politischer Diskussion meist entzogen wird. Ein positiver Antisemitismus innerhalb der deutschen Linken bedarf einer dringenden Aufarbeitung der aus einem ungeklärten Verhältnis zur Großelterngeneration und deren Mitwirkung am Faschismus herrührt.

Es gab auch elitäre Positionen, die sich (auch) aus akademischen Diskursen ableiteten und diese akademische Herangehensweise zum Massstab der Gruppe machen wollten. Daraus resultierte eine Bevormundung. Andere belehren und politisch dominieren, bzw. Initiativen abzuwürgen, waren das Ergebnis. Dieser Paternalismus kommt aber auch aus einem Gefühl der Überlegenheit, die sich deutsche Linke einbilden. „Dies kann man als Deutscher/in Deutschland so nicht sagen/machen“. Anarchismus ist aber international und auf Deutschland sei geschissen. Für Nichtdeutsche und proletarische Anarchist*innen war so eine Bevormundung nicht akzeptabel. Und es gab die Position, den politischen Anspruch an einen anarchistischen CSD als Vehikel zu benutzen, um daraus einmal mehr einen Event zu zelebrieren. Das Politische wird sich schon seit Jahren in der queeren Szene oft nur als Kleid übergestreift, um eine Party abzufeiern. Der Versuch von uns, den CSD zu politisieren und proletarischen Positionen mehr Raum zu verschaffen und den CSD in seiner Historie als Riot gegen Staat und Bullengewalt zu radikalieren und aus der langjährigen Reduzierung auf eine Party herauszuholen, wurde von den Menschen konterkariert, deren Agieren wir schon als Deutsch und Antideutsch, als akademisch und paternalistisch beschrieben haben. Hedonismus ohne Inhalt. Ohne Praxis. Einige Beteiligte an der ACSD-Orga haben einfach keinen Zugang zu anarchistischen Ideen und Ansätzen gehabt und nur eine undefinierte politische Position mitgebracht und waren an Punkten, die wir als Anarchist*innen nicht in Frage stellten, indifferent.

Manche schmücken sich damit „Anarchist*in“ zu sein, weil es in der Szene gerade angesagt ist und weil sich „autonom“ verstaubt anhört. Wenn wir sagen: gegen jede Herrschaft, dann stimmen alle ein, weil es sich cool anhört. Wenn wir das aber zum Beispiel auf Konfliktfelder praktisch übertragen – wie der aggressiven israelischen Militär- & Siedlungspolitik, dem Landraub und Vertreibung von Palästinenser*innen, dann kommt die Identitätspolitik plötzlich durch und zermatscht den deutschen Linken das Hirn. Plötzlich ist die Dominanz zum Beispiel israelischen Militärs gegenüber der arabischen Bevölkerung ein Tabu, darüber redet der*die Deutsche nicht, will sie nicht in den Stallgeruch des Antisemitismus geraten will. Dass es diesen gibt ist unbenommen – die AfD ist völkisch und die religiösen Fundamentalisten im arabischen Raum sind

patriarchale Dreckschweine. Wenn wir aber in Israel auch Züge eines Apartheidsstaates gegenüber Araber*innen erkennen, reden wir nicht den Fundamentalisten, Antisemiten, Queerhassern und Despoten auf der arabischen Seite das Wort. Das macht uns wütend bis heute. Und so ist auch der ACSD vor die Wand gefahren. Ein weit verbreitetes Problem der deutschen Linken ist allgemein eher in einer Identitätspolitik angekommen zu sein und die Simulation von Widerstand zu betreiben, um sich noch okay zu fühlen, anstatt eine grundsätzlich gegen jede Herrschaft ausgerichtete Politik des Widerstandes, die sich politisch reibt an dem Kommunist*innen und ihren autoritären Modellen, an den Fundamentalisten auf allen Seiten und gegen die Reichen, die wir sowas von satt haben. Wer aber ein Krümel vom Kuchen will, verhält sich auch so und geht nicht in die Konfrontationen. Zu viele Karrierist*innen und Lügner*innen in der Szene, die uns sagen wollen, wo es lang geht. Für uns ist nicht der ACSD als Idee politisch tot, sondern nur eine Gruppe, die dieser politischen Idee nicht gewachsen war. Und Kritik gebührt auch einer Szene, die zu wenig dafür tat, dass diese Idee wachsen kann, die wir mit dem ACSD verbanden. So überließen wir den CSD wieder dem Mainstream einerseits und kommunistischen Strömungen andererseits, die sich an Herrschaftskonzepten – ob kapitalistisch, neoliberal oder orthodox-leninistisch orientieren. Befreiung wird aus dieser Richtung nicht kommen.

Nach wie vor braucht es eine radikale queere anarchistische Organisation gegen jede Herrschaft, gegen jeden Krieg in der Klassenfragen, Antisexismus und anti-koloniale Positionen selbstverständlich sind und nicht jedes Mal mühsam zusammen gesucht werden müssen. Es geht um einen kulturellen Aufbruch anarchistischer Queers, sozial, radikal, politisch, der sich diesen Scheißzeiten stellt und angreift. Wen? Nazis, Vergewaltiger, Bullen und Staatsorgane, Reiche, Macker, Militarist*innen, trans- & homofeindliche Männern wie Frauen! Und in der nicht einige prekär arbeiten und andere an ihrer Karriere basteln. Das Problem ist nicht der deutsche Pass, sondern deutsche Interessen zu vertreten. Wir haben keine Lust mehr auf die Lügen und das Taktieren in unseren Reihen. In der stattdessen das Private auch politisch ist, in der die Alltagskämpfe Thema sind, an denen wir uns organisieren wollen. Eine bunte, glitzerfassadene neoliberaler Queerpolitik, die sich unheimlich radikal fühlt wenn sie durch Kreuzberg läuft, aber nicht zuschlägt, wenn wir angegriffen werden, braucht kein Mensch.

Viva la Revolution – es lebe die Anarchie amor y rabia

Kontakt: amor.y.rabia_36@protonmail.com

Feuer an der U-Bahn-Baustelle des Wissenschaftszentrums

Dokumentation:

Obwohl er die letzten zehn Jahre seines Lebens in Paris verbrachte, wird in der grauen französischen Hauptstadt oft vergessen, dass der berühmte Maler Wassily Kandinsky seine malerischen Forschungen in Deutschland begonnen hatte. Und zwar genauer gesagt in München, am Fuße der bayerischen Alpen. Aus dieser Anfangszeit eines der späteren Begründer der abstrakten Kunst erinnert man sich oft an das Gemälde Der blaue Reiter (1903), das auch der Name des expressionistischen Zirkels sein sollte, dem er später angehörte. Ein Jahrhundert später hat sich das Dorf Planegg, in dem Kandinsky in seiner Jugend die Staffelei schleppte und das etwa zehn Kilometer westlich von München liegt, natürlich stark verändert.

Die Felder und Bäume sind zu riesigen Stahl- und Betongebäuden geworden, die einen Industriepark mit Biochemieunternehmen, Forschungszentren (wie das Max-Planck-Institut für biologische Intelligenz) und einen Universitätscampus beherbergen. Damit diese alptraumhafte Welt nicht mehr täglich mit der S-Bahn fahren muss, wurde im Februar 2023 in Planegg mit der Verlängerung der U-Bahnlinie U6 begonnen, die 2027 auf einer Länge von über einem Kilometer eingeweiht werden soll. Die U-Bahn-Linie wird die beiden großen Wissenschaftszentren der Stadt direkt miteinander verbinden: das Physikzentrum Garching (mit einem Forschungs-Neutronenreaktor) im Norden der Stadt und das Biologiezentrum Martinsried in Planegg, das weiter westlich liegt. Der bayerische Wissenschaftsminister erklärte bei der Grundsteinlegung für das 212 Millionen Euro teure Projekt, dass es sich um eine wichtige Verkehrsinfrastruktur handelt, „die den Weg der Zukunft in das Forschungsmekka München und das gesamte High-Tech-Land Bayern ebnet.“ Doch während sich die

Behörden über die Fortschritte der Bauarbeiten freuten, ereignete sich in Planegg in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, den 26. Juli, etwas Unerwartetes. Die hohen Holzpalisaden mit Maschendraht versperrten den Passanten die Sicht auf das große Werk, das gerade im Gange war. Um es mit den Worten des Bürgermeisters zu sagen: „Wir haben immer gedacht, dass die Baustelle gut gesichert sein muss, damit nichts passiert. Aber niemand hat damit gerechnet, dass Leute die U-Bahn-Baustelle anzünden würden.“

Vor zwei Tagen kletterten Unbekannte tatsächlich über den Zaun, zündeten zwei Baumaschinen an und verschwanden dann in der lauen Sommernacht, wobei sie einen Schaden von mehreren zehntausend Euro verursachten (und drei weitere Maschinen durch die Flammen beschädigt wurden). Die Behörden richteten ihre Aufmerksamkeit sofort auf die sogenannte „linksextreme politische Kriminalität“ und beauftragten die auf solche Fälle spezialisierte Abteilung K43 der Staatssicherheit mit den Ermittlungen. Die Lokaljournalisten waren angesichts des neuen anonymen Angriffs auf das deutsche Mekka des Techno-Engineerings wieder einmal ratlos: „Ist dies die Fortsetzung einer Reihe von bisher ungeklärten Angriffen? In den letzten Monaten kam es in München und Umgebung zu mehreren mutmaßlichen Brandanschlägen auf Fahrzeuge und Infrastruktur – zuletzt auf eine Mobilfunkantenne im Forstenrieder Park [16. Juli] und auf Kabelschächte am Föhringer Ring [8. Juli].“

Quelle: <https://sansnom.noblogs.org/archives/18093>

Autos als Kameras:

Überblick über die Überwachungsfunktionen von Tesla und Lehren für den Angriff

[Anmerkung: Der Text scheint aus einem US-Kontext heraus geschrieben zu sein]

Die meisten Menschen erwarten, auf Video aufgenommen zu werden, wenn sie durch die Straßen von Innenstädten gehen, die oft mit traditionellen Arten von Sicherheitskameras wie Kuppelkameras, Bullet-Kameras [die „üblichen“ länglichen Kameras] oder den neueren ferngesteuerten Kameras, die schwenkbar sind und zoomen können, übersät sind. Früher war dies in Wohnvierteln weniger zu erwarten, wo es jetzt immer mehr Heimüberwachungssysteme wie die Ring-Kameras von Amazon oder die Kameras von Google Nest gibt. Die Polizeidienststellen haben die zunehmende Beliebtheit dieser Geräte genutzt und mit den Muttergesellschaften Vereinbarungen getroffen, um sie direkt in bestehende Überwachungsnetzwerke einzubinden und ohne das Wissen oder die Erlaubnis des Kamerabesitzers auf die Daten zuzugreifen. Einige Kameras im Stil einer Türklingel bieten auch Formen der Audioüberwachung: Die Ring-Kameras von Amazon, die leicht an ihrem ominösen leuchtenden Kreis zu erkennen sind, können Berichten zufolge Gespräche aus einer Entfernung von bis zu 15 Metern aufzeichnen. Ring hat sich mit mehr als tausend Polizeidienststellen in den Vereinigten Staaten zusammengeschlossen. Einige Polizeidienststellen haben sogar Pilotprogramme durchgeführt, die es ihnen ermöglichen, ständig Live-Streams von den Türklingelkameras der Bewohner zu übertragen.

Während die rasche Ausbreitung von Hausüberwachungssystemen wie Türklingelkameras von Anarchist*innen ausgiebig zur Kenntnis genommen und angegriffen wurde, wurde der ebenso raschen Ausbreitung von fahrzeugbasierten Überwachungssystemen weniger Aufmerksamkeit geschenkt.

Schon seit langem stehen Autos im Mittelpunkt vieler aufsehenerregender Verhaftungen von Anarchist*innen. Die meisten größeren Städte haben in automatische Kennzeichenlesegeräte (ALPR) am Straßenrand investiert, und viele Polizeifahrzeuge sind mit ALPR am Armaturenbrett ausgestattet, die jedes Kennzeichen lesen, aufzeichnen und in verschiedenen Datenbanken suchen. Das No Trace Project hat die vielen Arten von Peilsendern und Abhörgeräten, die die Polizei weltweit in den Fahrzeugen von Anarchist*innen installiert hat, ausführlich dokumentiert. Auch wenn es nicht verwandt ist, enthält fast jedes moderne Auto Technologie, die Ihre Fahrten (und vieles mehr) aufzeichnet und von den Strafverfolgungsbehörden leicht abgerufen werden kann. In den USA stellen die meisten Autohersteller den Strafverfolgungsbehörden routinemäßig Fahrzeugdaten zur Verfügung, ohne dass eine Vorladung oder ein Durchsuchungsbefehl erforderlich ist. Die überwiegende Mehrheit der in den letzten Jahren in den USA verkauften Autos ist mit Telematikmodulen ausgestattet, die Informationen, einschließlich Standortdaten, direkt an die Server des Herstellers zur Fernspeicherung übermitteln. Weitere Informationen können mit physischem Zugang zum Zielfahrzeug extrahiert werden: Ein von der US-Firma Berla verkauftes Tool kann den gesamten Standortverlauf eines Fahrzeugs sowie Kontaktlisten, Anrufprotokolle, SMS-Nachrichten und mehr von jedem Telefon abrufen, das mit dem Infotainmentsystem des Fahrzeugs verbunden ist.

Autos, insbesondere neuere Fahrzeuge mit eingebauten Computersystemen, wissen alles über ihre Benutzer und folglich auch über die Menschen in ihrer Umgebung. Tesla geht noch einen Schritt weiter und verwandelt Autos in mobile, hochauflösende Videoüberwachungssysteme.

Jedes Tesla-Fahrzeug ist mit Kameras ausgestattet, die eine 360-Grad-Videoüberwachung rund um das Fahrzeug ermöglichen, während es sich bewegt. Insgesamt gibt es neun Kameras: acht nach außen gerichtete Kameras (drei nach vorne gerichtete Kameras, zwei Kotflügelkameras, eine Rückfahrkamera und zwei Seitenkameras an der B-Säule zwischen den Fenstern) und eine nach innen gerichtete Kabinenkamera. Das von diesen Kameras gesammelte Bildmaterial wird lokal auf einem USB-Laufwerk oder einem anderen Speichergerät gespeichert, das mit dem zentralen Computersystem des Fahrzeugs verbunden ist, aber das Bildmaterial gelangt auch auf die Server von Tesla. So bietet Tesla beispielsweise eine (mindestens) 72-stündige Sicherung aller aufgezeichneten Aufnahmen für den Fall, dass das vom Fahrer installierte USB-Laufwerk gestohlen wird. In einigen Ländern gibt es Fahrverbote für Teslas in der Nähe von sensiblen Regierungsbereichen, wie z. B. in China und Deutschland, wo die Autos auf bestimmten Berliner Polizeigeländen nicht fahren dürfen.

Alle neun Tesla-Kameras zeichnen aktiv auf, während sich das Fahrzeug bewegt. Aber auch wenn das Auto geparkt und ausgeschaltet ist, zeichnen die Kameras oft noch auf. Tesla bietet eine Funktion namens „Wächtermodus“ an, die das geparkte Auto in ein Kamerasystem verwandelt, das Videos aus allen Richtungen aufnehmen kann. Angeblich muss dieser Modus vom Besitzer manuell eingeschaltet werden. Er nutzt vier der neun Kameras (eine auf jeder Seite des Fahrzeugs), und das Videomaterial kann in Echtzeit über eine Smartphone-App abgerufen werden. Die Kameras werden aktiviert, und jedes Mal, wenn jemand das Fahrzeug berührt oder sich bewegt, wird eine „Alarm“-Benachrichtigung an die App gesendet; sie werden aber auch aktiviert, wenn jemand in die Nähe des Fahrzeugs geht oder eine andere Bewegung in der Nähe erkannt wird. Die Videos werden als Backup auf die zentralen Tesla-Server hochgeladen. Selbst wenn die Kameras nicht aktiviert wurden oder ein „Überwachungsereignis“ ausgelöst haben, können Videos von allem, was innerhalb von (mindestens) einer Stunde in Kamerareichweite passiert, wiederhergestellt werden, bevor sie überschrieben werden. Tesla-Besitzer können jedoch öffentlich zugänglichen Code verwenden, um ihr Computersystem zu modifizieren und das gesamte Videomaterial auf unbestimmte Zeit zu speichern.

Die in den Teslas verwendeten Kameras werden vom Technologie- und Waffenriesen Samsung hergestellt. Bislang haben die meisten eine Auflösung von 1,2 Megapixeln, doch ab 2023 werden einige Fahrzeuge mit 5-Megapixel-Kameras ausgestattet, die wesentlich detailreicher und farbtreuer sind. Die Frontkameras haben eine Reichweite von bis zu 250 Metern. Es ist möglich, dass ältere Tesla-Modelle auf die neuere Hardware und die besseren Kameras aufgerüstet werden.

Es ist bereits möglich, das Videomaterial von Teslas zu nutzen und es durch Programme der künstlichen Intelligenz (KI) laufen zu lassen, die automatisch Gesichter und Nummernschilder verarbeiten. Im Jahr 2019 zeigte ein Referent auf einer Sicherheitskonferenz, wie er seinen Tesla, einen relativ erschwinglichen Minicomputer und öffentlich verfügbare Programme nutzen konnte, um ein System zur Verfolgung und Speicherung aller vorbeifahrenden Gesichter und Nummernschilder zu erstellen. Die Kombination von hochwertigen Sicherheitskameras, die Aufnahmen machen, mit Programmen, die auf der Grundlage künstlicher Intelligenz diese Aufnahmen automatisch auswerten, ist keine Zukunftsmusik, sondern bereits Realität. Googles Haussicherheitssystem Google Nest ist mit einer Funktion ausgestattet, die automatisch „bekannte Gesichter“ aufzeichnet, und viele andere Sicherheitssysteme für Verbraucher verfügen über ähnliche Funktionen. Schon bald könnte der Polizist, der von einem fensterlosen Raum aus Dutzende von Fernsehbildschirmen überwacht, durch KI-gestützte Sicherheitssysteme ergänzt oder sogar ersetzt werden, denen beigebracht wird, bestimmte Gesichter und „verdächtige“ Verhaltensweisen automatisch zu erkennen und den Sicherheitsdienst zu alarmieren. Die jüngste Entwicklung von 5G-Netzwerken ermöglicht die drahtlose Konnektivität und Hochgeschwindigkeitsdatenübertragung, die erforderlich ist, um ausreichend detaillierte Live-Videos von Sicherheitskameras an KI-Systeme in Datenzentren und Fusionszentren der Strafverfolgungsbehörden zu übertragen.

So wie Türklingelkameras für die Polizei zu einer wichtigen Ressource geworden sind, haben sich Tesla-Kameras bereits als wichtige und zunehmend gefragte Beweisquelle bei Ermittlungen erwiesen. Aufnahmen von Teslas, einschließlich geparkter Teslas im Überwachungsmodus (der vom Unternehmen erst 2019 eingeführt wurde), sind bereits in einer Reihe von Fällen in den USA und darüber hinaus aufgetaucht:

- 2019 in Berkeley, CA: Mithilfe von Videos aus einem Tesla kann die Polizei eine Person identifizieren und festnehmen, die in ein Auto eingebrochen ist. Die Person trug zum Zeitpunkt des Einbruchs eine GPS-verfolgende Fußfessel.
- 2019 in San Francisco, Kalifornien: Ein Tesla wird aufgebrochen, und die Kameras erfassen das Gesicht und das Nummernschild des Verdächtigen, was zur Verhaftung führt.
- 2020 in Springfield, MA: Bei den Ermittlungen des FBI im Zusammenhang mit Brandstiftung in einer rassistischen Kirche und anderen Straftaten werden Aufnahmen von einem geparkten Tesla verwendet, auf denen deutlich das Gesicht des Verdächtigen zu sehen ist, als er eines der Räder des Fahrzeugs stiehlt.
- 2020 in Stamford, CT: Zwei Personen werden wegen bewaffneten Raubüberfalls verhaftet, nachdem die Polizei Aufnahmen von einem geparkten Tesla gemacht hat, die das Nummernschild des Fluchtwagens zeigen.
- 2021 in Berlin, Deutschland: Ein Sprengsatz wird in der Nähe einer Baustelle platziert und aktiviert. Die Berliner Polizei nutzt das Video eines in der Nähe geparkten Tesla, um einen mutmaßlich „linksextremen“ Verdächtigen zu identifizieren und festzunehmen.*



- 2021 in Memphis, TN: Ein geparkter Tesla nimmt auf, wie jemand das Lenkrad eines in der Nähe geparkten Autos stiehlt, und das Filmmaterial wird von der Polizei veröffentlicht, um die Verdächtigen zu identifizieren.
- 2021 in Großbritannien: Die Polizei nutzt das Video des Tesla, um eine Person zu finden und zu verhaften, die das geparkte Auto mit einem Schlüssel aufgebrochen hat. Das Video zeigt das Gesicht und das Nummernschild des Verdächtigen.
- 2021 in Riverside, CA: Bei einem Tesla, der auf dem Highway fuhr, wurde das Fenster mit einem Luftgewehr zerschossen. Die Polizei nutzte das Videomaterial, um das Auto des Verdächtigen zu identifizieren und ihn zu verhaften.
- 2023 in San Jose, CA: PG&E Transformatorenkästen wurden in zwei separaten Anschlägen in die Luft gesprengt, wodurch Tausende von Menschen ohne Strom dastanden. Eine behördenübergreifende Untersuchung führt zu einer Verhaftung. Ein wichtiges Beweisstück ist ein Video von einem geparkten Tesla, das den Verdächtigen in der Nähe des Tatorts zeigt. Telefondaten (wahrscheinlich ein Geo-Fence-Warrant) werden ebenfalls verwendet, um einen Verdächtigen zu identifizieren und zu verhaften.
- 2023 in Bend, OR: Die Polizei, die in einem Mordfall ermittelt, ruft Tesla-Besitzer öffentlich dazu auf, ihre Aufnahmen von diesem Tag zu überprüfen und nach einem bestimmten Auto zu suchen.

In diesen und anderen Fällen wiesen die Strafverfolgungsbehörden direkt auf die Bedeutung von Tesla-Videos im Verlauf der Ermittlungen hin:

„Ohne die Bereitschaft der Leute, ihre Überwachungsvideos mit uns zu teilen, wären wir wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen, in diesem Fall Fortschritte zu machen, also war das sehr wichtig.“
Stellvertretender Polizeichef von San Jose, CA

„Das ist der Grund, warum er verhaftet wurde.“ Polizeibeamter zeigt auf eine Tesla-Kamera

„Es ist selten, aber wir sehen immer mehr dieser [Tesla-]Überwachungskameras überall, und wir sind froh darüber, denn es ist ein wirklich effektives Werkzeug zur Verbrechensbekämpfung.“ San Francisco PD PIO

„Die heutige Technologie ermöglicht es Automobilherstellern wie Tesla, Aufnahmen zu erstellen, die natürlich einen enormen Mehrwert für die Polizei bei der Aufklärung von Verbrechen und Verkehrsunfällen haben. Es wäre fahrlässig, diese Möglichkeit nicht zu nutzen.“ Präsident der Gewerkschaft der Polizei, einer deutschen Polizeigewerkschaft

Je mehr Teslas auf die Straße kommen, desto größer wird das Überwachungsnetz des Staates; die vermeintliche Grenze zwischen „Bürger“ und „Polizist“ verschwindet. Die gleiche Überwachungstechnologie, die Tesla als Pionier entwickelt hat, wird auch von anderen Autoherstellern und Nachrüstern eingeführt. Eine neue Funktion von BMW ermöglicht es den Nutzern, über eine Smartphone-App eine Live-3D-Darstellung der Umgebung ihres Autos zu erstellen. Andere Unternehmen sind nicht weit davon entfernt und kündigen Funktionen an, die dem Wächtermodus von Tesla ähnlich sind.

Was sollten Anarchist*innen daraus mitnehmen? Wie können wir diese panoptische Höllenlandschaft weiterhin angreifen und damit davonkommen?

Wenn wir uns Gedanken über eine mögliche Videoüberwachung machen, müssen wir jetzt zusätzlich zu Türklingelkameras und herkömmlichen sichtbaren Sicherheitssystemen auch auf Tesla-Fahrzeuge achten. Es kann möglich sein, die Aktivierung der Kameras von geparkten Teslas zu vermeiden, indem man auf die andere Straßenseite geht. Im Gegensatz zu allen anderen Formen von Überwachungskameras befinden sich geparkte Autos nicht immer an derselben Stelle - in einer Straße, in der es keine sichtbaren Kameras gibt, kann in der nächsten Nacht ein Tesla geparkt sein. Das bedeutet, dass Autokameras eine besondere Herausforderung bei der Planung von Wegen darstellen, um eine Überwachung zu vermeiden. Bisher scheint kein anderer großer Autohersteller regelmäßig Überwachungskameras einzubauen, so dass Teslas einzigartige Form es ermöglicht, sie aus der Ferne zu erkennen und leichter zu vermeiden (oder anzuvisieren!).

Leider ist es oft nicht möglich, den Augen der Kameras ganz zu entgehen. Zu den allgemeinen Praktiken, um eine Identifizierung durch die Aufnahmen von Überwachungskameras zu vermeiden, gehören: Tragen Sie locker sitzende Kleidung, um sich vollständig zu bedecken. Wenn die Umstände es nicht zulassen, die Augen mit einer Sonnenbrille oder auf andere Weise zu bedecken, sollten Sie dafür sorgen, dass alles rund um die Augen verborgen bleibt. Insbesondere Augenbrauen haben die Tendenz, sich im Augenspalt einer Maske abzuzeichnen und können sehr aufschlussreich sein. Die verwendete Kleidung, einschließlich der Schuhe, sollte nur einmal getragen und so erworben werden, dass sie nicht zurückverfolgt werden kann (durch Kameras im Geschäft, Transaktionsprotokolle usw.). Idealerweise haben die Kleidungsstücke keine Logos oder einzigartigen Muster. Die Kleidung sollte unmittelbar danach entsorgt oder vernichtet werden, und zwar wiederum auf nicht nachvollziehbare Weise und an einem Ort, der nicht mit Ihnen in Verbindung steht. Die Ganganalyse, die forensische Methode zur Identifizierung Ihres individuellen Gehverhaltens, könnte zunehmend durch künstliche Intelligenz ermöglicht werden; ziehen Sie in Erwägung, Ihren Gang vor der Kamera zu ändern. Videomaterial, das Muster von Linkshändigkeit zeigt, wurde von Ermittlern auch zur Identifizierung von Verdächtigen verwendet.

Am besten haltet ihr so viel Abstand zu den Kameras wie möglich und vermeidet es, sich direkt zu ihnen umzudrehen. Wenn du deinen Kopf im Vorbeigehen einfach vom Fahrzeug wegdrehst, kannst du dein Gesicht verbergen. Selbst wenn du eine Maske trägst, können die hochauflösenden Aufnahmen immer noch identifizierende Merkmale erkennen. Tesla-Kameras unterscheiden sich von den meisten herkömmlichen Sicherheitskameras dadurch, dass sie nicht über dem Kopf, sondern unter dem Kopf angebracht sind. Regenschirme, Hutkrempe und Kapuzen, die eine wirksame Tarnung vor einer Überkopfkamera bieten könnten, sind bei den niedrigen Kamerawinkeln eines Autos möglicherweise unwirksam.

Bei den meisten Verhaftungen, bei denen Tesla-Filmmaterial zum Einsatz kam, wurde die Person anhand ihres Fahrzeugs und häufig anhand des Kennzeichens identifiziert. Das Vorhandensein von ALPR, anderen Kameras und zentralisierten Datenbanken macht es sehr schwierig und oft unmöglich, mit dem Auto zu fahren, ohne Spuren zu hinterlassen. Im Gegensatz dazu haben Fahrräder keine Nummernschilder, lassen sich viel leichter auf Peilsender überprüfen, sind einfach zu stehlen oder für wenig Geld zu kaufen und wegzuerwerfen und haben sich bei kriminalpolizeilichen Ermittlungen als wesentlich schwieriger erwiesen.

Bei Angriffen auf Teslas oder andere Gegenstände in der Nähe solltet ihr euch bewusst sein, dass ihr von einer Kamera erfasst werdet, und euch entsprechend vorbereiten. Mit etwas Übung lassen sich Steinschleudern (oder andere Wurfgeschosse) aus der Ferne effektiv einsetzen. Mit einer Ahle kann man die Luft aus den Reifen ablassen, indem man in die obere Seitenwand sticht, und sie ist leiser als ein Messer, obwohl der Schaden leichter zu beheben ist. Es ist nicht allzu schwer, die Tesla-Kameras zu entdecken, wenn man sich erst einmal mit ihren Standorten vertraut gemacht hat, und sie lassen sich leicht mit Sprühfarbe abdecken.

Einige der üblicherweise vorgeschlagenen Methoden für Brandanschläge gegen Autos werden obsolet oder ungeeignet, wenn wir Elektrofahrzeuge in Betracht ziehen. Bei den Ratschlägen zur Platzierung eines Brandsatzes wird häufig davon ausgegangen, dass ein Benzintank und ein brennbarer Kraftstoffmotor vorhanden sind. Bei Elektrofahrzeugen und insbesondere bei Teslas sind die wichtigsten brennbaren Teile des Fahrzeugs die Reifen und die Lithium-Ionen-Batterie, die sich im größten Teil der Unterseite des Fahrzeugs im Fahrgestell befindet. Reifen fangen leichter Feuer, und einige chemische Brandstifterwürfel oder Fackeln können ausreichen, um den Reifen direkt zu erhitzen. Um die Batterien in Brand zu setzen, muss die Unterseite des Fahrzeugs so stark erhitzt werden, dass ein thermischer Durchzündungseffekt in den Batteriezellen entsteht. Dies kann sehr schwierig zu löschen sein und garantiert fast die völlige Zerstörung des Fahrzeugs. Benzin oder ein ähnlicher Brandbeschleuniger, der an einer Stelle unter dem Auto konzentriert wird, ist die effektivste Methode, um schnell genug Hitze für einen Batteriebrand zu erzeugen. Es ist nicht ratsam, Autoscheiben einzuschlagen, um einen Brandsatz darin zu platzieren, da dies das Entdeckungsrisiko (Glasbruch ist laut!) und das Risiko von DNA-Spuren erhöht.

Aus einem Bekenner schreiben für eine Brandstiftung in Frankfurt am Main, Deutschland, im Jahr 2023: „Wir haben heute Abend einige neue Teslas in Frankfurt abgefackelt. Als ein Gruß an die Proteste in München. Als ein Angriff unter vielen auf die zerstörerische Autoindustrie ... Tesla ist einer unserer prominentesten Feinde. Das Unternehmen steht wie kein anderes für

die Ideologie des grünen Kapitalismus und die fortschreitende globale und koloniale Zerstörung.“

Die „Elektroauto-Revolution“ fährt fort, die Erde durch Ressourcenabbau zu plündern, Autos töten und verstümmeln weiterhin massenhaft menschliche und nicht-menschliche Tiere, und die Überwachungs- und Kontrollsysteme werden weiter verfeinert und ausgebaut. Tesla und andere Hersteller von Elektrofahrzeugen können und sollten von Anarchist*innen angegriffen werden. Es kann auf vielen Ebenen angegriffen werden: Das Netzwerk der Ladestationen ist anfällig für Sabotage, die Fahrzeugparkplätze und Gebäude können angegriffen werden, und die Autos selbst können leicht beschädigt oder zerstört werden.

Scheiß auf Tesla. Scheiß auf alle Autos und alle Kameras. Tod dem Staat. Nichts als Liebe für alle anarchistischen Störenfriede, Vandalen und Kreaturen der Nacht. Schlagt klug zu und lasst euch nicht erwischen!

gefunden beim No Trace Project

Ergänzung der Übersetzer*in:

* Ob es sich um einen „linksextremen“ Täter mag ich aus den Infos im Netz nicht beurteilen und habe keine wirklichen Hinweis darauf gefunden. Aber hier der Link zum Zeitungsartikel indem es um die Nutzung der Bullen von Tesla-Videoaufnahmen geht und auch um den im Artikel aufgeführten Fall:

„In der Nähe des Explosionsorts soll ein Tesla geparkt haben, hieß es damals aus Sicherheitskreisen. Aufgrund der Erschütterung soll das Auto seine Kameras aktiviert und die Umgebung aufgezeichnet haben. Dann wurde geprüft, ob auf den Aufnahmen Tatverdächtige zu sehen war. Im Februar 2021 wurde der mutmaßliche Täter festgenommen.“

(<https://www.morgenpost.de/berlin/article236830755/tesla-unfall-radfahrer-in-letzte-generation-betonmischer-bundesallee.html>)

und hier noch ein ausführlicherer Artikel dazu:

<https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2022/11/berlin-tesla-videoueberwachung-autos-kameras-straftverfolgung-datenschutz.html>

Angriff auf Space Tech Expo Europe



Dokumentation:

Die Space Tech Expo Europe findet vom 14. bis 16. November 2023 zum nunmehr 6. Mal in den Messehallen Bremens statt. Sie ist Europas wichtigste und größte Ausstellung und Konferenz für Raumfahrttechnologie und -dienstleistungen. Hier konkretisieren sich die Facetten der Luft- und Raumfahrtindustrie anhand der inhaltlichen Debatten und der beteiligten Unternehmen. Erklärtes Ziel: Business, Networking und Vorstellung neuester Entwicklungen. In der Ausstellung in den Hallen 4 bis 6 gehtes unter anderem um Raumfahrtproduktions- und -testdienstleistungen, um Komponenten und Systemtechnik für Raumfahrzeuge sowie um Trägerraketen und Satellitenprogramme. Über 650 Aussteller aus über 40 Staaten präsentieren sich. Ein bedeutender Teil der Aussteller firmiert unter dem Schlagwort Military. Aus Bremen sind neben den fünf größten Arbeitgebern der Raumfahrt Ariane, Orbitale Hochtechnologie Systeme (OHB), Airbus Defense and Space, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt(DLR) und dem Zentrum für Angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation (ZARM) auch DSI Aerospace, Polaris Raumflugzeuge, Shieldex, Ferchau, sowie die Stadt als auch die Universität Bremen (Humans on Mars) vertreten. Parallel zur Ausstellung findet am selben Ort eine Konferenz statt, bei der technische, politische und strategische Details erörtert werden.

Angriff von Hinten

Die laufende Messe nahmen wir zum Anlass um am späten Nachmittag des 14. November eine militante Aktion einer antikapitalistischen und antimilitaristischen Klimabewegung durchzuführen. Während sich drinnen

Teilnehmer*innen zum Networking trafen, haben wir uns verabredet um unserer Abneigung Ausdruck zu verleihen. Wir verbarrikadierten die Straße hinter dem Messegelände mit brennenden Reifen und bewarfen die Glasfassaden der Hallen mit Farbgläsern und Pyrotechnik. Es schepperte gewaltig. Das Ziel war die Unterbrechung des gemütlichen Austausches durch eine offensive Intervention. Die Vertreter*innen der Rüstungsindustrie sollten mit der Konsequenz ihrer Geschäfte konfrontiert werden.

Rüstungsstandort Bremen

Die Space Tech Expo findet nicht zufällig in Bremen statt. Bremen ist eine Rüstungshochburg. Keine Stadt in Deutschland weist eine vergleichbare Rüstungsdichte auf. Bremer Rüstungsbetriebe leisten vor allem mit Satelliten und Drohnen, mit Elektronik für Marine und Heer, durch Kriegsschiff- und Flugzeugbau einen beachtlichen Beitrag zur Entwicklung der weltweiten Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und zur Verbreitung von Kriegswaffen und Ausrüstungen auf dem Globus.

Die Stadt profitiert von Krisen und Kriegen und von hier exportierte Waffen fördern weltweit Konflikte. In Bremen befinden sich fünf Rüstungsbetriebe von bundesdeutschem, zum Teil europäischem, ja sogar welt-politischem Rang: Atlas Elektronik, EADS Airbus, Rheinmetall Defence Electronics, die Friedrich Lürssen Werft und OHB.

Trotz antimilitaristischer Kritik und Angriffen gegen OHB versucht das Unternehmen mit Großprojekten den Raum Bremen/Bremerhaven für



die High-Tech-Rüstungsindustrie interessanter zu machen. Kürzlich hat sich das Konsortium German Offshore Spaceport Alliance gegründet, zu dem OHB gehört. Das aberwitzige Ziel: Ein schwimmender Weltraumbahnhof in der Nordsee. Tausende Kleinsatelliten werden in den kommenden Jahren zu kommerziellen Zwecken ins All geschossen. Die ersten Missionen sind bereits April 2024 geplant. Mit dieser Initiative verfolgt das Konsortium das Ziel den Standort Bremen als Internationalen Hub für die kommerzielle Raumfahrt zu etablieren. Wie hoch aber, werden die ökologischen Kosten sein, wenn über einem eh schon labilen Lebensraum wie der Nordsee immer wieder tausende Liter Raketenbrennstoff verbrannt werden?

Krieg, High-Tech und männliche Allmachtsphantasien

Satellitentechnologie wird als Forschungswerkzeug zur Feststellung von Umweltkatastrophen und -veränderungen angepriesen. Weltraumorganisationen, wie die NASA oder ESA, präsentieren sich als primär wissenschaftliche Institutionen. Fakt ist, von ihren Anfängen bis heute ist die Luft- und Raumfahrt militärisch dominiert. Kommunikations- und Bildgebende Satelliten sind eine wichtige Infrastruktur für die Überwachung anderer Staaten oder der eigenen Bevölkerung, sie dienen der Abschottung der Festung Europa, der Feindaufklärung im Krieg oder seiner Vorbereitung. Sie sind unabdingbarer Bestandteil für die militärische Kommunikation und industrielle Prozesse. Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist einer der zentralen Akteure der Rüstungsindustrie!

Krieg, High-Tech und männliche Allmachtsphantasien haben eine lange patriarchale Tradition. In der Raumfahrt greifen diverse Formen von unterdrückenden Machtstrukturen auf gefährliche Weise ineinander. Angefangen bei militaristischer Männlichkeit über Misogynie und koloniale Denkmuster bis hin zu den egomanen Symptomen des Turbokapitalismus, verbinden und verlagern sich die Probleme unserer Welt in neue Sphären.

Die Personifizierung dieser Entwicklung in Form eines Elon Musk ist kein Zufall, sondern folgerichtiger Ausdruck dieses Bereichs des Kapitalismus.

Klima

Spätestens seit 2022 ist der Weltöffentlichkeit klar, wenn es so weitergeht erwärmt sich die Erde nicht um 1,5 Grad Celsius sondern um 2,5 - 3 Grad Celsius bis 2100 und zahlreiche Kippunkte sind bald erreicht. Die Konsequenz: Ein chaotisches Zusammenbrechen der Klima- und Ökosysteme, die Verwüstung ganzer Landstriche, extreme Wetterlagen und steigende Meeresspiegel, Artensterben, Hunger und Flucht von hunderten von Millionen von Menschen.

Technologien wie Satellitentechnik werden als Lösung der Klimakatastrophe propagiert. Hinter dieser Ideologie steckt jedoch ein weiter so wie bisher. Dynamische Entrepreneure verkaufen ihre Start-Ups als Weltrettungsmaschinen und Politiker*innen auf der ganz Welt finanzieren, aus Angst bei der kapitalistischen Kolonisierung des Weltalls zu spät zu kommen, ihre großenwahn sinnigen Pläne.

Wir müssen jetzt handeln um die Folgen des Klimawandels zu begrenzen! Statt den Kapitalismus auf eine neue Umlaufbahn zu katapultieren, sollten, nein müssen wir alles daran setzen ihn zu sabotieren! Dafür müssen auch die Ideologien entlarvt werden, die uns die Zerstörung der Erde als humanistischen Fortschrittsmotor verkaufen. Die Space Tech Expo Europe ist ein Element dieser Propagandastrategie. Verhindern wir sie! Mit allen Mitteln!

Switch-OFF! The system of destruction

Einige ökologische Anti-Militarist:innen

Die „grüne“ Farce überall und nirgendwo sonst

Auf dem Weg zur Zerstörung von Elektromobilität und Dekarbonisierungs-Lügen

Anarchist*innen und Autonome haben nur langsam auf den grünen Kapitalismus reagiert. Anarchistische Kämpfende in Frankreich sind vielleicht die einzige Ausnahme, die systematisch Windturbinen, elektrische und andere technische Infrastrukturen in Brand setzt¹. Ebenso riefen deutsche Saboteur*innen vor einigen Jahren dazu auf, den „Green Deal“ anzugreifen, indem sie die Stromkabel in Brand setzten, die die neue Berliner Tesla Gigafactory versorgten, welche darauf abzielte, die Gentrifizierung weiter zu verfestigen, die Ausbeutung von Arbeitskräften voranzutreiben, die Wasserressourcen zu erschöpfen und den weltweiten Anstieg des Abbaus sogenannter „Übergangsmaterialien“ zu fordern².

Von diesen Ausnahmen abgesehen, waren Sozialanarchist*innen größtenteils langsam, haben vielleicht sogar selbst den „grünen Köder“ geschluckt und nicht erkannt, dass die sogenannte „Ökologisierung“ der nächste Mechanismus ist, um die kapitalistische Plünderung von Land, Luft, Meer, Wasser und - ebenso schädlich - der Köpfe der Menschen nicht nur zu rechtfertigen, sondern aktiv auszuweiten. Ökologisierung, Dekarbonisierung, Elektrifizierung und sogar das Konzept des Kohlenstoffs selbst ist ein Instrument der psychologischen Kriegsführung - und ein Versuch, den ökologischen und klimatischen Kampf der Bevölkerung zu befrieden.

Der Satz „Katastrophen bieten immer auch Möglichkeiten“ hallt durch alle Finanzzentren der Welt, während sich Überschwemmungen, Dürren, Brände und extreme Wetterereignisse sowie die Zerstörung von Ökosystemen in noch nie dagewesenem Ausmaß ausbreiten. Der Kapitalismus wird weder ein „degrowth“ im akademischen Sinne noch ein Leben in sozioökologischer Harmonie mit Lebensräumen zulassen. Ebenso abwegig ist eine Stadtplanung, die ein Leben außerhalb der Kreisläufe des Kapitals ermöglicht. Wandern und Radfahren sind immer noch den Armen, der Geste (oder Identität) der Mittelklasse, und den Niederländer*innen vorbehalten. Die extraktive Maschinerie läuft weiter und verstärkt nun ihren Drang, Leben und Mineralien aus der Erde zu extrahieren, unter der Vorgabe „umweltfreundlich“, „kohlenstoffneutral“ und „erneuerbar“ zu sein, doch das Einzige, was erneuert wird, ist die Vielfalt, mit der der Kapitalismus durch industrielle Aktivitäten tötet, sowie fast leblose, banale Umgebungen, konsumorientierte Lebensweisen und die Durchsetzung staatlicher Kontrolle. Und „ja“, Tränengas, Panzer und Gefängnisse werden derzeit verschönert, dekarbonisiert und ökologisiert³.

Vom Umweltschutz bis zur Klimagerechtigkeit hat die Ökologisierung die Hoffnungen, Ängste und die Gleichgültigkeit der Menschen angezapft, um das Bestehende weiter in dystopische Vergessenheit zu treiben. Und deshalb haben diejenigen Recht, die das Feuer gegen Telsa entfachen: Es

ist notwendig zu zeigen, „dass wir mit den grünen Lügen, der Plünderung von Rohstoffen oder den Städten und Straßen, die nur den Reichen gehören, nicht einverstanden sind“⁴. Ob groß oder klein, es muss Widerspruch, Ablehnung und Feindseligkeit gegen Elektrifizierung, Dekarbonisierung und jeden anderen grünen Schwachsinn geben, denn es handelt sich um einen Schwachsinn, bei dem mehr soziale und ökologische Risiken im Spiel sind, als uns vielleicht bewusst ist. Der beste Weg, dieser grünen Befriedung entgegenzuwirken und sich von diesem Schwindel zu distanzieren, ist natürlich, ihn anzugreifen.

In Gesprächen über die Organisation von Angriffen ist es wahr, dass die idealen „Ziele“ diejenigen sind, „die es sonst nirgendwo gibt“⁵. Ziele, die kostspielig und nicht leicht ersetzbar sind, die Logistik beeinträchtigen und den größten Schaden anrichten, sind die idealen Ziele, keine Frage. Wichtig ist jedoch die Verbreitung und Reproduktion autonomer Angriffe, welche die Ideen, Techniken und kriminellen Überlegungen verfügbar machen, die notwendig sind, um sicher zu bleiben und Kapital und Staat anzugreifen. Die von Al Gore und Greta geschürte Klimaangst, die Einschränkung von Klimagerechtigkeitsmobilisierungen (z.B. Ende Gelände, etc.) und das politische Versagen der Grünen den Kampf um Lützerath wieder aufzunehmen, hat eine enorme Anzahl aufmerksamer Kritiker dazu gebracht, Sabotage, Brandstiftung und, so befürchten die Behörden, strategische Attentate in Betracht zu ziehen. Universitäten und Journalisten rätseln über die Zunahme des „Öko-Extremismus“ und wie man damit umgehen muss. Ein ständiges Anliegen der Regierung mit allerlei neuen Forschungsgeldern und Journalistengeschwätz. Tatsache ist jedoch, dass der so genannte Öko-Extremismus legitim, logisch und eine gesunde emotionale, wenn nicht gar spirituelle Reaktion auf den derzeitigen Zustand der Welt ist.

Das in Lützerath (und anderswo) demonstrierte Ökosystem von Aktionen, Earth Rising (Les Soulevements de la Terre)⁶ sowie der Aufstieg der „Fire Extinguishers“ bleiben hoffnungsvolle Schritte, die vom „aktivistischen“ Händchenhalten und Selbstbeglückwünschung dazu übergehen, sich gegenseitig in Angriffspositionen zu bringen - und die dunklen Nächte mit Feuer, Adrenalin und verdienter Selbstzufriedenheit zu erhellen. Der Imperativ geteilter Fertigkeiten verbindet sich mit der Notwendigkeit, das so genannte „Grün“ und all seine umweltzerstörerische Gymnastik zu zerstören - noch einmal: „Dekarbonisierung“, „Elektrifizierung“, „Erneuerbarkeit“, „intelligente“ Technologien, Automatisierung, Geoengineering und so vieles mehr. Die kapitalistische Umweltpolitik und die Sorge um den Kohlenstoff sind eine Weiterentwicklung der unternehmerischen Verschwörung, die politische Kontrolle verfeinert und die Bühne für ökomodernistische Utopien bereitet, die die Träume der klassischen Totalitaristen



übertreffen. Anarchist*innen und Autonome sind in der Lage, Fähigkeiten zu teilen, die den Appetit von Calcifer beleben, erdzerstörende Logistik und Infrastruktur zu konsumieren, die von den Unternehmern als ökologisch bezeichnet wird. Für die Klima-Jugend, die ökologisch und klimatisch Besorgten, heißt das auch, von denen zu lernen, die gegen diese kapitalistische Hydra kämpfen - gestern, heute und morgen. Der ökologische Kampf hat nicht erst 2017 begonnen, sondern reicht zurück bis ins Jahr 1492 und in die imperialen Zivilisationen vor diesem Datum.

In der Tat ist es sinnlos, eine politische Einheit zu konstruieren, aber es gibt keinen Mangel an gemeinsamen Anliegen. Dieser Text bekräftigt die Notwendigkeit, dem so genannten „Green Deal“ den Kampf anzusagen. Die globale Umweltpolitik ist ein zynischer Scherz, den niemand tolerieren sollte. Krieg ist Frieden, Einkaufszentren sind Freiheit und Umweltpolitik ist Ökozid - es ist psychotisch. Umweltpolitik ist räuberischer Mineralienabbau (zusätzlich zur bestehenden Öl-, Kohle-, Erdgas- und Nuklearinfrastruktur)⁷; sie produziert noch mehr material- und energieintensive Autos und bezeichnet diese als „elektrisch“. Gleichzeitig intensiviert sie die Produktion von schwerer elektrischer Infrastruktur und, was noch schlimmer ist, von digitalen und intelligenten Technologien um Verbrauch zu überwachen⁸.

Der Material- und Energieverbrauch steigt parallel zur sozialen und ökologischen Katastrophe: Die Dekarbonisierung und die grüne Wirtschaft sind eine Verschärfung der kapitalistischen Dystopie und erneuern sich durch politischen Betrug, der sich aus unserer Sorglosigkeit, Apathie und falschen Hoffnungen speist. Neben der Umbenennung der bestehenden Ungleichheiten, polizeilicher Kontrolle und miserabler Arbeit ist die Ökologisierung des Kapitalismus ein klarer Versuch, das Bestehende zu festigen und die wirklichen sozialen und ökologischen Sorgen der Menschen und natürlich ihrer direkten Aktionen auszuschalten. Es gibt gute Gründe, die grüne Infrastruktur überall und nirgendwo sonst anzugreifen - tötet die Elektromobilität und die rassistischen Versorgungsketten, welche sie maskiert.

Die Elektromobilität ist eine Mogelpackung, die den Abbau von Lithium, Kobalt, verschiedenen Metallen und digitalen Komponenten intensiviert

und überall neue Ladestationsinfrastrukturen entstehen lässt. Ladestationen sollten überall angegriffen werden. Dieser Übergang zu erneuerbarer Gewinnung und grünem Marketing muss unterdrückt und, wenn möglich, mit aller verfügbaren menschlichen Kreativität und freudigem Einfallsreichtum beendet werden. Während sich Ladestationen und Elektrofahrzeuge ausbreiten, wird ihre Produktion - ebenso wie die militärische Ausrüstung und konventioneller kapitalistischer Betrieb - nun mit dem so genannten „grünen Bergbau“ gerechtfertigt. Dieser von den Regierungen unterstützte PR-Gag für den Bergbau besteht in der „Dekarbonisierung“ von Fahrzeugen und riesigen Muldenkippern mit Lithium-Ionen-Batterien und elektrifizierten Seilzugsystemen, der teilweisen Versorgung der Bergwerke mit Wind-, Solar- und Wasserkraftanlagen, dem Einsatz von internetgesteuerten Umweltsensoren (z. B. „Umweltfernmessung“) sowie der Automatisierung und Elektrifizierung von Bergbauanlagen unter Tage. Mehr Digitalisierung, mehr räumliche Kontrolle, mehr chemische Verarbeitung, Herstellung und Vergiftung der Umwelt, um mehr Bergbau als „grün“, „nachhaltig“ oder „verantwortungsvoll“ zu rechtfertigen⁹.

Dieser psychologische Diebstahl - und der schiere Zynismus, der keine Angst vor den Konsequenzen hat - erfordert eine rasche und nachhaltige Vergeltung. Rassismus wird nun gerechtfertigt und als „grün“ bezeichnet, wobei die Menschen und die Ökologie ländlicher und marginalisierter Gemeinschaften überall, aber mit größerer Intensität im globalen Süden geopfert werden, damit sich Familien der Mittelklasse „gut fühlen“ können, wenn sie Teslas kaufen und mit Elektrofahrrädern fahren, anstatt sich (und ihre Kinder) mit eigener Kraft zu fortzubewegen. Ökosysteme, arme Menschen, schwarze Menschen und braune Menschen zahlen diese Kosten für überentwickelte Bequemlichkeit und Unfähigkeit, die auf Nachlässigkeit und aktiv bewahrter Unwissenheit beruhen. Diese grüne Verblendung und gelegentliche Selbstgerechtigkeit ist unerträglich - sie muss zerstört werden.

Die technologischen Fabriken, Fahrzeugausrüstungen, das Internet und neue Bergbauinfrastrukturen „anderswo“ sind großartige Ziele, erfordern aber einige zusätzliche Hausaufgaben, Planung, und Vorbereitung. Der Bergbau und die arbeitssuchenden Menschen, die ihn antreiben, sind die Grundlage der kapitalistischen Reproduktion und Expansion - ob grün

oder nicht - und sollten vorrangige Ziele bleiben. Der Green Deal muss überall nachhaltig angegriffen werden, von Ladestationen, Türmen mit „privaten drahtlosen Zugangspunkten“ und Tesla-Autos bis hin zu Industriegebieten „anderswo“, in denen Elektro-, Produktions- und Bergbauinfrastruktur untergebracht ist. Volvo, Volkswagen, Telsa und jede andere Automarke stolpern über die euro-amerikanische Klima- und Umweltpolitik und arbeiten daran, ihre Bergbau-Lieferketten in Lateinamerika, Afrika, Asien und Europa (z. B. Finnland, Norwegen, Portugal, Serbien, Frankreich, Spanien) aufzubauen, um ihre wettbewerbsfähigen Elektrofahrzeugflotten voranzubringen. Es mangelt nicht an Zielen oder an ängstlichen, deprimierten und wütenden Menschen, die sich „um die Umwelt sorgen“, aber irgendwie schaffen sie es nicht, dieses System anzugreifen, das ihr Leben so organisiert, dass es sie langsam umbringt. Es ist unumgänglich, Elektromobilität zu stoppen, bevor sie sich ausbreitet und soziale und ökologisches Wissen weiter auslöscht. Finanzinvestoren, die diese todbringenden Industrien betreiben, sind die Hauptakteure, die nur allzu gern an das grüne Marketing glauben, während sie ihre Bankkonten mit legal geplünderter Beute füllen.

Der Angriff auf die Versicherungsgesellschaften ist zudem ein Multiplikator für die Verbreitung wirtschaftlicher Schäden. Die Versicherungsgesellschaften, die die Bergbauunternehmen unterstützen, sind wichtige logistische Engpässe für die kapitalistische Expansion. Straßen-, Internet- und Produktionslogistik - insbesondere Schmelzwerke - bleiben weitere Angriffspunkte, überall und anderswo. Infrastrukturen für Erdöl, Kohle und Erdgas, das dürfen wir nicht vergessen, treiben Elektrofahrzeuge und das gesamte Paket des Green Deal an und verbreiten es, da dieses auf bestehenden Infrastrukturen für fossile Brennstoffe beruht. Anti-Kohle Aktionen insbesondere in Anbetracht der Rolle, die die Kokskohle bei der Metallschmelze spielt, sind auch ein Angriff auf den Green Deal.

Wichtig ist, vor allem in Anbetracht des Umweltdiskurses der Wochenendkämpfer*innen, die Verbindung zwischen den Punkten des Ökozids herzustellen und zu erkennen, wie sich die Zerstörung auf dem Rücken unserer Ignoranz, Apathie und Nachlässigkeit erneuert. Würde kann nur durch Angriff und langfristige wirtschaftliche Schäden zurückgewonnen werden, welche extraktive Aktivitäten mit allen Mitteln unbrauchbar machen. Und, für die schwermütigen unter uns, vergesst nicht, dass es sich hierbei um Selbstverteidigung gegen umweltzerstörerische Industrien, und für unsere gegenwärtige Existenz und unsere Zukunft handelt - für uns selbst, unsere Freunde und diejenigen, die nicht sprechen können und dennoch die Chemikalien dieser Maschine durch einen langsamen oder schnellen Tod konsumieren.

Kann sozialer Krieg gegen den Green Deal aufrechterhalten werden? Die Fähigkeit, zu handeln und Angriffe mit leicht reproduzierbaren Mitteln zu verbreiten, ist nach wie vor unerlässlich. Die Entwicklung von Solidarität entlang globaler digitaler Versorgungsketten und die Demonstration transnationaler Fähigkeiten, um extraktive Infrastrukturen, Profiteure und ihre Versicherer anzugreifen und gleichzeitig ihren Söldnern zu entkommen, bleibt ein dauerhaftes Ziel. Die Gigafactory-Saboteur*innen sind ein Beispiel für diese Solidarität und weisen auf deutsche Investitionen in Todes-Projekte in Mexiko hin. Doch wo sind die Compañeros? Hat der Kapitalismus Menschen dazu gebracht, sich um Jobs bei Bergbauprojekten oder NGOs zu reißen? Der Angriff auf das Grüne und Dekarbonisierung muss sich ausbreiten.

Es besteht jedoch eine anhaltende Trennung zwischen all dem Anti-Bergbau-„Aktivismus“, den Konferenzen in der ganzen Welt und den autonomen direkten Aktionen. Aktivistischen Bürokrat*innen fällt es nach wie vor schwer, die Möglichkeit eines Angriffs zu verstehen, geschweige denn sich diesen vorzustellen, sodass es häufig dort zu paranoiden Behauptungen über Verschwörungstheorien und „falschen Flaggen“ kommt, wo effektive Maßnahmen ergriffen werden. Diese Menschen haben ihre Macht, ihre Vorstellungskraft und ihre Möglichkeiten an Gegenbürokratien abgetreten, die auf politische Befriedung und Ruhigstellung ausgerichtet sind. Es ist jedoch nach wie vor unabdingbar, dass sich solche Aktionen verbreiten und dass es sie gibt, um die Jugend und die resignierten aktivistischen Bürokrat*innen daran zu erinnern, dass die Menschen immer noch kämpfen - und dass sie dem Ökozid und der Täuschung, die ihn aufrechterhält, reale Konsequenzen zufügen. NGOs, aktivistische Bürokrat*innen und zivile Verwalter*innen dürfen diesen Kampf gegen den Extraktivismus, ob grün oder nicht, nicht verstecken und begraben.

Dieser vorgeschlagene soziale Krieg gegen den Green Deal sollte global sein und die grüne Fassade durchbrechen, über die alle stolpern (mit Ausnahme von Aktionsgruppen in Frankreich, Deutschland und Italien). Die Ausbreitung des Krieges gegen den falschen Umweltschutz erweist sich als ein kapitalistischer „Würgegriff“ und hat das Potenzial, Ökosysteme vor dem erneuten Bergbau-Rausch zu retten, welcher Bergbauunternehmen auf magische Weise in Umweltschützer verwandelt hat.

Das Einzige, was noch zahlreicher ist als die Erde-zerstörenden Unternehmen, ist die Angst und die Wut, diesen durch staatliche Domestizierung aufrechterhaltenen umweltzerstörerischen Kurs umzukehren.

Es ist an der Zeit, den Geistern des Waldes, des Wassers, der Luft und des Bodens zu ehren, sich vor der Sonne zu verbeugen und unter dem Mond zu spielen, indem wir den Krieg gegen diese grüne Todesmaschine verbreiten. Das bedeutet, die „Klima-Jugend“ daran zu erinnern, dass das Geheimnis darin besteht, die Ziele wirklich überall und anderswo anzugreifen, so, wie es für richtig gehalten wird. Das ist das einzige Mittel gegen Depressionen und Klimaangst – werdet Freund*innen und macht euren Feinden das Leben schwer.

Wie eine Wand mit schwarzer Farbe einmal sagte: „Einige sehr reiche Menschen müssen das Leid, das sie verursachen, spüren, wenn sich etwas ändern soll...viel Spaß.“

Liebe an alle, die gegen dieses System kämpfen, für ihr Leben und andere.

Klingelingeling, klingelingeling

Ein kleiner Praxistip für den Alltag



Vielleicht hast du ja auch so eine kleine Klingel an deinem Fahrrad, die durch einen Plastiknuppsi auf einer Spiralfeder zum Klingeln gebracht wird. Du weißt schon, dieses glockenförmige Ding, das gar nicht richtig klingelt, sondern nur „Pling“ macht. Die sind trotz des unschönen Geräusches ja leider sehr beliebt.

Aber möglicherweise ist damit ja bald Schluss und die gute alte Fahrradklingel kommt wieder in Mode. Denn es ist leicht, der Glockenklingel ein Air-Tag unter zu jubeln. Das ist dieses kleine Spionage-Ufo, das von jedem Smartphone in der Nähe registriert werden kann, wenn es die entsprechende App hat - und glaube uns: viele Leute haben diese App. Es ist dann immer nachvollziehbar, wo du, bzw. dein Fahrrad sich gerade befindet. Das ist nicht gut.

Es ist bekannt, dass von deutschen Behörden diese Dinger eingesetzt werden, weil sie effektiv und billig sind. Es gibt jetzt Anbieter, die sowohl in Klingel einbaubare Air-Tags als auch komplette Klingeln mit diesen anbieten. Du wirst sie im Alltag nicht von deiner unterscheiden können, wenn du nicht genau hinguckst. Unter dem Namen Airbell sind sie für 30 Euro zu kaufen.

Also besser mal ab und zu die Klingel genauer angucken und die Glocke abmachen, um zu sehen, was drunter ist. Oder gleich auf eine Klingel umsteige, die klingelingeling oder drrriiingdriiing macht. Da passt so ein Mist in der der Regel nicht rein, weil drinnen eine bewegliche Mechanik ist. Checkt die Fotos, dann ist klar, wo das Problem ist.

Automome Mechaniker_innen



Die Goldgräber der Künstlichen Intelligenz

Ende Mai 2023 wird ein kurzes Statement¹ veröffentlicht, welches vor der Auslöschung der Menschheit durch Künstliche Intelligenz warnt. Unter das Statement haben Koryphäen der KI-Forschung, CEOs von KI-Unternehmen wie OpenAI und weitere prominente Figuren des Tech-Sektors ihre Unterschrift gesetzt. Diese apokalyptische Warnung reiht sich ein in eine ganze Serie gleichartiger Aussagen² von Personen und Institutionen aus dem genannten Dunstkreis. Eric Schmidt, Ex-CEO von Google und jetzt Regierungsberater, warnt vor Tausenden von Toten. Sam Altman, CEO von OpenAI, der Entwicklungsfirma von ChatGPT, fleht die US-Regierung an, Regularien für die Branche zu erlassen.³

Es ist schon etwas verwunderlich, dass ausgerechnet diejenigen vor einer Technologie warnen, die sie selbst mit Macht und viel Geld auf den heutigen Stand gebracht haben. Sie erscheinen wie Goethes Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr unter Kontrolle hat. Nichts könnte falscher sein.

Spätestens mit der Veröffentlichung von ChatGPT hat KI den Mainstream erreicht und genießt die volle Aufmerksamkeit der Medien. Die Leistung dieser Software scheint eine Schwelle überschritten zu haben. KI wird jetzt nicht mehr als belächelnder netter Versuch wahrgenommen

oder als beachtenswerte Leistung in einer nerdigen kleinen Nische, sondern ist in ihre Gegenteil gekippt; eine Technologie, die auf dem besten Wege sei, die Menschheit in Sachen Intelligenz zu überflügeln. Das geht soweit, dass ein an der Entwicklung beteiligter Ingenieur bei Google nicht von der Behauptung abzubringen war, dass „seine“ KI ein Bewusstsein entwickelt hat. Google war das augenscheinlich so unangenehm, dass die Kündigung folgte.

ChatGPT als textgenerierende KI und andere bildgenerierende KIs (z.B. Midjourney) sind Schaufensterprodukte der Branche. Ohne sie hätte die teils enthusiastische, teils beunruhigte Reaktion der Öffentlichkeit auf KI nicht stattgefunden. AlphaGo, eine KI, die den amtierenden Weltmeister im Spiel Go wiederholt geschlagen hat, hatte dazu noch nicht ausgereicht. Die apokalyptischen Warnungen aus der KI-Szene greifen genau diese Stimmung auf. Ihre Dystopie einer übermächtigen Technologie, die die Menschheit ausrottet, betont im Wesentlichen eines: die Mächtigkeit dieser Technologie. Das apokalyptische Flair dient als Ablenkung, um von den maßlosen Übertreibungen abzulenken, und obendrein als warnender Insider, die Reputation eines kritischen und reflektierten Bewusstseins mit in die Waagschale zu werfen – CEOs, die besorgt sind um das Wohl der Menschheit. Dabei geht es mitnichten um eine Warnung und schon gar

1 <https://www.safe.ai/statement-on-ai-risk>

2 <https://futureoflife.org/open-letter/pause-giant-ai-experiments/> <https://www.cold-takes.com/ai-could-defeat-all-of-us-combined/>

3 <https://www.c-span.org/video/?528117-1/openai-ceo-testifies-artificial-intelligence>

nicht um das Wohl der Menschheit, sondern um eine spezifische Verkaufsargumentation: Sei dabei, bediene dich dieser übermenschlichen Macht, investiere jetzt oder schließe zumindest ein Premium-Abo ab!

Die Goldgräberstimmung ist mit Händen zu greifen. Der Ruf nach einer Regulierung dieser Technologie durch Regierungen mag verwirren, ist aber folgerichtig. Regulierungen sind nicht zwangsläufig schädlich für die Branche, im Gegenteil: Sie ebnen das Spielfeld, schaffen Übersichtlichkeit, Planbarkeit und Investitionssicherheit. Sie können benutzt werden, um dem Einstieg von Nachzüglern in den Markt (z.B. China) Barrieren in den Weg zu legen. Außerdem wären Regulierungen eh gekommen, aus Sicht der Branche ist es deshalb vorteilhaft, hier die Initiative zu übernehmen.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt: den Regulierungsbehörden fehlt das nötige Fachwissen. Das gilt allerdings für praktische alle Technologien, deren Einsatz reguliert wird – das Fachwissen muss von außen hinzugezogen werden. Besonders im Falle von KI ist dieses Fachwissen allerdings stark konzentriert, die Entwicklung wird im Wesentlichen von den Forschungsabteilungen der großen Konzerne voran getrieben. Das Fachwissen für die Regulierung kommt also ausgerechnet aus der Branche, die reguliert werden soll, die Interessenskonflikte sind vorprogrammiert. Für die Tech-Konzerne beste Startbedingungen, um eine Quasi-Selbstregulierung im eigenen Sinne durchzudrücken. Dieses Muster ist übrigens nicht neu, sondern lässt sich in vielen vergleichbaren Vorgängen wieder finden – und das nicht nur in den USA. Was vielleicht nicht neu, aber diesmal besonders auffällig ist, ist die Dringlichkeit, mit der das Anliegen vorgebracht wird.

Ein Schlaglicht darauf wirft Sam Altmans Kritik an den KI-Regulierungen der EU. Nach intensiver Lobbyarbeit ist es OpenAI und Google gelungen, „Allzweck“-KI-Anwendungen wie etwa ChatGPT aus der Kategorie der Hochrisiko-Technologien heraus zu bekommen, die mit strengen Auflagen belegt ist. Statt dessen wurde für diese Fälle eine neue Kategorie der „Foundation Models“ mit aufgeweichten Auflagen geschaffen.⁴ Regulierungen sind für Herrn Altman nur solange OK, wie sie nicht geschäftsschädigend sind.

Ein Seiteneffekt der suggerierten Dringlichkeit ist die Erzeugung eines Eindrucks, dass jetzt etwas Neues aufgetaucht sei. KI blickt aber auf eine Jahrzehnte alte Geschichte. AlphaGo wurde schon genannt. KI-basierte Gesichtserkennung zum Beispiel bei Zugangssystemen, aber auch in Überwachungskameras, wie etwa am Berliner Südkreuz mit notorischer Schwäche, Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe zu erkennen. Auch Betrugserkennungssysteme basieren auf KI und haben dort für eine Reihe von desaströsen Skandalen gesorgt – erinnert sei hier beispielsweise an die Toeslagenaffaire⁵ in den Niederlanden. Unternehmen wie Clearview AI oder PimEye haben mit Porträtfotos aus dem Internet Bilddatenbanken aufgebaut, die sich mit Hilfe von KI durchsuchen lassen – ein Schnappschuss einer Person kann schon ausreichen, um Name, Arbeitgeber oder

Adresse herauszufinden⁶ - Stalkerware, nicht nur für Repressionsbehörden. Eine ausführlichere Liste lässt sich in unserem Text „KI zur Programmatischen Ungleichbehandlung“ finden⁷. Ein solches Erbe im Gepäck verdüstert die Akzeptanz.

Das Gold, welches die Goldgräber der Tech-Branche zu finden hoffen, ist die Automatisierungsdividende. KI verspricht, Vorgänge automatisieren zu können, die sich bislang erfolgreich entzogen haben. In einer Studie⁸ über die Auswirkungen der KI schätzt GoldmanSachs, dass 66% aller Arbeitsplätze in den USA betroffen sein werden. Dort könnten 25-50% der anfallenden Aufgaben von KI übernommen werden. Andere Studien⁹ kommen zu ähnlichen Zahlen. Es ist die Aussicht auf diese Produktivitätssteigerung, die die oben genannten Aktivitäten anspricht.

Ende des 19ten, Anfang des 20ten Jahrhunderts entwickelte und popularisierte Frederick Taylor u.a. eine Methode, die später als „Wissenschaftliches Management“ oder besser „Taylorismus“ bekannt wurde. Erklärtes Ziel dieser Methode war es, die Arbeit zu effektivieren, mehr Leistung aus jede*r Arbeiter*in rauszupressen. Dazu wurden Arbeitsabläufe minutiös dokumentiert, analysiert und optimiert, um sie dann in neu zusammengesetzter Form in den Produktionsprozess zurückzubringen, mit der klaren Absicht, „ineffiziente“, tradierte Abläufe und Arbeitsformen zu ersetzen. Aus Facharbeiter*innen wurden austauschbare Massenarbeiter*innen, Anhängsel der Maschinen, die ab sofort den Arbeitstakt vorgaben.

Zentraler Baustein dieser Methode war ein Wissenstransfer von den Facharbeiter*innen in die Ingenieursetage. So war es möglich, dieses Wissen einzusetzen, ohne von den Menschen, von denen das Wissen stammte, abhängig zu sein. Der Transfer war im Kern ein Transfer der Verfügungsgewalt über dieses Wissen. Die Folge war eine Entmachtung der Facharbeiter*innen im Produktionsprozess, eine Dequalifizierung der Arbeit und damit eine Verschlechterung der Verhandlungsbedingungen, wenn es z.B. um Lohnforderungen oder Arbeitsschutz ging. Ein vergleichbarer Transfer findet beim Training einer KI statt.

Der Taylorismus treibt sein Unwesen seit mehr als hundert Jahren und Computer sind auch nicht erst gestern erfunden worden. Damit Abläufe aus der „analogen“ Welt in einem Computer repräsentiert und ausgeführt werden können, müssen sie formalisiert werden: in einen Satz von detaillierten Regeln bzw. Anweisungen übersetzt werden, ganz ähnlich wie auch im „wissenschaftlichen Management“. Das funktioniert je nach betrachtetem Ablauf bzw. Problemstellung unterschiedlich gut. In vielen Fällen bleibt ein „Rest“, der sich einer Formalisierung entzieht, das Ergebnis passt dann nur unvollkommen auf die Problemstellung. In anderen Fällen ist es schon schwierig zu benennen, wie überhaupt an die Formalisierung einer Problemstellung herangegangen werden kann.

Formalisierung lässt sich begreifen als eine Art notwendiger Übersetzungsschritt, der eine Aufgabenstellung „computergängig“ macht – ein

4 <https://time.com/6288245/openai-eu-lobbying-ai-act/>

5 <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/10/xenophobic-machines-dutch-child-benefit-scandal/>

6 <https://www.nytimes.com/2020/01/18/technology/clearview-privacy-facial-recognition.html>

7 <https://capulcu.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/54/2020/06/DIVERGE-small.pdf> – ab Seite 33

8 https://www.key4biz.it/wp-content/uploads/2023/03/Global-Economics-Analyst_-_The-Potentially-Large-Effects-of-Artificial-Intelligence-on-Economic-Growth-Briggs_Kodnani.pdf

9 <https://arxiv.org/abs/2303.10130>



Schritt, der von Menschen geleistet wird. Für die KIs der aktuellen Generation wird erst gar nicht versucht, eine Aufgabenstellung zu formalisieren. Statt dessen wird die KI in einem trial-and-error-Prozess unter enormen Aufwand an die Aufgabenstellung heran trainiert. Der Schritt, der die Aufgabenstellung computergängig macht, wird also vom Computer selbst ausgeführt. Die Trainingsdaten werden so häufig „durchgekaut“¹⁰, bis die KI zufriedenstellend plausibel die in den Trainingsdaten enthaltenen Eigenschaften nachahmen bzw. wiedererkennen kann.

Beim Training entsteht eine Art stochastisches Extrakt der Trainingsdaten, ein Tensor aus Billionen von Zahlen, der sich im Hauptspeicher der KI ausbildet. Welche Aspekte der Trainingsdaten extrahiert werden, hängt von der Gestaltung des Trainings, der Topologie der KI, der Aufbereitung der rohen Trainingsdaten und weiteren begleitenden Maßnahmen ab. Entscheidend ist, dass im Tensor die notwendigen Informationen für das plausible Nachahmen bzw. Wiedererkennen landen – im allerweitesten Sinne also das „Wissen“. Wie auch immer dieser Wissenstransfer in den Tensor beurteilt werden mag – schließlich ist Nachahmen etwas anderes als Verstehen –, er erlaubt eine „Reproduktion“, ohne auf die Menschen zurückgreifen zu müssen, von denen das Wissen stammt. Wie schon beim Taylorismus findet ein Transfer von Verfügungsgewalt statt. Dieser Transfer ist das Fundament der Automatisierungsdividende.

Auch die in klassischer Programmierung verwendete Formalisierung implementiert einen Transfer der Verfügungsgewalt, allerdings wird dieser von Menschen in Hand- oder besser Kopfarbeit gemacht und ist deshalb nur schlecht zu skalieren. KI verspricht, diesen Formalisierungsschritt zu überspringen und den Transfer selbst in einen automatisierbaren und damit skalierbaren Prozess zu verwandeln – und das ist der qualitative Sprung in der Enteignung von „Wissen“.

Das Umschiffen der Formalisierung zur Übertragung einer Aufgabenstellung auf Computer erlaubt es zwar, neue Anwendungsgebiete zu erschließen, kommt aber mit einigen Nachteilen daher. Formalisierung setzt voraus, dass ein Problem bis ins Detail verstanden wurde – dass dabei Fehler passieren und Missverständnisse ausdetailliert werden, ist dazu kein Widerspruch. Das Ergebnis lässt sich überprüfen, mit einigem Aufwand ist es sogar möglich, einen mathematikartigen Beweis zu führen.

Bei KI ersetzt das Training das Verständnis, letztendlich ist das Training ein Schuss ins Blaue. Die Begeisterung vieler Ingenieur*innen von ChatGPT und anderen KIs reflektiert deren Überraschung, wie gut dieser Schuss gelungen scheint.

Dem Extrakt der Trainingsdaten ist nicht anzusehen, was genau extrahiert wurde – was genau die KI „gelernt“ hat. Dementsprechend sind die Ausgaben, die eine KI produziert, fehlerbehaftet. Das Einsatzgebiet für KIs zielt auf Anwendungen, bei denen entweder Fehler „tolerierbar“ sind oder sie in Konkurrenz zu menschlicher Arbeit treten, die ebenfalls fehlerbehaftet ist. Oder sie tritt in Konkurrenz zu im weitesten Sinne kreativen Tätigkeiten, die nicht binär richtig oder falsch, sondern besser oder schlechter sind. Letztendlich findet hier eine ökonomische Abwägung über Kosten und Nutzen statt, deren Ergebnis einzig vom (positiven) Einfluss auf das Geschäftsergebnis abhängen wird.

Das Ergebnis ist überaus zynisch: Wenn ein System zur Aufdeckung von Sozialhilfebetrug Fehler macht und die Falschen beschuldigt (und in Folge die Unterstützungszahlungen verweigert), dann trifft es Menschen, die sich nur schlecht wehren können. Selbst wenn KIs fachlich schlechte Ergebnisse liefern, bauen sie (oder genauer diejenigen, die die KI einsetzen) einen Konkurrenzdruck auf Arbeiter*innen und Angestellte auf, der Folgen z.B. bei Tarifverhandlungen haben kann. Einen Eindruck davon liefert die Antwort von Netflix auf den Streik von Schauspieler*innen und Au-

¹⁰ Eine lesbare Einführung in die Funktionsweise von KIs vom Typ ChatGPT und was genau mit „durchkauen“ gemeint ist: <https://arstechnica.com/science/2023/07/a-jargon-free-explanation-of-how-ai-large-language-models-work/>

tor*innen in Hollywood, die u.a. eine „Zweitverwertung“ ihrer Leistungen durch KI-„generierte“ (besser: kopierte) Inhalte verhindern wollen: Netflix schreibt eine gut bezahlte Stelle für einen „KI Produkt Manager“ aus, für „alle Bereiche“, was genau diese Zweitverwertung beinhaltet.¹¹

Wie schon der Taylorismus, wird die KI zu einer Verschiebung gesellschaftlicher Macht „nach oben“ führen, gefolgt und verstärkt durch eine entsprechende Reichtumsumverteilung in die gleiche Richtung. KI wirkt wie ein Verstärker gesellschaftlicher Ungleichheit. Der enorme Ressourcenaufwand, den die KI-Technologie verlangt – Trainingsdaten, Energie, Wasser und leistungsfähige Hardware – lässt an einer „Demokratisierung“ dieser Technologie zweifeln. Einen eigenen Web- oder Mailserver im Internet zu betreiben ist vielleicht nicht trivial, aber durchaus von normalsterblichen

Individuen leistbar. Für KI gilt das auf absehbare Zeit nicht, sie wird Werkzeug der Mächtigen bleiben.

Selbst, wenn sich in einem utopischen Szenario ein gesellschaftlich sinnvoller Einsatz denken ließe – die jetzige gesellschaftliche Realität besteht praktisch vollständig aus Anwendungen zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen und reflektiert damit die aktuelle gesellschaftliche Machtverteilung.

Es muss also – in bester luddistischer Tradition – gefragt werden, wer KI für welchen Zweck einsetzt und ob die Resultate gesellschaftlich und ökologisch erstrebenswert sind. Diese Frage kann klar verneint werden.

capulcu.blackblogs.org

[ITALIEN] LASST UNS DEN KRIEG SABOTIEREN

Wir veröffentlichen jetzt einen Aufruf zu einer internationalen und internationalistischen Mobilisierung gegen den Krieg in der Ukraine, der von anarchistischen Gefährten in Italien veröffentlicht wurde. Wir stimmen weitgehend mit diesem interessanten Text überein, der versucht, vielen lokalen Initiativen eine Richtung zu geben, die sich weigern, in einem Krieg, der kapitalistische Nationen gegeneinander ausspielt, eine bourgeoise Seite gegen eine andere zu wählen, ein „kleineres Übel“ gegen das, was uns als „das Schlimmste“ oder sogar „das reine Übel“ präsentiert wird.

Dennoch gibt es einige Punkte, in denen wir nicht übereinstimmen und die wir hier ganz kurz kritisieren möchten. Es gibt in der Tat „Sprachelemente“, die in gewisser Weise denen der Kreml-Kriegspropaganda ähneln, und manchmal auch Argumente, die wir nicht verwenden würden, wie die repressiven Maßnahmen gegen die russischsprachige Gemeinschaft in der Ukraine, die Tatsache, dass Nazis und Faschisten in der Ukraine sehr präsent und mächtig sind, und so weiter. Natürlich ist all dies objektiv wahr, aber da das Wahre ein Moment des Falschen ist, kann es auch (ohne dass diejenigen, die „bestimmte Wahrheiten“ behaupten, sich dessen überhaupt bewusst sind) zu einer objektiven Stärkung der Gesamtheit der Unwahrheit führen. Kurz gesagt, anstatt die Argumente unserer Klassenfeinde zu verwenden, auch wenn diese Elemente reale Momente abdecken, wäre es besser gewesen, unsere eigenen Parolen zu entwickeln, zu verdeutlichen und zu verstärken, unser eigenes Erfassen dieses kriegerischen Wirbels, der die Menschheit ins Nichts und in den Untergang zu fegen droht. Wir möchten darauf hinweisen, dass all diese „Sprachelemente“ leider die Elemente der Kraft verzerren könnten, die dieser Aufruf zur Mobilisierung und den Willen (und die Notwendigkeit), sich gegen beide Seiten zu organisieren, hervorbringt.

Ein weiterer Nachteil, den wir an dieser Stelle hervorheben möchten, ist die Tatsache, dass der Text sich darauf beschränkt, nur von „den Krieg

stoppen“, „eine Einstellung der Feindseligkeiten von unten durchsetzen“, „das aktuelle Gemetzel zu beenden“ oder „dem Massaker ein Ende setzen“ zu sprechen, Aussagen, die leicht zu einer pazifistischen Haltung und dem Wunsch führen könnten, zum Status quo ante zurückzukehren . . . zu einer Situation vor dem Krieg, kurz zu einer Situation in Zeiten des „Friedens“ versus Zeiten des „Krieges“ . . . während sich in Zeiten des „Friedens“, also des sozialen Friedens, das Kapital in einem permanenten Krieg mit unserer Klasse, mit der Menschheit befindet und wir uns gleichzeitig im Klassenkrieg gegen unseren Ausbeutern befinden. Die einzige Ausnahme von diesen Aussagen, die mehr als einen Pazifisten inspirieren könnten, ist das letzte Motto, das dazu aufruft, „lasst uns darauf drängen, dass der Krieg der Bosse im Krieg gegen die Bosse beendet wird“, was in der Tat das ist, wofür wir kämpfen: den militärischen Krieg, den Krieg gegen unsere Klasse, in einen sozialen Krieg zu verwandeln, einen Klassenkrieg, der von unseren Initiativen und Offensiven geführt wird, einen Kampf und einen Krieg für den Kommunismus!

In diesem Sinne möchten wir auch einen der stärksten Punkte unter anderen hervorheben: „Jeder Staat, der [einen Krieg] führt, ihn auch gegen die eigene Bevölkerung und insbesondere gegen das eigene Proletariat richtet; [. . .] Krieg immer die Macht der herrschenden Klassen über die Beherrschten stärkt und ihre Versklavung und Ausbeutung verschärft.“ Und deshalb sollten wir darauf bestehen, dass das Proletariat keine andere Wahl hat, als seinen sozialen Krieg gegen seine eigene Bourgeoisie zu führen . . .

Wir könnten hier weitere Meinungsverschiedenheiten entwickeln, wie zum Beispiel die Sicht der Gefährten auf den „Partisanenkampf“ während des Zweiten Weltkriegs, die für uns viel komplexer ist als ihr vereinfachter Ansatz, wie sie ihn darstellen. NEIN! wir teilen nicht ihre Ansicht, dass „die Partisanen [waren] Deserteure, die gegen die offizielle Armee „ihres“

11 <https://theintercept.com/2023/07/25/strike-hollywood-ai-disney-netflix/>

Staates kämpften“ oder dass „die Teilnahme am bewaffneten Kampf der Partisanen war frei und freiwillig“. Vereinfacht gesagt, war der „Partisanenkampf“ gespalten in die traditionellen (d.h. bourgeoisen) politischen Kräfte, die entweder die Republik oder die Monarchie verteidigten, und auf der anderen Seite die alles beherrschende Macht des Stalinismus (und des Trotzismus, der die UdSSR „kritisch“ unterstützte, d. h. ein bourgeoiser Lager gegen ein anderes), um jegliche autonomen Initiativen proletarischer Netzwerke zu unterbinden, die sehr schnell ihrer subversiven Substanz beraubt wurden zugunsten der falschen bourgeoisen Polarisierung von Faschismus versus Antifaschismus. . .

Wir begrüßen „die Partisanen [die wirklich] Deserteure [waren], [und] die gegen die offizielle Armee „ihres“ Staates kämpften“, d.h. die Proletarier, die unter irakischen oder iranischen Uniformen zwangsrekrutiert wurden, die während des schrecklichen Krieges, der acht lange Jahre von 1980 bis 1988 dauerte, Hunderte von Meutereien, kollektiven Desertionen, Verbrüderungsaktionen organisierten und die sich in den Sumpfgebieten versammelten, um gegen beide Seiten, gegen beide kapitalistischen Nationen zu kämpfen, um unsere einzige Klassenantwort auf den Krieg vorzubringen: den Internationalismus und den Kampf für den Kommunismus!!!

Klassenkrieg

LASST UNS DEN KRIEG SABOTIEREN

Aufruf zu einer internationalen und internationalistischen Mobilisierung gegen den Krieg in der Ukraine

Quelle auf Italienisch: <https://ilrovescio.info/2023/09/12/sabotiamo-la-guerra-appello-per-una-mobilizzazione-contro-la-guerra-in-ucraina/>

Der andauernde Krieg in der Ukraine ist nicht nur ein Konflikt unter vielen, geschweige denn ein einfacher „Krieg um Ressourcen“, sondern ein zentrales Kapitel einer umfassenderen Konfrontation zwischen Blöcken kapitalistischer Länder um die Aufteilung der Welt, in der es um die ökonomische, militärische und technologische Vormachtstellung und die Neudefinition der internationalen Gleichgewichte geht. Während in der Ukraine seit mehr als anderthalb Jahren gekämpft wird, zeichnet sich im Hintergrund die militärische Auseinandersetzung mit dem Hauptgegner des westlichen Kapitalismus, China, ab. Zu sagen, dass wir uns auf einer schiefen Ebene befinden, die zum Dritten Weltkrieg führen könnte, scheint uns weder übertrieben noch unnötige Panikmache zu sein.

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wird in Europa ein symmetrischer Krieg geführt, bei dem die ernsthafte Gefahr einer nuklearen Eskalation besteht. Es ist auch der erste direkte Krieg zwischen Russland und der NATO in der Geschichte, an dem die größten Atommächte der Welt (Russland, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich) beteiligt sind.

Der Krieg war für den Kapitalismus in der Krise schon immer ein Instrument der ökonomischen Restrukturierung. Begleitet von der Politik des Staatsinterventionismus, die der Linken so sehr am Herzen liegt und die bereits zu Weltkonflikten geführt hat, ist Krieg auch heute noch die radikalste Form der Unterdrückung, die Staaten und Kapitalisten gegen die

Ausgebeuteten ausüben. Aus diesen Gründen betrachten wir den aktuellen Konflikt als einen Angriff auf alle Proletarierinnen und Proletarier.

Dieser Krieg, der 2014 mit dem Angriff auf die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine begann, ist Teil des strategischen Rahmens der NATO-Expansion nach Osteuropa. Diese Expansion ist in den „Hinterhof“ (und in ökonomischer Hinsicht in den Handelsraum) einer militaristischen und autoritären Macht eingedrungen, die, wie unter anderem die grausame Niederschlagung des Aufstands in Kasachstan im Januar 2022 gezeigt hat, keine Unruhen in ihrem Einflussbereich dulden will.

Die dramatischsten Folgen zahlen direkt die ukrainische Bevölkerung und die jungen Russen, die in den Krieg gezogen sind, aber auch andere Bevölkerungsgruppen leiden indirekt. Die Menschen in Afrika leiden unter steigenden Getreidepreisen und eskalierenden Regionalkonflikten, während die Ausgebeuteten im Westen eine zunehmende Militarisierung und eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen erleben.

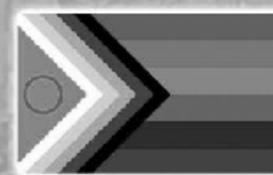
Seit 2014 wurden in der Ukraine eine Reihe von heftigen antirussischen und unpopulistischen Reformen durchgeführt, die sich nach dem russischen Einmarsch vom 24. Februar 2022 noch verschärften: die Abschaffung von Russisch als Zweitsprache in Teilen der Südostukraine; das Verbot von Listen, die als prorussisch gelten, an Wahlen teilzunehmen; religiöse Repressionen gegen russisch-orthodoxe Gläubige; „Dekommunisierung“-Gesetze), mit Strafen von bis zu 10 Jahren Gefängnis für das Verbrechen der „kommunistischen Propaganda“; die Feierlichkeiten zu Ehren des Kriegsverbrechers Stepan Bandera mit offiziellen Zeremonien und der Einweihung von Denkmälern; die Integration der Nazis von Pravy Sektor und Svoboda in die Streitkräfte, angefangen bei der Nationalgarde und der Schaffung der berüchtigten Udar- und Asow-Bataillone; die Schikanen, Angriffe, Vergewaltigungen, Morde und der Beschuss der Bevölkerung im Donbass (etwa 14. 000 Tote zwischen 2014 und 2022, darunter Hunderte von Kindern); das schreckliche Massaker in Odessa am 2. Mai 2014, als unbewaffnete Demonstranten, die die Unabhängigkeit von der Ukraine forderten und sich in das örtliche Gewerkschafts- und Syndikatshaus geflüchtet hatten, von einer Masse bewaffneter Nazis, die von der Polizei eskortiert wurden, massakriert und lebendig verbrannt wurden. Diese echten Provokationen - die, das sollten wir nicht vergessen, einen Teil der ukrainischen Bevölkerung ins Visier nahmen und damit die russische Regierung und den russischen Staat sowohl in Bezug auf das internationale Ansehen als auch auf den nationalen Konsens angriffen - sind die Ursache des Krieges.

Seit 2014 ist die Ukraine so etwas wie ein US-Lehen geworden. Die USA und ihre Verbündeten haben erreicht, was sie nicht einmal in direkt und militärisch überfallenen Ländern wie dem Irak erreichen konnten: Sie haben die Ukraine in eine Art Staat verwandelt, der für multinationale Unternehmen und westliches Großkapital „maßgeschneidert“ ist. Um ein Beispiel zu nennen: Bereits 2020 hob Zelensky das Moratorium für den Verkauf von ukrainischem „Schwarzland“ [Tschernozem, einer der fruchtbarsten Böden. Die Ukraine beherbergt ein Viertel der Welt - A.d.Ü.] (und übergibt Millionen von Hektar an die gentechnisch veränderten Pflanzen von Bayer-Monsanto), während mit Beginn der russischen Invasion die Tarifverträge von Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten (also der überwiegenden Mehrheit der ukrainischen Unternehmen) gebrochen und ein Verbot von Streiks und Demonstrationen verhängt wurde.

GEGEN JEDEN KRIEG!



**BLOCKIEREN
BOYKOTTIEREN
DESERTIEREN
SABOTIEREN**



<https://de.indymedia.org/>

Für eine radikale, antifaschistische und antipatriarchale Antikriegsbewegung

Wir halten es für eine ernste und beunruhigende Tatsache, dass einige Gefährtinnen und Gefährten in der Ukraine und anderswo die Kiewer Regierung und den „ukrainischen Widerstand“ finanziell, mit Propaganda und sogar militärisch unterstützen können, ohne ein Wort darüber zu verlieren. Historisch gesehen ist diese Art von Blindheit seit dem Ersten Weltkrieg das Kind des Interventionismus, der gleichen moralischen Plage, die nach dem Ersten Weltkrieg dem Faschismus Tür und Tor öffnete.

Die mediale Parallele zwischen dem „ukrainischen Widerstand“ und dem Partisanenkampf gegen den Nazifaschismus (und mit der Befreiungsguerilla im Allgemeinen) ist historisch, politisch und ethisch inakzeptabel. Abgesehen von den tiefgreifenden Unterschieden im historischen Kontext (und dem kleinen Detail der Präsenz von Nazigruppen in der ukrainischen Armee. . .) hat die Unzulässigkeit der Parallelität genau mit dem Verhältnis zwischen Mitteln und Zielen zu tun, d. h. damit, warum und wie man kämpft. In den meisten Fällen waren die Partisanen Deserteure, die gegen die offizielle Armee „ihres“ Staates kämpften, während die ukrainische Armee eine reguläre Armee ist, die von der jeweiligen Regierung kontrolliert wird. Die Teilnahme am bewaffneten Kampf der Partisanen war frei und freiwillig, während in der Ukraine das Kriegsrecht gilt und diejenigen, die sich weigern zu kämpfen, im Gefängnis landen. Die politisch-militärische Autonomie der Partisanenverbände hing auch mit den eingesetzten Kampfmitteln zusammen: Gewehre, Maschinengewehre, Handgranaten und Brandbomben konnten ohne einen zentralen Zwangsapparat eingesetzt werden, während satellitengesteuerte Drohnen, Raketenwerfer, Panzer und Langstreckenraketen eine genaue Befehlshierarchie widerspiegeln und auf diese verweisen, nämlich die der NATO.

Die Teilnahme einiger Anarchistinnen und Anarchisten und linker Militanter am laufenden Krieg bedeutet daher, Teil derselben Hierarchie zu sein: Gehorsam gegenüber Befehlen, Festlegung der Ziele durch westliche Geheimdienste, Unterordnung unter eine äußerst repressive Regierung und die Interessen des internationalen Kapitals. Ein solches Festhalten sich mit der NATO auf eine Linie zu stellen, bedeutet den Verzicht auf jede revolutionäre und internationalistische Perspektive. Nicht zuletzt bedeutet ein solches Festhalten auf der ethischen Ebene den Verzicht auf jegliche Kritik an der autoritären, repressiven und antiproletarischen Politik der Regierung in Kiew.

Dies zu sagen bedeutet keineswegs, auf die russische Propaganda über eine „spezielle Militäroperation“ zur „Entnazifizierung“ der Ukraine hereinzufallen. Wir haben kein Verständnis für den abscheulichen Polizeistaat, den die russische Regierung ihrem Volk auferlegt; wir ignorieren die Verfolgung der Opposition und der Anarchistinnen und Anarchisten in Russland nicht, und wir unterstützen die vielen Formen des Ungehorsams, die sich in der Russischen Föderation und in Belarus gegen den Krieg richten. Genauso wie wir den mystifizierenden Wirrwarr des Mythos vom „ukrainischen Widerstand“ anprangern, lehnen wir auch die in bestimmten Kreisen (Neostalinisten, rechte und linke Souveränisten und andere) in Mode gekommene Suggestion einer emanzipatorischen Weltrolle des russisch-chinesischen Blocks ab. Wir bedauern nicht nur, dass die Ausgebeuteten für die Interessen ihrer Herren und Herrscher sterben müssen (auch wenn es sich dabei um die Feinde unserer unmittelbarsten _Feinde_ handelt), sondern sind uns auch bewusst, dass Krieg „vor allem ein Akt der Innenpolitik ist, und zwar der grausamste von allen“ (Simone Weil); dass jeder Staat, der ihn führt, ihn auch gegen die eigene Bevölke-

rung und insbesondere gegen das eigene Proletariat richtet; dass Krieg immer die Macht der herrschenden Klassen über die Beherrschten stärkt und ihre Versklavung und Ausbeutung verschärft.

Der aktuelle Krieg ist auch ein Kapitel in einer allgemeineren Konfrontation um die technologische Vorherrschaft (in der übrigens auch Russlands wichtigster politischer Verbündeter, China, gegen die Vereinigten Staaten kämpft). Wie nie zuvor in der Geschichte können heute tödliche neue Geräte das Leben auf unserem Planeten zerstören. Viele der in diesem Krieg eingesetzten Technologien - wie Drohnen, Intelligenz- und Kontrollsysteme, die Entwicklung künstlicher Intelligenz und prädiktiver Algorithmen - werden auf dem Schlachtfeld getestet und dann von Polizisten und Technokraten auf der ganzen Welt eingesetzt.

Diese Aussage lässt sich auf alle (Technologien) anwenden: „Wenn du Ideen oder einfache Pilotprojekte hast, die du vor der Massenproduktion testen willst, kannst du sie uns schicken und wir erklären dir, wie du vorgehen musst. Und am Ende werden sie als ‚praxiserprobt‘ bezeichnet. Start-ups kommen mit Produkten zurück, die auf dem Markt wettbewerbsfähig sind, weil sie in der Praxis erprobt wurden“. Der Redner ist kein „beliebiger“ Hersteller oder Prüfer von Fahrzeugen, Software oder digitalen Thermostaten, sondern General Volodymyr Havrylov, der stellvertretende ukrainische Verteidigungsminister. Er spricht vor der National Defence Industrial Association Future Force Capabilities während der nationalen Konferenz, die am 21. September 2022 in Austin, Texas, stattfindet.

Historisch gesehen führt die Entwicklung der Technowissenschaften zum Krieg, und umgekehrt bringt der Krieg zwangsläufig die Entwicklung der Technowissenschaften mit sich. Heute sind alle Technologien inhärenterweise aus dual. Die Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung ist verschwunden (falls es sie je gab). Es ist daher nicht verwunderlich, dass das, was auf den Schlachtfeldern erprobt wird, anschließend gegen Proletarier in anderen Teilen der Welt eingesetzt wird, auch in Ländern, die sich im „Frieden“ befinden. Der Einsatz und die Erprobung neuer Technologien verstärken die Kontrolle über die Bevölkerung und machen die Möglichkeiten zur Befreiung von Staat und Kapital immer schwieriger.

Ein Staat, der in der Forschung und Entwicklung neuer Technologien wettbewerbsfähig ist, gewinnt heute mehr denn je an politischer Bedeutung. Vom demokratischen Westen bis zum chinesischen „Marktsozialismus“ bestimmt die Technologieindustrie die Entscheidungen der Regierungen mit. Der Konflikt in der Ukraine beschleunigt angesichts seines Ausmaßes und der beteiligten Akteure die sogenannte Digitalisierung, ein Ziel, das auf der Agenda vieler Staaten steht.

Wie bei Konflikten dieser Größenordnung gibt es zu jeder äußeren Front auch eine innere Front. Die Repression nimmt nicht nur in Russland und der Ukraine zu, sondern in allen Ländern, die in den Krieg verwickelt sind.

Polizeieinsätze und besondere Formen der Inhaftierung waren schon immer eng mit der Eskalation militärischer Konflikte verbunden, mit dem Ziel, jede Möglichkeit einer abweichenden Meinung und eines echten Konflikts zum Schweigen zu bringen und auszuschalten. Wir kennen das aus Italien, wo Alfredo Cospito ins 41bis eingesperrt worden ist (A.d.Ü., totale Isolationshaft), wo Zeitungen und Websites im anarchistischen

Milieu geschlossen worden sind und wo Dutzende von Anarchistinnen und Anarchisten, sowie Antagonisten verhaftet worden sind. Diese Art des präventiven Gegenaufstands steht in engem Zusammenhang mit der internationalen Krise des Kapitalismus und der Tendenz zum Weltkrieg.

Einer der grundlegenden Aspekte des laufenden Krieges in der Ukraine ist der der Kommunikation. Um nur einige Beispiele zu nennen: Die Bombardierung des Atomkraftwerks Enerhodar-Saporischschja und die Zerstörung der Nord-Stream-Gaspipeline sind die eklatantesten Fälle von „Fake News“, die der russischen Armee zugeschrieben werden. Und nicht nur das. Was wir hier erleben, ist etwas mehr als nur eine verzerrte Information: Es ist echte Kriegspropaganda. Propaganda, die in Kontinuität mit der Konditionierung steht, die während des Covid eingesetzt wurde, um die vorherrschende Erzählung durchzusetzen, und die auch tragische Anspielungen auf Episoden des Zweiten Weltkriegs enthält: die Herabwürdigung der Russen (z. B. mit den lächerlichen „Nachrichten“ über angeblich veraltete und schäbige Ausrüstung) und ihre Dämonisierung, die Verherrlichung „unserer Helden“ (sogar offener Nazis), die geisterhaften „Geheimwaffen“, die den Lauf der Dinge verändern werden?

Diese Art von Informationen macht deutlich, dass wir uns im Krieg befinden, auch wenn er im Moment noch nicht zu Hause ausgetragen wird. Der Informationskrieg ist in erster Linie ein Krieg gegen unsere Gehirne, der darauf abzielt, uns zu gewinnen und gemeinsame Sache zu machen, indem er uns davon überzeugt, dass dieses Massaker nicht nur unvermeidlich, sondern auch gerecht und bequem ist. Deshalb muss klar sein, dass die Verantwortlichen für diese Informationen ein integraler Bestandteil der Kriegsmaschinerie sind und als solche behandelt werden müssen.

Aus all diesen Gründen und noch mehr ist es dringend notwendig, die internationalistische Initiative wiederzubeleben, um das aktuelle Gemetzel zu beenden und weitere gefährliche Eskalationen zu verhindern.

Der Feind sind nicht die Wehrpflichtigen, die zwangsweise an die Front geschickt werden, es sind nicht die Arbeiter des gegnerischen Landes, es sind alle Bosse, ihre Regierungen, ihre Staaten und ihre Armeen. Während unsere Schwestern und Brüder den brutalsten Gräueltaten ausgesetzt sind, gibt es eine Bourgeoisie, die sich an der Produktion von Waffen bereichert und mit den Folgen des Krieges spekuliert (Teilung und Wiederaufbau der Ukraine, selektive Aufnahme, Inflation usw.). Stellen wir die Staatskritik wieder in den Mittelpunkt und weigern wir uns, an irgendeiner Front mitzumachen, in der Überzeugung, dass die einzige Kraft, die den Krieg stoppen kann, die Mobilisierung der Ausgebeuteten auf der ganzen Welt ist.

Internationalismus bedeutet für uns Defätismus, d.h. die Kritik an allen Regierungen, beginnend mit „unserer“, der Angriff auf alle nationalen Bosse und Bourgeoisien, beginnend mit denen, die uns jeden Tag ausbeuten. Deshalb wollen wir von dieser Seite der Front aus die NATO (d.h. das wichtigste Militärbündnis der Welt und der bewaffnete Flügel des westlichen Kapitalismus) so weit wie möglich bekämpfen und sabotieren, genauso wie unsere Brüder und Schwestern in Russland gegen den Militärapparat auf ihrer Seite kämpfen (wie wir z.B. aus Berichten über Sabotage gegen die Infrastruktur für den Truppen- und Fahrzeugtransport oder Angriffe auf Rekrutierungszentren erfahren); und genauso wie andere Brüder und Schwestern in der Ukraine gegen die Kriegsanstrengungen

ihrer Regierung. Trotz der Zensur wissen wir, dass es auch in der Ukraine Menschen gibt, die Propaganda und Agitation gegen den Krieg betreiben; und es gibt Menschen, die sich ihm in der Praxis entgegenstellen, indem sie zum Beispiel Flüchtlingen und Deserteuren helfen, das Land zu verlassen, oder ihnen Zuflucht gewähren. Auch das ist konsequenter Defätismus.

Unser Horizont als Anarchistinnen und Anarchisten ist ebenfalls defätistisch, denn die Geschichte lehrt uns, dass sich für die Unterdrückten immer und nur aus den Ruinen des Staates selbst Perspektiven für eine Revolution eröffnen. Wir verstehen Defätismus als einen Akt der Solidarität mit denjenigen, die den Preis des Krieges mit ihrer eigenen Haut bezahlen, und als einen Akt der Klassenrache für das Leid unserer Schwestern und Brüder in allen Zonen militärischer Konflikte. Wir sind solidarisch mit allen Kriegsoptionen in allen Teilen der Welt, mit denen, die vor dem Krieg fliehen und auf das Hindernis der Grenzen stoßen, mit denen, die auf dem Land- oder Seeweg den Tod finden und die, wenn sie überleben, oft einer brutalen Ausbeutung ausgesetzt sind.

Die Spannungen, die sich im Kosovo, in Kaliningrad und Taiwan ereigneten oder ereignen, die Aufstände in Niger, Gabun und anderen zentralafrikanischen Ländern sind Teil eines Trends zur Globalisierung von Konflikten und zeigen uns, was auf dem Spiel steht: Wenn wir nicht in der Lage sind, alle Fronten zu durchbrechen, wobei jeder seinen eigenen Staat und seine herrschenden Klassen angreift, steht die Auslöschung der Menschheit oder ihre immer rücksichtslosere Versklavung in einer Situation endlosen Krieges einfach bevor. Im Gegenteil, es könnten sich revolutionäre Möglichkeiten auftun.

Auch wenn es im Moment keine konsequenten Bewegungen gegen den Krieg gibt, ist festzustellen, dass trotz der hämmernden Propaganda ein erheblicher Teil der Bevölkerung, sogar im Westen, gegen die Unterstützung der Kriegsanstrengungen ist. Dies muss bei der Perspektive einer Massenmobilisierung berücksichtigt werden.

Wir rufen daher dazu auf, eine allgemeine, radikale, internationale und breite Mobilisierung aufzubauen, die durch Sabotage des Krieges eine Einstellung der Feindseligkeiten von unten durchsetzen will. Von den Regierungen haben wir nichts zu erwarten, und wir vertrauen ihnen auch nicht. Wir sind uns bewusst, dass die direkte Aktion der Ausgebeuteten auf der ganzen Welt die einzige wirkliche Kraft ist, die dem Massaker ein Ende setzen kann. Deshalb halten wir es für notwendig, uns der Kriegsmaschinerie in Russland, in der Ukraine und in den westlichen kapitalistischen Ländern entgegenzustellen, die für diesen Konflikt und alle großen Kriege der letzten dreißig Jahre verantwortlich sind.

- Unterstützen wir die Desertion/Fahnenflucht an allen Fronten und bieten wir all jenen Zuflucht und Solidarität, die sich der Wehrpflicht entziehen und sich weigern, an dem Massaker teilzunehmen!
- Lasst uns die Militärmaschinerie sabotieren, die Kriegsproduktion verhindern und die Ströme der Militärlogistik blockieren!
- Lasst uns den Konsens und die Propagandamaschine entlarven. In diesem hybriden Krieg sind die Medien ein integraler Bestandteil der Kriegsmaschinerie!

- Wehren wir uns gegen die militärische Besetzung von Territorien, indem wir Militärbasen, Kriegsübungen und die Militarisierung des öffentlichen Lebens anfechten und ablehnen!
- Unterstützen wir die Notwendigkeit eines echten Generalstreiks, der über rituelle und testamentarische Formen hinausgeht und die Industrie und Logistik der beteiligten Länder konkret stoppt!
- Entlarven wir die Komplizenschaft von Universität und Forschung mit dem industriell-militärischen Apparat und den kapitalistischen Wirtschaftsinteressen, die hinter jedem Krieg stehen!

LASST UNS DARAUF DRÄNGEN, DASS DER KRIEG DER BOSSE IM KRIEG GEGEN DIE BOSSE BEENDET WIRD!

Rom, 2. September 2023

Anarchistinnen und Anarchisten aus Rom, Genua, Carrara, Cosenza, Modena, Mailand, Lecco, Turin und den Regionen Umbrien, Trentino und Mittelitalien.

appelloantimilitarista@anche.no

Die Antiautoritäre Bewegung

Ein Plädoyer für mehr Kritik an der rasanten Verbreitung staatlicher Autorität in der linken Szene und für die Gründung einer antiautoritären Bewegung.

Dass es Staaten darum geht ihre Herrschaft zu behaupten und weiter auszubauen ist nichts Neues für Anarchist*innen und Linksradikele. Die Geschichte hat gezeigt, dass Staaten danach streben, immer mehr Macht an sich zu reißen. Das müssen sie tun, um die ungerechte Verteilung an Macht, Ressourcen und Kapitalien aufrecht zu erhalten. Somit sollte der Staat für antiautoritäre Gruppierungen nicht der Akteur sein, welcher die multiplen Krisen für uns lösen kann. Meist verursacht oder verschlimmert er diese sogar. Der Staat basiert auf einem auf Profit und Kapitalien aufbauenden System und seine Handlungen dienen dazu, eben dieses System zu erhalten. Gleichzeitig muss seine Herrschaft mit „symbolischer Gewalt“ einhergehen, was bedeutet, dass die Beherrschten ihre eigene Beherrschung als legitim ansehen. Würden die Beherrschten staatliche Autorität nicht mehr als legitim ansehen, würden sich diese nicht mehr beherrschen lassen und der Staat bräche zusammen. Durch die herrschende neoliberale Agenda, einhergehend mit dem rasanten Fortschreiten der Digitalisierung, sehen wir uns aktuell mit einer immer stärkeren Autoritarisierung der staatlichen Herrschaft konfrontiert.

Rasante Autoritarisierung in allen Bereichen

So sehen wir, wie sich in den letzten Jahren die Repressionsmöglichkeiten der Polizei multiplizieren. Neue Polizeigesetze¹ brachten uns elektronische Fußfesseln, Präventivgewahrsam und immer mehr Videoüberwachung². Für letzteres wird in Hamburg und Mannheim bereits sogenannte „intelligente Videoüberwachungstechniken“ angewendet, die unklare Algorithmen verwendet, um Bewegungsprofile zu erkennen und somit Störenfriede ausfindig zu machen³. Mittlerweile ist es dank neuer Versammlungsgesetze in NRW⁴ strafbar, sich so ähnlich zu kleiden wie andere Demonstrant*innen. Versammlungen können verboten werden, wenn die Polizei sagt, deren Teilnehmer*innen wären aggressiv oder diese trügen ähnliche Klamotten. Jede Straftat von jemanden aus einer Demo kann für alle anderen Demoteilnehmer strafbar sein. Zusätzlich darf Mensch von der Polizei bis zu 14 Tage eingesperrt bleiben, wenn diese

behauptet, er hätte eine Straftat begangen. Die Polizei kann somit willkürlich Menschen in den Knast bringen, die nicht ins Bild passen. In Berlin und Hessen sind ähnliche Gesetze in Vorbereitung.

Dazu passiert es immer häufiger, dass politische Aktionen und Demonstrationen willkürlich verboten werden⁵. Von Versammlungsfreiheit kann keine Rede sein. Vorwände wie Vermummung oder Auflagenverstöße werden immer gefunden. Rund um die Ereignisse um Lina E. hat sich gezeigt, dass Versammlungen willkürlich aufgelöst, verboten oder angegriffen werden können, falls die Polizei mit dem Inhalt der Demo nicht einverstanden ist. Ein „Versammlungsrecht“ gibt es de facto nicht und längst werden Versuche, Demonstrationen abzuhalten, durch bewaffnetes Auftreten, unerfüllbare Auflagen, willkürliche Verbote und mittlerweile standardmäßige Angriffen und „Auflösungen“ von Demos mit der falschen Meinung immer weiter eingeschränkt. Ganz zu schweigen von vorhergehenden „Aussehens-“ und „Gesinnungs“- Kontrollen für Anreisende an Demotagen,⁶ wie in Leipzig geschehen. Auch das Sperren von halben Städten oder Errichten von Kontrollzonen durch die Polizei über Stadteile hinweg soll Demonstrationen bekämpfen. Auch werden Aktivist*innen, wie kürzlich von der „Letzten Generation“, willkürlich in „präventiven Gewahrsam“ genommen⁷. Dies eröffnet der Regierung die Möglichkeit, alle Menschen, die sie aufgrund ihrer Meinung nicht mag unter dem Vorwand, sie könnten „eine politische Aktion durchführen“, gefangen zu nehmen. Dazu kommen Hausdurchsuchungen als Einschüchterung gegenüber Aktivist*innen, egal ob diese friedlich waren, nur Tweets geteilt haben oder wegen anderen fadenscheinigen Gründen - so geschehen bei einem Sozialarbeiter, der über den verummten Staatsanwalt berichtete, welcher zur Auflösung der Tag X Demo in Leipzig beitrug. Das Ganze erinnert an einen dystopischen Totalitarismus. Der Polizeistaat ist längst Realität.⁸

Gleichzeitig nehmen Morde durch die Polizei zu, wie zum Beispiel bei Mohammed Lamine Drame aus Dortmund⁹. Polizist*innen setzen immer enthemmter Schusswaffen gegen Minderjährige ein. Immer mehr Menschen werden misshandelt, verletzt oder getötet von denen, welche die Gesetze und ihre Durchsetzung nicht fürchten müssen. Schlagzeilen



von Menschen, die bei Polizeieinsätzen oder in U-Haft sterben, machen wöchentlich die Runde.¹⁰ Menschenunwürdige Behandlungen sind in U-Haftstandard, wie zum Beispiel bei dem in Leipzig gefangenen Aktivist, welchem krampfhemmende Medikamente vorenthalten wurden, so dass besagter Mensch daraufhin einen Krampfanfall erlitt. Um die Gewalt gegen Menschen noch effizienter durchzusetzen und diesen zu schaden, wird die Polizei zudem mit Tasern ausgestattet, die auch tödlich wirken können.¹¹ Mittlerweile werden sogar Polizeiroboter zur Durchsetzung der Staatsherrschaft gebaut, noch „nur“ zur Beobachtung eingesetzt und stehen auf Bedarf bereit, um uns zu überwältigen.¹²

Zusätzlich werden immer häufiger biometrische Daten erfasst und verwendet, seien es Bilder der Ohren oder Gesichtserkennungen, um auch die letzten Anonymen zu finden und ggf. einzusperrern, wenn diese eine andere Meinung vertreten, als die staatlichen Gesetze es vorgeben. Auf EU-Ebene setzen sich die Regierungen für mehr Spielraum beim Einsatz von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum und beim Reisen ein¹³, während sich die polizeiliche Anwendung bereits in den letzten Jahren verdoppelt hat. Die Deutsche Bahn teilte mit, in Bahnhöfen verstärkt Überwachungskameras sowie Bodycams¹⁴ bei Kontrolleur*innen einzusetzen, um auch jedem Nicht-Reichen das Recht auf Mobilität zu verwehren. Sogar Bullenpräsenz in den Zügen wird weiter forciert. Ein Gesetz, welches die Kontrolle von Altersbeschränkungen (und damit Identitätsfeststellungen) im Internet und die biometrische Abgleichung von Gesichtern auf Überwachungskameras anhand der Lichtbilder von unseren Ausweisen ermöglicht, wurde bereits verabschiedet.¹⁵

Im Zuge der Corona-Pandemie wurde die Grenze der staatlichen Autorität weltweit aufgesprengt.¹⁶ Menschen wurden unter Androhung von Strafen in ihrem Zuhause eingesperrt und es wurde ihnen verboten, sich mit Freund*innen zu treffen. Menschen in Altersheimen mussten

sich unter Androhung staatlicher Gewalt komplett isolieren. Es wurden Demonstrationen verboten, feiernde Jugendliche wurden von der Polizei gejagt.¹⁷ (Gesundheit)-Daten wurden zur polizeilichen Überwachung genauso benutzt wie zum Separieren unserer Gesellschaft. Akteure des Überwachungskapitalismus, wie die Konzerne um „ID2020“, Bundesdruckerei, der Rüstungskonzern Thales oder IBM versuchten – teilweise mit Erfolg – über Impfkampagnen und Impfpässe, digitale Identitäten, Zertifikate und Verifizierungs- und Überwachungsinfrastrukturen auszurollen und weiter auszubauen. Auch Staaten und überstaatliche Organisationen kooperieren mit diesen Akteuren und bringen digitale Register, „Gesundheitsdatenräume“ und ähnliches auf dem Weg, deren Zwecke staatliche Kontrolle und Profite für das Kapital sind.

Der Ausnahmezustand wurde dazu verwendet die wenigen Machtbegrenzungen, die im System der BRD bestanden, vollkommen auszuschalten. Das Parlament wurde zugunsten eines nicht-gewählten Rates ausgehebelt, der aus von der Regierung auserlesenen „Experte*innen“ bestand und als Entscheidungsträger*innen über unsere Grundbedürfnisse urteilen sollte. Was das bedeutet, haben wir gesehen: Ohne digitalen Identitätsnachweis war in Zeiten von Corona eine Teilhabe am Leben fast unmöglich. Noch mehr Beispiele, wie sich die Autoritarisierung des Staates in der Corona-Zeit bemerkbar für uns machte, haben wir versucht hier in unserem Text „Auch wir haben gesehen“ zusammenzufassen.¹⁸ Im Ausnahmefall ist alles möglich und „eine starke Führung“ kann auf der Stelle implementiert werden, das haben wir gelernt. Es gilt zu befürchten, dass dies wieder passieren kann, ob zur Abwehr von als böse Terrorist*innen verunglimpften Linksextremist*innen, Anarchist*innen oder Globalisierungsskeptiker*innen. Auch die oberste Justiz ist keineswegs eine neutrale, regulierende Institution zur Machtbegrenzung, wie an den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts z.B. zur Beibehaltung der Strafsanktionen für Empfänger*innen von Hartz-4 und des bayerischen Verfassungsschutz-

gesetzes zu sehen ist. An diesen Urteilen war auch der aktuelle Präsident des Bundesverfassungsgerichts beteiligt. Als CDU-Mitglied und ehemaliger Vize-Chef der Unionsfraktion im Bundestag war er selbst für autoritäre Gesetze und Entscheidungen verantwortlich, über die er nun urteilen darf.

Ein weiteres Beispiel wie gewaltsam die staatliche Autorität um sich greift, zeigt sich an der bestehenden Grenzpolitik. Die Interessen der Nationalstaaten werden von Frontex und CO gewissenhaft über Leichen gehend verteidigt.¹⁹ Auch die deutsche Bundesregierung (bestehend u.a. aus SPD und Grünen mit welchen auch von Antifaschist*innen viel kooperiert wird) verwehrt allen, die nicht das „Glück“ hatten in Europa geboren worden zu sein und nicht als wirtschaftsrelevant genug gesehen werden, gewaltsam den Zutritt.²⁰ Erst jüngst wurde von der derzeit herrschenden Ampelregierung ein neues Gesetz zur Verschärfung der EU Grenzpolitik mitgetragen und jubelnd verabschiedet.²¹ Immer wieder werden Menschen getötet, welche die ungerechten staatlichen Gesetze nicht akzeptieren. Erst letztens hat das staatliche Verbot von Freizügigkeit hunderte vor Pylos umgebracht.²² Die Lage an der polnisch-belarussischen Grenze ist ebenso mehr als besorgniserregend. Anarchist*innen des No Borders Kollektivs berichten ausführlich über die Lage vor Ort, um nur einige wenige Beispiele zur tödenden Grenzpolitik der Nationalstaaten zu nennen.²³

Staatstrojaner werden und wurden eingesetzt, um unsere Handys zu überwachen. Mit der Spyware Pegasus überwacht der Staat diejenigen, die er als Gefahr wahrnimmt.²⁴ Gleichzeitig sammeln Unternehmen fröhlich unsere Daten und basteln Big-Data-Listen und vervollständigen ihre Profile von uns, mit denen sie das Verhalten der Menschen nicht nur analysieren sondern auch beeinflussen und lenken wollen. So soll z.B. an den Bahnhöfen der SBB in der Schweiz die biometrische Massenüberwachung auch für die Auswertung und „Optimierung“ des Konsumverhaltens der Reisenden verwendet werden. Mobilität nur gegen Kontrollierbarkeit und Daten. Auch in Deutschland ist ein rein digitales 49€ Ticket eingeführt worden, dass Bewegungsdaten der Reisenden erfassen soll, so dass der Staat und/oder große Unternehmen in Zukunft schon wissen könnten, wo wir uns wann, wo mit wem aufhalten, wenn dann doch einmal beschlossen werden würde, solche Daten zu verknüpfen und eindeutig Personen zuzuordnen (z.B. zum „Kampf gegen Linksextremismus“ oder andere, beliebige und austauschbare Vorwände). Auch die prekären Verhältnisse von Studierenden nutzt der Staat aus. Um die dringend benötigte 200€-Einmalzahlung zu erhalten, mussten sich Studierende ein BundID Konto anlegen und es wurde forciert, dass diese auch ihren digitalen Ausweis aktivieren. So möchte der Staat uns dazu zwingen uns „freiwillig“ Überwachbar und kontrollierbar zu machen. Ebenso wird die schleichende Abschaffung von (bisher anonymen) Bargeld und die Ersetzung von nicht egalitären und nicht anonymen Bezahlungswegen vorangetrieben, damit auch unsere Ausgaben damit überwachbar und kontrollierbar sind und wirklich niemand mehr der Staatsgewalt entkommen kann, es sei denn mensch überlebt ohne Geld.²⁵ Auf leider nicht mehr so abwegige Horror-Szenarien, wie die rasante Verbreitung von KI und die technischen Menschverbesserungen, soll hier gar nicht weiter eingegangen werden, könnte aber ganze Textsammlungen füllen.

Die Korruption in der deutschen Politik ist ebenfalls am Boomen. Seien es Maskendeals²⁶, „Asebaidschageschäfte“²⁷ oder Spenden²⁸, die nicht angegeben werden. Und das sind nur die Fälle, die wir kennen. An Verantwortlichen wie Spahn, Amthor und Zensursula von der Leyen

prallen diese Fälle ab oder sie werden auch noch „nach oben befördert“. Das System der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie scheint weder Mechanismen noch ein großes Interesse zu besitzen, die Praxis der Korruption zu unterbinden. Die EU ist am Ende auch nichts weiter als ein absolut undemokratisches, eher oligarchisches Gebilde, in denen die Mächtigen und Reichen möglichst effizient herrschen können. Korruption ist das Tagesgeschäft, (Tech-)Konzerne bestimmen die Agenda und von relevanter Mitbestimmung der Menschen fehlt jede Spur. Gleichzeitig werden Faschist*innen wie Meloni freundlich aufgenommen und eingebunden, trotz aller Beteuerung irgendwelcher „europäischen Werte“. Es bleibt eine Herrschaft der Politiker*innen und der Reichen in der wir leben und sie wird immer unegalitärer. Da passt es, dass auch und insbesondere die EU immer neue autoritäre Gesetze einführt. Zur Zeit bereitet sie unter durchschaubaren Vorwänden eine Chatkontrolle vor, mit welcher jegliche digitale Kommunikation einschließlich Audio-Aufnahmen und auch verschlüsselte Kommunikation präventiv und in Echtzeit überwacht werden soll. Auch „digitale Identitäten“ und ähnliches wird auf den Weg gebracht. Damit werden eindeutig unsere Grundrechte nach und nach beiseite geräumt und der Grundstein für weitere Repressionsmöglichkeiten in Folge der Totalüberwachung gelegt, deren Netz durch die Kombination einzelner Maßnahmen und Gesetze immer enger wird. Falls ein Vorhaben wie die Chatkontrolle zum Beispiel mit dem geplanten Gesetz zur „digitalen Gewalt“ von Justizminister Buschmann (FDP) kombiniert würde, welches auch Identifizierungspflichten im Netz vorsieht, würde das bedeuten, dass alles, was wir mit unseren Freund:innen schreiben, überwacht und abgestraft werden kann. Selbst das „Schlechtreden“ eines Restaurants oder Betriebs und Beleidigungen können als Straftat ausgelegt und verfolgt werden. Damit wird und soll wohl auch ein Klima von Angst und Unsicherheit bei den Menschen erzeugt werden, zum Beispiel mit Polizei und Gefangennahme Bekanntschaft zu machen, wenn mensch sich nicht (über)vorsichtig und zurückhaltend genug im Gruppenchat ausdrückt. Netzaktivist*innen sprechen inzwischen von den größten Überwachungsreformen aller Zeiten. Diese ganzen Entwicklungen erinnern sehr an die Totalüberwachung die man aus klassischen autoritären Staaten kennt. Linksautonomer Protest oder Widerstand ist dagegen bisher aber Fehlanzeige.

Eure Daten werden auf eure Kosten von kapitalistischen Unternehmen zu Geld gemacht und vom Staat dazu benutzt euch jede Sekunde im Blick zu behalten. Es geht dabei immer um Macht, Profite und Kontrolle, damit wir uns genau so verhalten wie sie es wollen und falls nicht, wir entsprechend bestraft und drangsaliert werden. Es scheint, als würden wir in Zukunft nur noch Zugang zum Leben haben, wenn wir im Austausch mit unseren Daten bezahlen und uns Autoritäten rundum überwachen können. Mit oberflächlichen Argumenten wird versucht, das legitim aussehen zu lassen, wie dass es ein gesellschaftliches Fordern nach allumfassender Digitalisierung gebe und Narrative wie „Deutschland hängt im Prozess der Digitalisierung hinterher“, was sich zu ändern habe und mit mit ein paar Komfortversprechen schmackhaft gemacht wird. Dabei nutzt die Digitalisierung, wie sie von Staat und Konzernen vorgebracht wird, nur diesen, nicht aber den meisten Menschen, deren Einfluss und Mitbestimmung darauf weder gewünscht ist, noch deren Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Nicht zuletzt spielt unser Umgang mit dem „Smart“phone eine große Rolle und ihnen die Karten zu - Immerhin nutzen rund 60 Millionen Menschen ein solches Gerät und es soll ihnen zukünftig noch schwerer gemacht werden, darauf zu verzichten.

Alles in Allem sehen wir uns in einem in Rekordzeit autoritarisierenden kapitalistischen Polizei- und Überwachungsstaat, welcher uns immer mehr beherrscht. Wir sehen uns in eine totalitäre Dystopie reinschlittern, und keinen interessiert es, wie es scheint. Wir fordern mit diesem Text, diese Entwicklungen wahrzunehmen und dagegen zu kämpfen!

Autorität ist fest verankert in der Bevölkerung Die Linke macht mit

Zum Punkt der Legitimität der Herrschaft ist auffallend, wie sehr staatliche Autorität Zuspruch bekommt. Gerade anlässlich der vielen Krisen schreien die Menschen förmlich nach einem starken Staat. Die krisenbedingten Unsicherheiten mit gegenseitiger Unterstützung zu beseitigen, klingt für viele offenbar zu befremdlich. So brauche es vermeintlich eher eine starke Führung und viel Militanz im Russland-Ukraine-Krieg; so helfe gegen die steigende Kriminalität mehr Polizist*innen und gegen die Klimakrise helfen nur Verbote. Generell scheint der Ruf nach Sicherheit und damit einhergehenden autoritären Praktiken wie der Überwachung in der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen zu werden. Sei es die Gefahr durch angebliche „Messer-Migranten“, durch „Terrorismus“, durch Pandemie und Klimakatastrophe oder ein Glaube an den „Fortschritt der Technik“ - für jedes Klientel findet sich eine Rechtfertigung. Wer nicht mitmachen möchte, hat wohl etwas zu verbergen und wer von Freiheit (abseits neoliberaler Deutung) spricht, sieht sich schnell dem Vorwurf der „Unsolidarität“ begegnet. Nach Krawallen und dem Widersetzen gegen Polizei und Gesetze wie in der Silvesternacht in Berlin, verfallen die Menschen in blinde Panik und fordern mehr Herrschaft, mehr Repression und Polizei. Für die Sicherheit der Reichen soll unsere Autonomie weichen. Egal ob links oder rechts, es wird mit Begriffen wie „der Wahrheit“, „der Wissenschaft“ oder „Fake-News“ argumentiert. Andere Meinungen werden nicht in die Bubble gelassen und Diskursoffenheit ist verpönt. Autoritätsargumente wie „Der hat das gesagt“ oder „Das steht so im Gesetz“ stehen hoch im Kurs. Wissenschaftskritik war mal.²⁹ Linke bis hin zu Linksradikale fangen weiter an sich zu autorisieren.

Klimagruppen, welche sich selbst teilweise dem linken bis linksradikalen Spektrum zuordnen oder diesem nahestehen und die wir für ihre autonomen Aktionen durchaus schätzen, seien es „Ende Gelände“ oder die „Letzte Generation“, appellieren sehr oft oder fast ausschließlich an den Staat, von dem sie Verbote, repressive Politik und sogar Notstände einfordern. Wir fragen uns, was die Appelle an den Staat sollen, dieses oder jenes Verhalten endlich gesetzlich unter Strafe zu stellen und am Ende auch bedeutet Menschen, einzusperren. Hierdurch werden nämlich auch Menschen gegängelt, welche eventuell durch eine andere Sozialisation, prekäre Verhältnissen oder ähnliche Gründe gar nicht in der Lage sind, sich ausschließlich „klimafreundlich“ zu verhalten. Es zeigt sich, dass auch die geforderten „Notstandsgesetze“ gar nichts bringen und gegen die Menschen selbst verwendet werden. Das beste Beispiel ist das repressive Vorgehen des Staat gegen eben jene Klimaaktivisti.

Der Staat wird unsere Probleme nicht lösen

Machen wir uns nichts vor: An den Staat zu appellieren bringt uns nicht weiter im Klimakampf, denn am Ende gewinnen wir dadurch nichts. Verbote ändern keine Meinungen, sondern sorgen am Ende nur dafür, dass die Menschen, deren Verhalten jetzt sanktioniert wird, uns hassen, weil wir diese Verbote fordern. Verständnis wird damit nicht erreicht und der Kapitalismus wird weiter dafür sorgen, dass Menschen das Klima für Profite ausbeuten. Diejenigen, die die Probleme verursachen, können sie nicht lösen.³⁰

Gegen klimaschädliches Verhalten hilft am Ende nur der Diskurs und eigenes Verhalten. Es geht darum, toleranter zu werden, Communities zu gründen und möglichst viel Gegenstruktur aufzubauen, die unabhängig von staatlicher Herrschaft funktioniert und in der Profit nicht das Ziel ist. In dieser könnten wir klima- und umweltfreundlich(er) leben (ein Text zu diesem Thema ist in Arbeit). Demnach sollten wir alle bei autoritären Regulierungen durch den Staat wachsam sein, auch wenn sie grün angestrichen sind und vorgegeben wird, die Klimakrise zu bekämpfen. Sie wird weiter geschürt, so lange dieses Systems erhalten bleibt. Weisen wir dieses Handeln also zurück als das, was es ist: Symbolische Gewalt staatlicher Herrschaft, Schockstrategie und hohle Versprechungen. Der Staat hat keine priorisierte Absicht die Klimakrise aufzuhalten, ist sie doch Resultat seines Bestehens. Solange die Industriestaaten Gewinne machen und innerhalb ihrer Konkurrenzkämpfe nach immer mehr Macht streben, ist ihnen die Zerstörung der Lebensgrundlagen bestenfalls zweitrangig. Sie ist sozusagen das Resultat der modernen Welt. Gewiss wird es mit voranschreitender Klimakatastrophe auch staatlicherseits und innerhalb des kapitalistischen Systems einige Veränderungen geben – Diese werden wohl so aussehen, dass sie vor allem mehr Befugnisse der Herrschenden zulassen, um in Anbetracht der durch die ökologischen Krisen bedingten sozialen Krisen, Aufstände und Umbruchbestrebungen ihre Macht zu erhalten und das Elend zu verwalten. Es macht also demnach absolut keinen Sinn an den Staat zu appellieren und den grüngewaschenen Autoritarismus zu akzeptieren, wenn es darum geht Klimaschutz umzusetzen!

Antifaschismus, welcher sich mehr staatliche Autorität wünscht, um den Staat ausschließlich gegen Faschos zu verteidigen, die ihn übernehmen und den Staat dann selbst autoritärer machen zu wollen, ist für uns kein nachhaltiger Antifaschismus sondern ein widersprüchlicher. Der totalitäre Staat ist doch gerade ein Hauptmerkmal des Faschismus. Antifagruppen, welche gegen jene Faschos und ihre Unterstützer*innen kämpfen (die zu bekämpfen natürlich auch wichtig und richtig bleibt) die erst durch verschiedene bestehende Probleme erstarken können, führen einen unvollständigen Kampf, wenn sie sich nicht auch gegen die Ursachen und Verursacher*innen (z.B. im Bundestag) richten. In jedem Fall ist es ein Fehler, es den Faschos zu überlassen, sich mit ihren menschenverachtenden Ideologien und vorgeblichen Lösungsversprechen als Widerständige gegen tatsächliche soziale Missstände oder ungerechte Politik inszenieren zu können, indem gegen die Missstände gar nicht vorgegangen wird oder gar die akuten Probleme und ihre Verursacher*innen verharmlost oder sogar in Schutz genommen werden. So verständlich Aktionen gegen Querdenker*innen und die Friedensquerfont in vielen Fällen auch waren, so befremdlich ist es für uns auch, dass sich ähnliche Aktionen und vergleichbar großes Engagements nicht auch mal gegen den Staat, die Kapitalist*innen in der Corona-Krise oder gegen Militarismus richteten und

richten. Wie gesagt, Faschismus ist per Definition neben seinen Elementen des Nationalismus und Rassismus auch nicht viel mehr als ein System mit einem sehr totalitären und autoritären Staat. Und gegen die Totalität und Autorität der Staates zu sein, egal ob dieser jetzt von CDU, AfD oder Ampel regiert wird, ist in unseren Augen essentiell für einen nachhaltigen Antifaschismus. Übers ganze Land verstreut können wir stattdessen Antifa-Ortsgruppen sehen, die mit den Regierungsparteien zusammenarbeiten. Oft wirken ihre Analysen unvollständig und ihr Vorgehen fragwürdig bis kontraproduktiv, wenn sie beispielsweise mit überzogener Kontaktschuld, Ad-Hominems und einem Unverständnis von Sozialisation pauschal alle Konservativen, alle Friedensaktivist*innen und alle Hippies zu Nazis umdeklariert. Unter anderem verharmlost das nämlich letztere und Desensibilisiert erstere bzw. große Teile der Gesellschaft dafür, was Nazis sind und was sie so gefährlich macht. Gruppen wie „Antiverschwurbelte Aktion“ denken schon lange nicht mehr in inhaltlichen Kategorien, sondern eher in guten und bösen Akteuren. Mit „Wir impfen euch alle“ wurde repressiver Zwang und Gewalt propagiert und die patriarchale und staatstragende Wirkung dieser Forderung wurde bis heute nicht reflektiert.

Uns fehlt, dass die Verbindungen zwischen den sozialen Kämpfen und der staatlichen Herrschaft oft nicht hergestellt werden. Viele anti-autoritäre Gruppen versuchen dies zwar (für anitautoritäre Gruppen eigentlich das mindeste), viele (die meisten) Linke oder Linksradike tun dies aber nicht. Wir sehen die Herrschaft der Männlichkeit, die Herrschaft der Reichen und die Herrschaft der Weißen, als autoritäre Strukturen, die auf Eigentum oder Macht aufbauen. Je mehr der Staat an Autorität gewinnt, desto mehr werden die in ihm lebenden Menschen überwacht werden, je mehr Repression möglich ist, desto mehr wird sie zum Einsatz kommen, um diese Herrschaftsstrukturen zu erhalten und sicherzustellen. Die Klimakatastrophe ist ein Produkt von Staaten, von autoritären Staaten, um genau zu sein – sie können daher nicht die Lösung sein.

Fehlen von Antiautorität in der linken Szene

Autoritäre Strömungen und Tendenzen im großen Spektrum der Linken sind nichts Neues. Autoritäre Bestrebungen der „modernen Linken“ erreichten jedoch in der Corona-Pandemie ihren Höhepunkt in der BRD. Das staatliche Unterstrafstellen von Grundbedürfnissen, wie sozialer Teilhabe wurde nicht nur von links ignoriert, sondern sehr oft sogar beklatscht bzw. gefordert. Die digitale Überwachung durch Luca-App oder Gesundheitspass wurde schweigend akzeptiert und absurde Maßnahmen wie Ausgangssperren und die damit verbundene Repression teilweise bejubelt oder verschwiegen. Von vielen linken Akteuren wie der Seebrücke, der Linksjugend, der IL, etc. (von denen wir einige sehr gut finden), wurde der „totale Lockdown“ in Form von „ZeroCovid“ gefordert. Anhand von Ländern, die diesem Ansatz folgten, konnten wir sehen, dass das keine positiven Effekt auf die Gesundheit gehabt hätte, dafür aber zu dystopischen Zuständen nach dem Motto „Einsperrung per Dekret“ zur führen hätte können. Dies betrübt uns noch immer, da wir viele Menschen aus diesen Gruppen und ihre Engagements gerade bei der Seebrücke, sehr schätzen und besagte Haltungen einfach nicht verstehen können.

Für viele Linke stellten auch die unsinnigsten, rein zum Ausbau von Autorität gewählten Maßnahmen der Regierung keinerlei Problem und somit

keinen Anlass für merkliche Proteste dar, wie dass ein Rat von 17 nicht gewählten Herrschenden per Knopfdruck über Grundrechte entschied, oder dass die Polizei die Daten durch 2G-Nachweise, Tracing- und Luca-App zur Fahndung gegen uns benutzte. Das interessiert(e) scheinbar wenig. Autorität von oben wurde teilweise zur „Sicherheit von Oben“ bis hin zur „Solidarität“ umgedeutet. Bis heute fehlt es an Aufarbeitung oder kritischen Selbstreflexionen der Gruppen und Individuen, die „ZeroCovid“ unterschrieben oder die Kontrolle digitaler Gesundheitspässe gefordert und umgesetzt haben.

Während zumindest ein grundlegendes Verständnis des Begriffs Klimaschutz in den Leit- und Folgemedien auf Dauersendung läuft, sich Queerfeminismus zum Glück immer größerer Beliebtheit erfreut und sich jede:r etwas unter „Antifa“ vorstellen kann, ist antiautoritärer Anarchismus leider weiterhin ein Begriff, der kaum einzuordnen gewusst wird. Falls doch, dann hat er für die meisten eine negative Konnotation. Während antiautoritäre Massenorganisationen fehlen und entsprechende Initiativen an einer Hand abzuzählen sind, kann Antirassismus teilweise Medientexte bestimmen und Klimaschutzbewegungen können zeitweilig den „Mainstream“ dominieren. Formen des Antirassismus, Antifaschismus, Feminismus und Klimaschutz haben aber auch gemeinsam, dass sie von einigen Akteuren staatlich und kapitalistisch gedacht bzw. interpretiert werden könnten und teilweise auch davon vereinnahmt oder darauf reduziert versucht werden. Dies steht im Gegensatz zum Antiautoritären, dass den Kampf gegen jede Autorität und Herrschaft, auch die des Staates und des Patriarchat ins Zentrum stellt und selbstverständlich Antifaschismus, Feminismus, Klimaschutz, Antikapitalismus und Antirassismus als grundlegende und essentielle Teile dieses Kampfes begreift.

Antikapitalistische Kritik ist in der deutschen Öffentlichkeit merklich unbeliebter als andere linke Kämpfe. Aber zumindest sind kommunistische Argumente und gewisse Persönlichkeiten bekannt und einige Organisationen bestreiten sogar exklusiv den antikapitalistischen Kampf. Einige anarchistische oder anti-autoritäre Organisationen bezeichnen sich als Anarchokommunistisch (viele Antifagruppen benutzen dies auch als Sammelbegriff). Spätestens seit der Corona-Pandemie, aber auch bei Betrachtung der Organisationsform linker Gruppen, entsteht bei uns der Eindruck, dass der von ihnen beschriebene Kampf gegen kapitalistische private Akteure doch wichtiger ist, als die Aktion gegen den Staat, der oft gar nicht als der kapitalistische Akteur erkannt wird, der er aber nunmal ist.

Die Thematisierung von digitaler Kontrolle, Repression und Autorität durch den Staat, die Bestandteile und Bedingungen des Kapitalismus sind und dessen Aufrechterhaltung dienen, scheint in diesem Anarchokommunismus wohl eine untergeordnete Rolle zu spielen. Gruppen wie die IL, widmen dem Kampf gegen Staat und Autoritarisierung kaum ein Wort.

Einige Organisationen, wie „Die Plattform“ versuchen anarchistische Werte in massentaugliche Strukturen der Klima- und oder Antifabewegung einzubringen. Bisher leider mit wenig Erfolg, wenn wir uns alleine anschauen, wie kapitalistisch die Klimabewegung und wie autoritär die Antifabewegung teilweise geworden sind. Selbst einige selbsternannte Anarchos und (antiautoritäre) anarchistische Gruppenscheinen das Thema Autoritarisierung des Staates oder der Kampf gegen eben diesen Staat nicht unbedingt in den Vordergrund zu stellen. Die in der Öffentlichkeit bestehenden Seiten thematisieren die von uns angesprochenen Themen

selten. Für „selbsternannte“ Anarchist*innen in Social Media, dort präsenten Gruppen mit entsprechender Reichweite, wie zum Beispiel Anarchismus.de oder den FDA, scheint die autoritäre Transformation des Staates kaum von Belang. Das verwundert uns sehr, da viele dieser Gruppen und Akteure ansonsten auch viele andere wichtige Themen ansprechen. Ist doch aber der Kampf gegen den Staat und seine Autorität nicht auch einer der Hauptaspekte des Anarchismus?

Um es noch mal ganz klar zu sagen: Die Fixierung auf massentaugliche Kämpfe wie Antirassismus, Feminismus und Klimaschutz sind absolut nichts Schlechtes. Ganz Im Gegenteil: Sie sind wichtig und unerlässlich. Ebenso wichtig ist jedoch auch, dass die bestehenden Herrschaftsweisen, welche die entsprechenden Probleme verursachen und für Diskriminierung sorgen, angesprochen und zum Thema gemacht werden.

Wir verstehen nicht warum der übergeordnete Aspekt des Antiautoritären, der Kampf gegen die staatliche Autoritarisierung, wie oben detailliert beschrieben, so kurz kommt und von den meisten „linksradikalen“ Gruppen nichtmal erwähnt wird, geht dieser doch mit dem Kampf gegen Rassismus, Faschismus, Ausgrenzung, Sexismus etc. einher. Wir fragen uns, warum gegen die Versammlungsgesetze in NRW oder die Verschärfung der Polizeigesetze in Bayern deutlich weniger Menschen auf die Straße gingen als gegen die Klimakatastrophe, warum die Erpressung des Staates hin zu digitalen Identitäten und Bewegungskontrollen sowohl beim Covid-Pass, als auch beim 49€ Ticket oder der BundID wenig wahrgenommen werden und warum der Ausbau der digitalen Überwachungs- und Kontrollgesellschaft bzw. entsprechender Infrastrukturen so wenig thematisiert werden. Wir verstehen nicht, warum diese Kämpfe nicht auch zusammen gedacht werden, wo doch der Staat mit seiner Autoritarisierung gerade die Grundlagen für unsere Kämpfe immer weiter erschwert, Handlungsspielräume immer weiter einengt und Aktivist*innen damit bekämpft. Wir verstehen nicht, warum Befürchtungen vor staatlichen Ausnahmezustands- und Notstandsregimes z.B. durch Krieg, weitere Pandemien und noch andere Krisen so gering sind und die Opposition auch zum ganz „beiläufigen“ Ausbau des biometrischen Überwachungs- und digitalen Kontrollstaates bei den meisten linksradikalen Gruppen eher geschwunden zu sein scheint.

Ergänzung: Große Teile des Textes entstanden bereits vor den Ereignissen von Leipzig. Inzwischen sehen wir, dass nach den Geschehnissen in Leipzig die Gefahr durch Autoritarisierung zumindest etwas mehr innerhalb der Linken wahrgenommen wird. So gab es viele Diskussionen über Polizeirepression und „autonome“ Gruppen machten kurzzeitig auf die Problematik von Demoverboten, Hausdurchsuchungen, Angriffe der Polizei und Autorität aufmerksam. Es freut uns, dass inzwischen mehr Aufmerksamkeit für die Entwicklungen in Richtung Polizeistaat und bei der staatlichen Repression vorhanden zu sein scheint. Noch bleibt eine Bewegung, politischer Anschluss und größerer Protest und Widerstand gegen die genannten Entwicklung aus. Auch eine Gesamtkontextualisierung der Repression als staatliche Autorität scheint zu fehlen. Trotzdem sehen wir Anfänge für eine größere antiautoritäre Bewegung in der Linken und wir plädieren für deren Ausbau!

Anschluss für von Autoritarismus und Repression betroffenen herstellen

Wir möchten dies gerne klar thematisieren und darauf hinweisen, dass wir nicht wirklich frei sind, solange wir weiterhin Autorität und staatliche Narrative reproduzieren. Wir sollten unserer Meinung nach also klar thematisierten auf welchen Herrschaftsstrukturen unsere Kämpfe aufbauen und somit keinen autoritären Klimaschutz, keinen staatlichen Antifaschismus und keinen Feminismus, der von reichen Männern diktiert wird, anstreben. Es wird dabei auch argumentiert, dass die Menschen durch die reale Erfahrung von Herrschaftsformen wie Sexismus, Rassismus etc. auf die Herrschaft aufmerksam werden, da sie eben für die meisten erfahrbar ist. Wir denken, dass auch staatliche Herrschaft, die sich z.B. durch digitale Kontrolle und polizeiliche Repression äußert, absolut erfahrbar für die Menschen ist. Sei dies durch den Zwang zum Ausweisen mit (digitalen Gesundheits-)Pässen, dem Ausschluss und der Repression durch Grenzen, widersinnig autoritären Corona-Maßnahmen, den Bezug der Energiepauschale per Online-Ausweiszwang, der Digitalzwang beim 49€ Ticket, das Reduziertwerden auf Personenkennziffern und das vollständige Ausgelesenwerden als Teil von „Registernmodernisierungen“, „Gesundheitsdatenräumen“, Big-Data-Profilierungen und bei Asylverfahren, den Erfahrungen mit der Polizei, welche diese sinnlosen Gesetze durchsetzt und rassistische Gewalt ausübt, die Auswirkungen der Versammlungsgesetze auf Demonstrationen und Proteste, die bald zu erwartende Auswirkung auf private und allgemeine Kommunikation- und Informationszugänge durch Vorhaben wie der Chatkontrolle, eIDAS usw. Jedes Verbot und jede Maßnahme betrifft auch die Menschen, welche sich nicht als „anarchistisch“ bezeichnen und sie sollen das mit Verweise auf eine höhere Macht, wie „Demokratie“, den „Rechtsstaat“ oder den „technischen Fortschritt“ widerstandslos akzeptieren. Hier fehlt es an Anschluss. Ein Mensch, der rassistische Erfahrungen gemacht hat, kann diese zumindest heutzutage in einigen Fällen besser einordnen, da es einen größeren und hoffentlich weiter wachsenden gesellschaftlichen Anschluss in Form einer großen Protestbewegung, Argumente, Gruppen und verbreitete Narrativen gibt. Dasselbe ist in den letzten Jahren auch mit den Feministischen und LGBTQAI-Communities passiert. Hier wurde sehr viel gute und wichtige Arbeit geleistet, einen Anschluss von und für Menschen herzustellen, die diskriminierende Erfahrungen gemacht haben. Argumente und die Auseinandersetzung mit Beherrschungserfahrungen wurden mehrheitstauglicher und werden inzwischen viel eher angenommen als noch vor einiger Zeit. Dasselbe würden wir uns auch für die Menschen wünschen, die von staatlicher Autorität, der Polizei, unsinnigen Gestzten, sowie deren gewaltsame Durchsetzung und digitalem wie analogem Autoritarismus betroffen sind. Für diese gibt es derzeit kaum Anschlussmöglichkeiten. Narrative sind nicht mehrheitsfähig, Strukturen und Organisationen gibt es wenige und wenn, wird der Gesamtkontext der staatlichen Herrschaft ausgeblendet. Argumente sind oft schwer zugänglich.

Ziel dieses Textes ist es, für die Schaffung eines solchen Anschlusses zu plädieren, so dass Menschen, die Herrschaft und Gewalt erfahren, diese einordnen können und ihnen auch konkret geholfen werden kann. Wie schön wäre es, wenn ein Mensch, der von den Bullen geschlagen oder erniedrigt wird, diese Erfahrung in einer großen Anti-Repression-Organisation teilen könnte und sofort Verbündete und Beistand findet (die nicht ggf. in Parteien angesiedelt sind welche für den Polizeiapparat sorgen). Wie schön wäre es, wenn ein Mensch, der von seinem Vermieter über-

wacht wird, dies in antiautoritären Texten wiederfinden und den Kampf dagegen sofort in der antiautoritären Bewegung auf die Straße tragen könnte. Wie schön wäre es, wenn jede*r wüsste, wie die eigenen Daten am besten geschützt werden können, weil es zugängliche Texte und Thematisierung dazu gibt. Wie schön wäre es, wenn grundsätzliche Fragen autoritärer Herrschaft und polizeiliche Repression im Mainstream hinterfragt werden könnten, ohne dass entweder kein Verständnis oder eine ablehnende Haltung zu erwarten sind. Wie schön wären Massenproteste gegen die Chatkontrolle oder gegen Präventivhaft für Aktivist:innen, welche die tatsächlichen Problemverursacher ansprechen. Gäbe es eine solche Antiautoritäre Bewegung könnte sie stark gegen den Push des Überwachungskapitalismus zur digitalen Kontrollgesellschaft ankämpfen, sie könnte Alternativen zu Ausnahmezuständen abseits staatlicher Autorität und neoliberaler Rücksichtslosigkeit anbieten und auch so etwas wie eine neuerliche Verschärfung von Versammlungsgesetzen beim nächsten Mal verhindern.

Gründen wir die Antiautoritäre Bewegung!

Noch ist es nicht zu spät: Stellen wir den Anschluss her, sorgen wir dafür, dass der Gesamtkontext der Herrschaftsstrukturen von Rassismus, Transfeindlichkeit oder Sexismus sich genau so verbreiten wie die Schuld der Staaten am Klimawandel. Verbreiten wir das Wissen über die Vorhaben zur digitalen und analogen Überwachung und warum und wie wir uns dagegen wehren sollten, die Drohung einer uneingeschränkten Totalität in Ausnahmesituationen und die Autoritarisierung in den Strukturen der Herrschenden, ihrer Polizei und Militär. Wirken wir den wachsenden Tendenzen und Akzeptanzen für das Autoritäre in der Gesellschaft entgegen. Sorgen wir für Anschluss für die von Repression und Autorität Betroffenen. Bauen wir Gegenstrukturen unabhängig von Geld, Nation und Staat auf, um unsere Inhalte und Lebensweisen zu verbreiten und reproduzieren anstatt vom Staat Verbote und Notstände zu fordern. Unterstützen wir anarchistische, antiautoritäre und antirepressive Organisationen und Strukturen. Stoppen wir die digitalen Überwachungsmöglichkeiten bei Tickets, im Netz oder durch digitales Geld. Sorgen wir dafür, dass die digitale Überwachung in unseren Smartphones und Computern und entsprechende Nutzungszwänge ebenso wie die Überwachung mit biometrischen Daten öffentlich wirksam kritisiert werden. Leisten wir Widerstand und wehren wir uns gegen die Repression der mörderischen Polizei und halten wir die neuen Versammlungsgesetze und die Ausweitung der Befugnisse und Möglichkeiten von Polizei und Behörden auf. Die Alternative wird die beschriebene Überwachungs- und Polizeistaatsdystopie sein, in welche wir hinein schlittern.

Und natürlich ist auch die Autorität in unseren eigenen Reihen zu hinterfragen, die Bosse in unseren Gruppen und die Strukturen, welche diese feststecken lassen. Die Neigungen zur Autorität in der linken Szene, die starre Diskursform, sowie das Verhalten in der Corona-Pandemie und das Nicht-Verhalten bzw. das scheinbare Desinteresse zu Autoritarisierungsvorhaben wie aktuell der Chatkontrolle könnten aufgearbeitet werden. Thematisieren wir die staatliche Autoritarisierung, die digitale Überwachung und die polizeiliche Repression in unseren eigenen Reihen, bringen wir unsere Herrschaftskritik in Bündnisse ein, stärken wir Organisationen, welche sich viel oder primär gegen staatliche Autoritarisierung und Herr-

schaftsnarrative stellen oder die Probleme zu erkennen beginnen. Hinterfragen wir die Notwendigkeit von Servern, Funkmasten, Datenzentren und der gesamten digitalkapitalistischen Infrastruktur. Leisten wir Widerstand gegen Versammlungsverbote, Gefangennahmen, Grenzregime! Dies sind alles sinnvolle Ziele. Helfen wir denen, die Opfer von alltäglicher Überwachung, Herrschaft, Gewalt, Repression werden. Gegen Polizei und Überwachungsstaat!

Stoppen wir die Autoritarisierung!

Gründen wir die Antiautoritäre Bewegung!

Autonomie und Solidarität!

Wir freuen uns über Anregungen, Fragen, Kritik und schlimmstenfalls Lob.

autosoli-team@protonmail.com

<https://todon.eu/@autonomysolidarity>

<https://twitter.com/solidarautonom>

<https://t.me/autonomieundSolidaritaet>

Quellenangaben:

- 1. <https://netzpolitik.org/2023/bundespolizeigesetz-horchen-aber-nicht-hacken/>
- <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1173144.innenministerium-bundespolizei-erhaelt-kompetenzen-zur-gefahrenabwehr.html>
- <https://www.labouret.de/interventionen/grundrechte/grundrechte-all/verfassungsschutz/nrw-polizeigesetz-weitet-befugnisse-der-polizei-und-des-verfassungsschutzes-gewaltig-aus/>
- 2. <https://netzpolitik.org/2021/gesichtserkennung-polizei-verdoppelt-zahl-identifizierter-personen-jaehrlich/>
- - <https://www.deutschlandfunk.de/deutsche-bahn-mehr-kameras-an-bahnhoefen-100.html>
- <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1169845.polizeidrohnen-polizei-bildet-hunderte-drohnenpiloten-aus.html?s=35>
- 3. <https://netzpolitik.org/2023/intelligente-videoueberwachung-polizei-hamburg-will-ab-juli-verhalten-automatisch-scannen/>
- <https://perspektive-online.net/?p=45744>
- 4. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1156531.versammlungsgesetz-nrw-noch-mehr-macht-fuer-beamte-ist-brandgefaehrlich.html>, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1147361.neues-gesetz-zu-demonstrationen-in-nrw-versammlungsverhinderungsgesetz.html>
- 5. <https://kreuzer-leipzig.de/2023/06/01/kein-tag-mit-x>
- <https://taz.de/Leipzig-nach-dem-Tag-X/!5938379/>
- 6. <https://taz.de/Bundespolizei-sucht-nach-Linken-in-Zuegen/!5938252/>
- 7. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/polizei-nimmt-regensburger-klimaaktivisten-in-gewahrsam,TgyRd8M>
- 8. <https://perspektive-online.net/2023/06/tag-x-in-leipzig-die-haessliche-fratze-des-polizeistaates/>
- 9. 4- <https://perspektive-online.net/2022/09/polizeimord-an-mouhamed-lamine-drame-ermittlungen-gegen-5-polizist-innen/>
- <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/mouhamed-d-zdf-sendet-neue-tv-doku-ueber-polizei-dortmund-w727922-2000800165/>

- <https://antifabochum.noblogs.org/2023/01/recherche-30-to-de-bei-polizeieins%c3%a4tzen-im-jahr-2022/>
- 10. <https://doku.deathincustody.info/>
- 11. <https://www.abendblatt.de/hamburg/article237435329/polizei-hamburg-setzt-taser-erstmal-im-streifendienst-ein-elektroschock.html>
- https://www.t-online.de/region/essen/id_100117460/polizei-tasert-mann-32-jaehriger-stuerzt-in-essen-von-bruecke.html?s=35
- <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/taser-dienstvorschriften-100.html>
- 12. <https://www.heise.de/hintergrund/Wie-die-Polizei-NRW-den-Roboterhund-Spot-einsetzt-6549476.html>
- 13. <https://netzpolitik.org/2023/ai-act-bundesregierung-setzt-sich-eu-ebene-fuer-mehr-gesichtserkennung-ein/>
- 14. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/deutsch-bahn-bodycams-personal-uebergriffe-101.html>
- 15. <https://netzpolitik.org/2023/biometrische-ausweisbilder-bundesregierung-plant-schnelleren-zugriff-fuer-sicherheitsbehoerden/>
- 16. <https://apnews.com/article/technology-police-government-surveillance-covid-19-3f3f348d176bc7152a8cb2dbab2e4cc4>
- 17. <https://taz.de/Hamburger-Polizei-verfolgt-Jugendlichen!/5754372/>
- 18. <https://sunzibingfa.noblogs.org/post/2022/12/13/auch-wir-haben-gesehen/>
- 19. <https://abolishfrontex.org/>
- 20. https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/wordpress/wp-content/uploads/2023/04/Pressemitteilung_Kampagne-final.pdf
- 21. <https://perspektive-online.net/2023/06/mehr-geld-und-befugnisse-fuer-grenzwache-frontex/>
- 22. <https://www.labourmet.de/interventionen/solidaritaet/humanitaere-krise-in-griechenland-droht-zu-eskalieren/>
- 23. <https://nobordersteam.noblogs.org/>
- 24. <https://netzpolitik.org/2021/pegasus-der-staatstrojaner-skandal-im-ueberblick/>
- 25. <https://www.tagesspiegel.de/wissen/spate-energiehilfe-fur-studierende-berliner-unis-sind-fassungslos-9352952.htm>
- 26. <https://perspektive-online.net/2022/07/widerspruch-zum-allgemeinen-rechtsempfinden-nuesslein-darf-maskendeal-geld-behalten/>
- 27. <https://www.lobbycontrol.de/schlagwort/aserbajdschan/>
- 28. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-07/philipp-amthor-lobby-affaere-staatsanwaltschaft-bestechlichkeit-ermittlungen-eingestellt?utm_referrer=https%3A%2F%2Fduckduckgo.com%2F
- 29. <https://www.anarchistischefederation.de/autonomie-und-solidaritaet-anarchistische-kritik-an-wissenschaften-und-staatlichen-narrativen-in-der-corona-pandemie/>
- 30. <https://enough-is-enough14.org/2022/10/20/gewalt-gewaltlosigkeit-vielfalt-der-taktiken-weltanschauungen-und-aufstandsbe-kaempfung-in-oekologischen-bewegungen-im-zuge-der-kapitalistischen-mobilisierung-fuer-den-erhalt-des-systems-ein-int/>

Weitere Einschätzung zur „Letzten Generation“

Hallo liebes autonomes Blättchen.

Euer Aufruf, doch endlich mal Texte einzuschicken, hat mich motiviert, euch folgenden Text doch noch zu schicken. Vielleicht bringt er ja relevante Aspekte in die Diskussion über die Letzte Generation und ihr drückt ihn ab, ich glaube ich hab ihn euch vor 2-3 Monaten deshalb nicht geschickt, weil ich dachte, da wurde schon genug dazu gesagt.

Was in der Ausgabe 54 von Leuten der Offenen anarchistischen Vernetzung Leipzig zur Verteidigung der Letzten Generation gesagt wird, will ich noch gern kommentieren. Absolut nieder ist es natürlich, das ist richtig, die LG dafür zu kritisieren, die „armen Arbeiter*innen“ zu stören. Verständlich ist es aber, dass die Menschen die christlich-märtyrerhafte Manier stört, und dazu führt, dass die LG mit einer gewissen Verachtung verspottet wird (wenn nicht schlimmeres). Dass die LG in der Wahl der Ziele dazulemt, sehr gut. Aber die Wahl der Ziele ist nicht alles, und eine autoritäre Kaderstruktur, Gewaltlosigkeits-Moralismus etc. führen eher zu einer sozialen Entfremdung, verewigen diese zumindest, und können keine Befreiung bewirken. Natürlich: den Event-Aktionismus gibts bei der Linken generell – das ist auch ein Argument gegen Linke generell. Natürlich kann immer gesagt werden, man müsse sich erst einmal selbst an der Nase nehmen – aber die LG besetzt eben doch ein Feld auf eine spektakuläre Weise, was der Macht ganz lieb ist. Was das stören der Spiesser angeht: da wird jede wirkliche Revolte noch viel schlimmer sein! Aber im

Unterschied zur LG lassen sich Aufständische nicht einfach so festnehmen oder halten die andere Backe hin – und das wird ihnen einen Respekt verschaffen, der über den Respekt hinausgeht, den wir heute für die Aktivistis der LG empfinden, weil sie einen hehren Idealismus an den Tag legen. [eigentlicher Artikel]

Ich will mich kurz halten. Man mag ja zu der Kleberei stehen wie man will, „besser als nichts“ kann eine Haltung sein, ich würde diese aber in Frage stellen. Das „Hauptsache irgendwas tun“ des Aktivismus kann auch oftmals einer Entwicklung wirklich wirksamer Aktionsformen und der Verwirklichung eines tatsächlichen Massenkampfpotentials entgegenwirken oder dieses vereinnahmen. LG ist eine spektakuläre Organisation, die auf der Logik von Rekrutierung basiert. Sie bezeichnen sich als „funktional-hierarchisch“, ist dogmatisch gewaltfrei und am Ende ihrer öffentlichen Treffen, welche in verschiedenen Städten besucht werden können, verteilen sie Beitrittsformulare, in denen man angeben kann, wie viele Tage Knast man sich „wünscht“, also damit umzugehen können glaubt (was natürlich eine Lüge ist, dass irgend eine funktionale Hierarchie das wissen könne). Um dann danach „funktional-hierarchisch“ eingesetzt zu werden. Bei allem Respekt für jeden Willen, „etwas gegen die Klimakatastrophe zu tun“, und die Nerven, das trotz Medienhetze und drakonischen Einsperrungen zu tun... aber man degradiert sich so doch zu einer Art Soldat. Die LG scheint zu funktionieren wie klassisch maoistische Organisationen, und ihre Vorgehensweise hat mit Autonomie oder gar Anarchie nichts zu tun.



Soviel sollte zu ihrer Kritik doch immerhin gesagt werden. Dass die LG ausserdem mit ihren Forderungen und ihrer Politik auch ganz klar einer radikaleren Analyse bewusst entgegensteht, sollte auch festgestellt werden (das zeigt sich auch in Diskussionen an ihren Veranstaltungen, die kaderhaft abgewürdigt werden). Die Forderungen nähren Illusionen. Das geforderte „Etwas“ wird NICHTS ändern. Ausser, dass mit den dadurch genährten Illusionen die Leute lernen, sich mit halbpatzigen, bedeutungslosen „Teilzielen“ zufrieden zu geben (und die Nahrung der Illusion, es könnte mit solcherlei irgendetwas geändert werden, ist angesichts der bald kommenden Katastrophen nur fahrlässig).

Ausserdem fördert so ein professionalisierter Aktivismus die Delegation. Die Trennung zwischen aktiv und passiv. Natürlich könnte eingewendet werden, dass sich auch an banalen Forderungen mehr entzünden könnte. Auch muss zugegeben werden, dass die LG-Kader durchaus von einem „sozialen Kipp-Punkt“ sprechen.

Aber, dieser soziale Kipp-Punkt scheint ein rein quantitatives Phänomen, dass letztlich wieder bloss auf die Politik wirken soll. Keine Rede davon,

wirklich selbst Hand anzulegen. Und dass es gerade die Politik ist, die nichts an der Klimakatastrophe ändern wird, selbst wenn sie es wollte, ist doch sonnenklar. Da die Politik ja nur ein Organ der herrschenden Schichten ist, welche mit ihrer Ökonomie sämtliches Leben auf diesem Planeten am Zerstören sind. Vielmehr fördert die LG das Vertrauen in die Politik, die man zwar aktivistisch beeinflussen will, nicht aber zerstören. Was individuelle Wege angeht, welche einzelne Aktivistis nach einem langwierigen Resignationsprozess (von FFF zu LG zu ???) dazu führen könnte, einmal auch autonome Wege einzuschlagen und sich ohne Kader (aber auch ohne die von der LG zu recht als aktionshemmend kritisierte Konsenserei von FFF) zu organisieren, und allgemein für ein kader- und herrschaftsloses Leben zu kämpfen, so mag dies passieren. Besser aber ist es, wenn man versucht, Leuten diese desillusionierende Erfahrung zu ersparen, von Kaderorganisationen verheizt zu werden. Eventuell andere Meinungen fänd ich interessant (Die sind ja mittlerweile verschiedentlich wiedergegeben...). Ich zumindest denke, dass die LG eher Teil des Problems ist.

Ein LG-Veranstaltungsbesucher

Wiederholt unsere Fehler nicht!

Wir haben viel gelernt. Unser bisheriges resümee: Sorgfältige planung macht fast alles möglich. Damit vermeidbare fehler nicht wiederholt werden, wollen wir einige erfahrungen zugänglich machen.

Zu allererst: JA, ES IST MÖGLICH. Mit genug planung und bemüht-rückstandsloser arbeitsweise ist es möglich unerkannt einen laufenden betrieb zu sabotieren, es ist möglich hohen sachschaden zu verursachen und es ist, mit genug planung (und genug menschen), auch möglich einen betrieb zu bremsen und zu blockieren.

Wir schreiben BEMÜHT-rückstandslos, weil ein vollständiges vermeiden von spuren kaum möglich und es gefährlich ist sich auf die vermeintliche hoffnung beweisspurenloser arbeit zu verlassen.

Außerdem: WIR SIND NOCH DA. Wir haben mehrere male den schießkonzern rwe attackiert- und wir sind immernoch da. Und obendrein- sind wir nicht allein!

Der vorteil, unser vorteil als klandestin arbeitende struktur, dass der gegner nie weiß wo und wann wir zuschlagen, ist immens. Wir können überall, in jedem schatten, in jedem busch, hinter jeder ecke sein. Zu jeder zeit. Es kann mehr und mehr "sicherheitspersonal" angeheuert werden, es wird diesen vorteil und die betriebsblindheit derjenigen, die uns schnappen wollen, kaum aufwiegen

Das gilt besonders für die fälle, in denen mit zeitverzögerung gearbeitet wird, in denen die aktionsgruppe also längst über alle berge, täler und

kohlegruben ist, ehe der angriff auffällt. Die bedeutung von zeitverzögerungen wollen wir herausstellen: Jede minute, in welcher distanz zurückgelegt werden kann, kann die eine minute sein, die freiheit sichert und über die fortführung oder das ende des in freiheit gelebten politischen kampfes entscheidet.

Arbeitet sorgfältig. LASST EUCH NICHT ERWISCHEN.

Einmalige große aktionen sind gut und schön und noch besser, wenn sie nicht nur symbolisch sind, aber seid euch der gröÙe der maschine bewusst, die ihr zerstören wollt: Ein einzelner brandsatz vernichtet den kapitalismus nicht. Passt auf euch auf und seid vorsichtig, bringt euch neue skills bei und gebt sie weiter, damit immer mehr und immer größere feuer entflammen, anstatt euch einmalig zu übernehmen und weggesperrt zu werden.

Seit wir die „grenzen des ertragbaren“ veröffentlicht haben, hat sich die klimabewegung verändert. Wir als gruppe, die sich (mehr oder weniger öffentlich) als militant-autonom, klandestin und langfristig arbeitend beschreibt, sind nicht mehr allein. Es ist nur eine frage der zeit, bis wieder hier und da eine flamme des widerstandes mitten im herz der mörderischen kapitalmaschinerie lodert.

Als bewegung müssen wir weg vom kurzfristigen denken, vom märtyrergedanken und dem glauben, dass wir nichts ausrichten können. Wir können was ausrichten. Ziemlich viel sogar. Wir können das investitionsrisiko sein, das wir so oft zitieren, nicht nur mit riesigen besetzungen, wie lützi eine war, und auch ohne riesige massenaktionen: Wir sollten uns der macht bewusst werden, die wir besitzen, da die infrastruktur des zerstörungssystems offen vor uns liegt und es unmöglich ist die gesamtheit der fossilen struktur zu schützen.

Unserer wahrnehmung nach ist der widerstand noch ein flämmchen, das gehütet werden muss, damit die repressionsbehörden es nicht zerschlagen, ehe es heiß genug wird, um sie zu verbrennen. Wir brauchen KOLLEKTIVE LÖSUNGEN für gruppenübergreifende sicherheitsrisiken. Klandestinität, langfristige sichere netzwerke und nachhaltigkeit im aktivismus sind nur einige punkte einer liste, die die bewegung noch lernen und verbessern muss.

Weil die von uns attackierten strukturen (leider tatsächlich) verflucht resilient und robust gebaut sind, ist es (oft) ratsam leichter zugängliche aktionsziele zu wählen, die umso häufiger angegangen werden können und deren abläufe übertragbar sind. Was bringt euch der eine große wurf, der extrem risikoreich ist und vielleicht doch nicht funktioniert? Bringen nicht dutzende und dutzende aktionen und gruppen mehr, die überall jederzeit angreifen können und dabei viel schwieriger zu überwachen sind, als die eine gruppe, die diese eine große aktion durchzieht? Ist nicht ein antikapitalistisch-intersektionaler flächenbrand viel effektiver, als ein einzelnes kurzweiliges feuerwerk?

Dennoch finden wir: WENN SCHON, DENN SCHON- und dann so richtig. Benzin alleine reicht nur in rauen Mengen, mussten wir feststellen. So richtig lohnt es sich in kombination mit brennpaste, napalm und allem, das euch an brennbarem einfällt und erreichbar ist. Kohleförderbänder bestehen aus zentimeterdickem hartem gummi und sind im innern mit

metallsträngen verstärkt, brennen daher sehr schlecht. Kabelstränge und co. brennen auch nicht gut, solange die isolierung intakt ist und es dauert, bis die durchgeschmort ist. Daher lohnt es sich auf wunde punkte im betriebsablauf der maschinen zu zielen (also: was braucht die maschine, um zu funktionieren?). Die securitys sind, soweit wir es abschätzen können, immer wachsamer und zahlreicher geworden und sind zunehmend schnell an den aktionsorten. Ob sie mittlerweile feuerlöscher im auto haben? Das wissen wir nicht. Aber nehmt brennstoff mit, als ob dem so sei.

Learnings und beobachtungen querbeet:

Die „sicherheitsmaßnahmen“ von rwe sind insbesondere, aber nicht mehr nur zu spezifischen terminen erhöht. Auch die aufmerksamkeit für sabotaageaktionen ist (zumindest ein wenig, zumindest szeneeintern) gestiegen. Auch deshalb ist es umso wichtiger, dass die sicherheitsstandards beim scouten nicht geringer sind, als in aktionen. Auch das vorherige absprechen von abbruchkriterien und kommunikationsmethoden ist essenziell für das gelingen von aktionen. Lieber brecht ihr einmal ab und seid weiterhin aktionsfähig, als dass ihr eine aktion übers knie brecht und im knast landet, traumata oder weiteres davontragt.

Wenn ihr nicht super-duper-reichweitenstarke funken habt, vereinbart vor der aktion morsecodeartige funkklicks oder was-auch-immer, um auch bei schlechtem funkkontakt (wenn worte nicht mehr verständlich sind) informationen austauschen zu können. Nehmt so viele hände, ohren und köpfe mit in aktion, dass währenddessen noch hände, ohren und köpfe frei sind. „Gerade genug“ hände, ohren und köpfe können schnell überfordert sein, wenn situationen sich doch anders darstellen, als erwartet. Sich nicht zu übernehmen ist nicht leicht und wird nicht leichter, wenn routine dazukommt: Routine ist gut, aber auch gefährlich. Die beste routine ist dazu in der lage die einfachsten dinge zu übersehen: Seien es treffpunkte, todos oder anderes, das schnell selbstverständlich wird.

Und seid euch auch bewusst, dass ihr als aktionsgruppe nicht (nur ;) dazu da seid euch ins aktivistsche burnout zu treiben, sondern dass zu nachhaltigem aktivismus auch pausen und reflektionszeit gehören.

Aus unserer sicht gibt es in vielen gruppen gegensätzlich verlaufende probleme: Manche scheuen sich vor arbeitsteilung und andere lassen die zahl an ags überhandnehmen. Dazu wollen wir gesagt haben: Nicht alle müssen an jeder vorbereitung teilhaben (need-to-know!), demnach sind auf gewisse teilbereiche spezialisierte arbeitsgemeinschaften sinnvoll. Aber nicht alles braucht eine ag. Ein „zu viel“ an struktur kann prozesse lähmen.

Learnings betreffend den Nobelkarosentod 2.0.

Leider müssen wir euch mitteilen, dass ein großteil der onlinere Ressourcen veraltet oder aus anderen gründen nicht auf die realität eines westdeutschen industriestandortes der 2020er übertragbar ist. Vieles muss neu gedacht werden. Die zeitzündung, auf die wir uns beziehen, findet ihr in der prisma, bilder der relevantesten seiten haben wir hier angefügt.

[Anm. der Red.: Die Anleitung für einen besseren Brandsatz haben wir rausgenommen. Es gibt Zeitschriften, die klandestinere Arbeitsbedingungen haben als wir. Dort findest du sie. Z.B. Interim Nr. 834]

Was bleibt zum schluss noch zu sagen? Seid euch bewusst, dass die repressionsbehörden das hier auch lesen und seid (auch) bei der beschaffung der materialien dementsprechend vorsichtig. Falls die hier hochgeladenen dateien auf irgendeine weise unbrauchbar sind, werden sie bald separat hochgeladen. Wir machen selbstverständlich weiter und hoffen, dass unsere erfahrungen anderen helfen. Seit oktober ist die waldzerstörungssaison wieder eröffnet, die regierungsampel steht auf halbzeit und faschist*innen, schwurbler*innen und konsort*innen schwelgen im umfragehoch. Es gibt wie immer viel zu viel zu tun.

In diesem sinne und vollständig ohne pathos:

Wir waren,
Wir sind,
Wir werden sein - wo wir nicht erwartet werden.

GAFFA

Kämpfe für Bewegungsfreiheit

Update vom Mittelmeer

Der 12. September 2023 war ein besonderer Tag: Allein 5000 Menschen erreichten die kleine italienische Insel Lampedusa per Boot. Der dortige Hotspot mit Kapazitäten für 400 Personen konnte die Menschen weder mit dem Nötigsten versorgen, noch sie alle aufnehmen. Die Angekommenen konnten also nicht wie gewöhnlich in den abgelegenen Hotspot verbannt werden, bevor sie wie üblich nach Sizilien verschifft wurden. Statt dessen suchten sie im Ort nach etwas zu Essen und zu Trinken und die lokale Bevölkerung bereitete ihnen ein solidarisches Willkommen.

Die meisten der Angekommenen waren von Tunesien aus aufgebrochen, auf schlecht geschweißten Booten aus Eisen. Aus Tunesien fliehen sie vor der rassistischen Menschenjagd auf Schwarze Menschen, der sie seit der rassistischen Hassrede des Tunesischen Autokraten Kais Saied im Februar 2023 ausgesetzt sind. Schwarze Menschen dürfen in Tunesien keine Unterkünfte mehr mieten und keine Arbeit vermittelt bekommen, sie dürfen nicht den öffentlichen Nahverkehr nutzen oder über ein Bankkonto verfügen, sie sind seit Februar in Tunesien vogelfrei. Versuchen sie, übers Meer zu fliehen, werden sie meist von der Tunesischen Küstenwache aufgehalten, die ihnen auch die Motoren der Boote geklaut, lokalen Fischern ist es verboten, ihnen zu helfen.

Inzwischen werden die Menschen danach häufig zurück aufs tunesische Festland geschafft und per Bus im Grenzgebiet nach Libyen oder Algerien ausgesetzt – in eine militarisierte Wüstenregion, die für Hilfsorganisationen nicht zugänglich ist. Dutzende Menschen sind dort inzwischen verdurstet. Die EU arbeitet derweil weiter an dem Abkommen mit Kais Saied, denn Tunesien soll der EU möglichst abgelehnte Asylbewerber*innen zurücknehmen. Bisher gibt es ein Abschiebeabkommen mit Tunesien nur bilateral mit einigen Staaten. Zuletzt ging es allerdings kaum voran, manche erklären das Abkommen gar für gescheitert.

Die Tunesische Küstenwache wird derweil mithilfe der EU massiv aufgestockt, in Deutschland unterstützt die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) Tunesien mit Schiffen und Überwachungsequipment und der Einrichtung eines Koordinationszentrums und der Anerkennung der Tunesischen Such- und Rettungszone (SAR-Zone). Wichtigstes Ziel der

EU ist es darüber hinaus, Tunesien als „Sicheren Drittstaat“ anerkennen zu lassen und als „sicheren Hafen“, um Gerettete nicht mehr nach Europa bringen zu müssen. Zum Vergleich: Libyen gilt als nicht sicher, weshalb es Schiffen mit Europäischer Flagge rechtlich untersagt ist, Menschen dort auszusetzen. Dafür wurde 2016 die sog. Libysche Küstenwache geschaffen, die seitdem für Europa Flüchtende, die von Libyen aus das Boot nehmen, auf dem Meer aufgreift und sie gegen ihren Willen zurück zwingt (Pullbacks). Die Überwachungsflugzeuge von Frontex und der EU-Militärmission Eunavfor Med übermitteln dafür die GPS-Positionen der Boote direkt an die Schaltzentralen der Italienischen bzw. Libyschen Küstenwache.

Tunesien ist nicht Libyen, aber trotzdem kein sicherer Ort für Migrant*innen und für Teile der eigenen Bevölkerung. Tunesiens Wirtschaft ist zudem derart am Ende, dass dort Grundnahrungsmittel für die Allgemeinbevölkerung kaum erhältlich sind. Bekannt für seine starke soziale Bewegung, die 2010 die Jasminrevolution auf die Straße und den Autokrator Ben Ali zu Fall brachte, sind in Tunesien aktuell keine umwälzenden Proteste zu erwarten, es herrscht kaum die für Proteste nötige Hoffnung auf Veränderung. Aktuell gehen die Menschen allerdings für etwas anderes auf die Straße: Die größten Proteste Tunesiens seit 2010 richten sich gegen die Angriffe Israels auf den Gaza-Streifen.

Sog. „Sichere Drittstaaten“ und Migrationsabkommen sind wichtigste Werkzeuge für die EU, um sich Flüchtende möglichst vom Hals zu halten. Zum einen sollen sie zur Aufnahme von Abgeschobenen dienen, die EU-Staaten wünschen sich eigentlich, dass nicht nur die jeweiligen Staatsangehörigen, sondern Abgeschobene aller Staaten aufgenommen würden. Außerdem sollten nach Wunsch der EU-Staaten Asylverfahren am liebsten außerhalb der EU stattfinden. Italiens faschistische Ministerpräsidentin Meloni versucht letzteres gerade mit dem EU-Beitrittskandidaten Albanien. Von der Italienischen Küstenwache und Zollpolizei gerettete Geflüchtete sollen demnach direkt in zwei Haftlager auf albanischem Boden geschafft werden, von dort Asyl beantragen und bei Ablehnung direkt abgeschoben werden. Die Auslagerung von Asylverfahren ist bislang allerdings nach EU-Recht nicht möglich, außerdem sehen Fachleute diverse praktische Hindernisse beim Abkommen mit Albanien.



Bislang hat jedenfalls die faschistische Regierung Italiens die Menschen auf der Flucht nicht sonderlich beeindruckt: Bis November kamen 145.000 Menschen auf Booten in Italien an, deutlich mehr als in den vergangenen Jahren.

Für Deutschland prüft Kanzler Scholz aktuell, ob die ehemalige deutsche Kolonie Ruanda nicht als „sicherer Drittstaat“ für Abschiebungen und ausgelagerte Asylverfahren zur Verfügung stehen könnte. Großbritannien hatte schon im vergangenen Jahr dorthin abschieben wollen, gerade hat der dortige Supreme Court bezweifelt, dass Ruanda als „sicher“ bezeichnet werden könne. Premierministerin Rishi Sunak hält dies nicht davon ab, den Plan weiterzuverfolgen. Nancy Faeser und Deutschlands Abschiebungsbeauftragter Joachim Stamp sind derzeit auf dem afrikanischen Kontinent unterwegs. Der Wunsch, Asylverfahren nach Afrika auszulagern, ist indes schon mehr als 10 Jahre unerfüllt. Die ehemaligen Kolonialstaaten sind sich der Kontinuitäten wohl bewusst, die mit den europäischen Forderungen als Türsteher für Europa einhergehen und haben den EU-Staaten in der Vergangenheit mehr oder weniger die kalte Schulter gezeigt. Und in der aktuellen Serie von Putschen in Mali, Burkina Faso, Gabun und dem Niger wächst zumindest der Hass auf den ehemaligen Kolonisatoren Frankreich.

In Griechenland sind 2023 bislang rund 40.000 Menschen per Boot angekommen, so viele wie lang nicht mehr. Die Ankünfte auf den griechischen Inseln aus der Türkei steigen erfreulicherweise wieder etwas, die meisten Menschen kommen aus Palästina, Syrien und Afghanistan. Auf den Ägäischen Inseln werden sie sofort in die neuen Haftlager gesteckt.

Das dortige Hotspot-System der Entrechtung ist Vorbild für das neue europäische „Gemeinsame Asylverfahren“ (GEAS), das bis zur Europawahl im Juni 2024 beschlossen werden soll. Vergleichbare Haftzentren sollen entlang der EU-Außengrenzen entstehen, um Ankommende zu inhaftieren, sie können dort Asyl beantragen, das aber meist abgelehnt wird, da nicht mehr nach individueller Verfolgungsgeschichte, sondern nach Einreise über Drittstaaten entschieden wird. Der Rechtsweg ist theoretisch eingeschränkt möglich und praktisch ausgeschlossen. Direkt aus den Haftlagern soll möglichst abgeschoben werden, realistisch gesehen werden Menschen dort über Jahre inhaftiert bleiben, wie die Situation auf den griechischen Inseln uns bereits vorführt. Zwar verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte vor kurzem die Lebensbedingungen von Geflüchteten im smarten Freiluftknast aus Stahl auf Samos als entwürdigend und unmenschlich, ändern wird das Urteil aber nichts – so viel zu den Möglichkeiten rechtlicher Einflussnahme.

Die beständigen Gesetzesverschärfungen in Deutschland und auf EU-Ebene zielen auf Abschreckung, das sich zunehmend weiter brutalisierende Grenzregime fördert statt dessen Gewalt und Demütigung der Menschen auf der Flucht. In den nächsten Jahren ist eine massive Zunahme von illegalisierten Menschen zu erwarten, die versuchen werden, die repressiven Neuerungen des Grenzregimes zu umgehen.

Menschen werden sich aber nicht abhalten lassen, sich weiterhin ihr Recht auf Bewegungsfreiheit zu nehmen. Entschiedenheit und lokale bis transnationale Beiträge gegen das Grenzregime und für Bewegungsfreiheit sind also weiterhin gefragt.

FÜRSORGE UND DER SÜSSE DUFT VON DYNAMIT!

Dokumentation:

Kommuniqué Jahr 1. Nummer 1.

„Frauen, Sklavinnen des Sklaven: Ermutigt eure Gefährten, das Joch abzuschütteln, das uns alle gleichermaßen unterdrückt. Weist die Lügen der Henker zurück: werft ihre „Reliquien“ und ihre lächerlichen Hampelmänner auf die Schnauze und verstärkt die Reihen der libertären Frauen, die, vereint mit den Rebellen, Propaganda machen, mit der Feder, dem Wort und auch mit dem Gewehr oder dem Dynamit, und die Höhlen zerstören, in denen die Wölfe der Macht, des Geldes und der Religion hausen. Vorwärts libertäre Frauen!“ (Francisca J. Mendoza)
¡Tierra! Nr. 481, 28. Dezember 1912

Am 9. September 2023 gegen 22 Uhr platzierten wir einen Sprengsatz aus Dynamit und Butangas in einem Lastwagen in der 31. Straße in Escárcega, Campeche, mit der Absicht, den Krieg gegen den Dschungel zu sabotieren, den die mexikanische Regierung mit dem Bau des so genannten „Tren Maya“ führt.

I. ES IST NICHT NUR EIN ZUG UND ER IST NICHT MAYA!

Es handelt sich um ein Projekt der Zerstörung durch territoriale Neuordnung, das darauf abzielt, ein Modell der „Entwicklungspole“ zu etablieren, dessen Auswirkungen die Ausweitung vollständig kapitalistischer Verhältnisse auf der Halbinsel Yucatan sein werden, was Proletarisierung, Zwangsumsiedlung, allgemeine Umweltverschmutzung, Enteignung und die Zerstörung unserer Lebensweisen zur Folge haben wird.

WIR AKZEPTIEREN ES NICHT.

Dieses Projekt wurde durch die Arbeit der militaristischen Staatsmaschine in Zusammenarbeit mit den Agrarmafias, die seit der Kolonialzeit auf der Halbinsel Yucatan tätig sind, durchgesetzt; und bei den manipulierten „Konsultationen“, die durchgeführt wurden, wurden wir Frauen der Region nie nach unserer Meinung gefragt.

DESHALB MUSSTEN WIR AUF DIE PROPAGANDA DER TAT ZURÜCKGREIFEN, UM UNSERE ABLEHNUNG DES PROJEKTS DEUTLICH ZU MACHEN.

Wir wollen nicht, dass der Wald zerstört wird! Wir wollen nicht, dass unsere gemeinschaftliche Lebensweise aufgegeben wird! Wir wollen nicht,

dass unsere Töchter ihre Köchinnen, ihre Dienerinnen oder ihre Vergewaltigungsobjekte werden! Und das ist es, was die Gewalt ihrer „Entwicklung“ mit dem Zug uns bietet. Unsere Töchter werden frei sein, frei wie der Dschungel! Wir wollen keine Gewalt, aber es sind die Regierung und die ausbeutende Bourgeoisie, die unsere Lebensweise, unsere Körper, unsere Territorien mit Gewalt zerstören! Und wir werden uns wehren! In diesem Szenario von Amphitheatern und Verwüstung, das sie uns aufzwingen wollen, muss die Ethik der Fürsorge in unseren Händen den süßen Duft von Dynamit annehmen!

II. DIE VERKLEIDUNG DER FRAUEN. PATRIARCHALE SCHALE

Heute rühmen sich die Kommentatoren der Macht – als wäre es ein „Durchbruch“ – dass bei den nächsten Wahlen in dem vom mexikanischen Staat besetzten Gebiet Frauen die Präsidentschaftskandidaten sein werden. Als ob allein die Veränderung des Körpers die Politik verändern würde. Aber wir wollen diesen Damen sagen, dass ihr bürgerlicher, weißer, rassistischer, elitärer Feminismus Quatsch ist, den wir nicht verdauen werden. Denn uns ist klar, dass der Staat die Rechtsform ist, die die Gewalt des Patriarchats, des Kapitals und des Kolonialismus organisiert, um uns zu unterjochen. Deshalb muss der Staat angegriffen werden, denn er ist die Quelle der patriarchalischen Gewalt! NICHTS, WAS VOM STAAT KOMMT, WIRD NICHTS SEIN, AUßER PATRIARCHALISCHE GEWALT UND RASSISMUS, WIE VIEL MASKE SIE MIT EINEM FRAUENKÖRPER AUFTRÄGEN!

Wir sind keine Frauen des Dschungels, wir sind der Dschungel, der sich selbst verteidigt! Von irgendwo im Dschungel auf der Halbinsel Yucatan, Koordinationskomitee der anarchistischen Frauen zur Verteidigung unseres Körperterritoriums. Freiheit für die anarchistischen Gefangenen! Monica Caballero, Francisco Solar und Alfredo Cospito, Freiheit!

p.s.. Wir grüßen die Gefährtinnen des informellen feministischen Kommandos der antiautoritären Aktion, die in anderen Orten des besetzten mexikanischen Territoriums Aktionen durchgeführt haben, weil sie uns inspiriert haben, diesen Weg zu gehen.

anonym



Der Angriff auf Rojava ...

Den Angriff des Faschismus stoppen!

von: *Internationalist*innen aus Kurdistan*

Der nahe Osten brennt. Krieg in Palästina und in Israel. Die Hisbollah reklamiert jetzt auch mit ihren Angriffen in den letzten Tagen der palästinensischen Sache zu dienen. Das syrische Regime bombt, nach dem verheerenden Angriff auf eine ihrer Militärschulen mit mehr als 100 Toten, Idlib in Stücke.

Ignoriert von der deutschen Mainstream Presse hat das türkische faschistische Regime in Rojava die umfangreichste Angriffswelle seit der Invasion von Serekaniye vor genau 4 Jahren gestartet. Neben massivem Beschuss in den gesamten Frontabschnitten, wurden über 50 gezielte Angriffe gegen fast ausschließlich kritische zivile Infrastruktur mit Kampfdrohnen und Kampfbombern geflogen.

Das primäre Ziel war die Stromversorgung der autonomen Region. Die systematische Zerstörung der gesamten Umspannstationen hat 60% des gesamten Netzes außer Kraft gesetzt. Des Weiteren wurde die Öl-Industrie angegriffen, was natürlich massive ökonomische Folgen hat, aber auch im Hinblick auf Verknappung des Diesels vor allem die Zivilbevölkerung in den nächsten Monaten schwer treffen wird. Wir könnten die Liste jetzt ewig fortsetzen. Wir könnten davon reden, wie nach monatelanger Blockade des Euphrat-Flusses, die Türkei jetzt auch noch die Pumpstationen zerstört hat und Millionen von Menschen vom Trinkwasser abschneidet.

Wir könnten lamentieren, dass Erdogan diese klaren Kriegsverbrechen auch noch öffentlich im Vorhinein ankündigt. Doch was wichtig ist dabei zu begreifen ist, dass es sich hierbei nicht um irgendeine Singularität handelt oder als Reaktion auf den Angriff in Ankara gesehen werden sollte.

Es ist die Fortsetzung der Politik des faschistischen türkischen Regimes die nur ein Ziel hat. Den Genozid an der kurdischen Bevölkerung und deren Assimilierung in Erdogans Großmachtfantasien.

Dabei geht es überhaupt nicht primär um die PKK, sondern es geht um den Angriff auf die kurdische Freiheitsbewegung, die kurdische Autonomie und die Zerstörung der multi-ethnischen demokratischen Revolution in Rojava. Die gezielte Aktion der PKK auf das türkische Innenministerium wird dabei nur als Vorwand zum Angriff auf Rojava genutzt. Die Angriffe haben keinerlei substantielle direkte Folgen auf die militärischen Selbstverteidigungskräfte in Nordsyrien. Es geht nur darum die Situation der Zivilbevölkerung bis ins Unmögliche zu verschlimmern. Die Angriffe der Türkei, das wirtschaftliche Embargo und das internationale Komplott gegen die demokratischen Kräfte zielen auf die innere Zersetzung der Selbstverwaltung ab. Eine sozialistische Revolution im nahen Osten kann unter keinen Umständen geduldet werden.

Dass es bei der systematischen Zerstörung der Lebensgrundlage von Millionen von Menschen, der Tod von Zivilisten nicht nur in Kauf genommen, sondern bewusst forciert wird, zeigt nicht nur die seit Monaten anhaltende Mordkampagne durch Kampfdrohnen des türkischen Regimes, sondern unter anderem die Luftschläge der letzten Tage. Bei diesen wurden nicht nur auf einen Schlag 29 Mitglieder der Antidrogen-Einheit der Inneren Sicherheitskräfte getötet, sondern es wurden auch Feldarbeiterinnen, Familien und wie unter anderem am 9.10. in Ain Issa zwei Kinder umgebracht.

All dies steht im Zusammenhang der genozidalen Politik gegen die kurdische Bevölkerung. Es ist die Fortsetzung der Zerstörung von 5000 Dörfern und Ermordung tausender Kurden in Nordkurdistan Ende der 90er; des Kriegs der NATO gegen die Volksverteidigungskräfte und damit auch den Einsatz von Chemiewaffen gegen die Guerilla in den Bergen; des mörderischen Angriffs des IS gegen die Bevölkerung Nordsyriens; des Einmarsches türkischer Truppen und islamistischer Banden in Afrin, Serekaniye und Gire Spi und der Ermordung und Vertreibung tausender KurdenInnen, AssyrerInnen, ChristInnen und AraberInnen.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch die Angriffe der PKK-Einheit in Ankara sehen.

Wo es vor der Wahl Mitte 2023 in der Türkei noch Illusionen gab dem faschistischen Regime auf zivil gesellschaftlicher Ebene irgendwie Einhalt bieten zu können, sieht die momentane Realität vollkommen anders aus. Tausende die ihre Stimme in der Türkei erheben, werden umgehend eingeknastet, sind massiver Folter und Isolation ausgesetzt. Auch nach Haftstrafen von 20-30 Jahren kommt es ohne Reuebekenntnis zu keiner Entlassung, wie auch bei der jahrelangen Totalisolation von Abdullah Öcalan. Versammlungen und oppositionelle Organisationen gegen das Regime werden massiv angegriffen. Erdogan hat die Türkei zu einer faschistischen faktischen präsentalen Diktatur umgebaut, in welcher jede Form oppositionellen Verhaltens massiv verfolgt wird. Gerade auch die Gleichschaltung der Medien und Justiz, sowie bürokratische Manipulationen, wie bei den Wahlen, werden jede Möglichkeit der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme verunmöglicht.

In dieser Situation, ist die einzige Möglichkeit der Selbstverteidigung der demokratischen Kräfte, die Offensive und das faschistische Regime unfähig anzugreifen. Die scheinbare Hegemonie des Faschismus und die Schockstarre der eigenen Kräfte muss jetzt überwunden werden.

Was wir hier sehen ist die faschistische Türkei in einem imperialen Krieg. Nicht nur in Syrien, sondern auch in Armenien, Libyen und dem Nordirak. Es geht um die Ausweitung ihrer Einflusszonen.

Das Schweigen Deutschlands ist nicht nur in dem Asypakt mit dem faschistischen Regime begründet. Deutschland leistet seit Jahrzehnten umfangreiche militärische Hilfe und ist aktiv am Genozid an der kurdischen Bevölkerung beteiligt. Nicht nur für die Türkei, sondern auch für die NATO und somit Deutschland stellt die sozialistische demokratische Revolution im Nahen Osten nicht nur im Kampf um Einflusszonen eine Katastrophe da.

Vor allem stellt es auch immer eine Bedrohung für die imperiale Ausbeutungslogik und liberale Werteordnung dar, wenn die Unterdrückten dieser Erde die Waffen und damit auch ihr eigenes Schicksal wieder in die eigene Hand nehmen. Die Revolution der freien Frauen Kurdistans und der weltweiten Frauenbewegung stellen nicht nur den Nahen Osten auf den Kopf, sondern erschüttern das patriarchale System in seinen Grundfesten. Die FreundInnen in den Bergen sind eine unmittelbare Gefahr für das türkische Regime und dementsprechend versucht Erdogan, zwar erfolglos, aber mit einer Vielzahl Armeekräfte und chemischen Waffen die Guerilla irgendwie zurückzudrängen.

Wenn wir uns selber als antifaschistische Kräfte sehen, müssen wir uns auf die Seite der Selbstverteidigungskräfte Rojavas stellen. Der Angriff des Faschismus auf die Selbstverwaltung und auf die Frauenrevolution ist ein

Angriff auf alle revolutionäre Kräfte weltweit. Es ist ein Angriff auf unsere gemeinsame Utopie.

Wenn wir uns selber als antifaschistische Kräfte sehen, müssen wir uns auch an die Seite der antifaschistischen KämpferInnen stellen, die frontal den Faschismus angreifen. Die Guerilla in den Bergen Kurdistans, die PKK und alle revolutionären Kräfte in der Türkei stellen dabei die vorderste Front dar. Dabei wurde mit mit HBDH durch die PKK und türkische revolutionäre Kräfte ein gemeinsames Bündnis geschaffen.

Wir dürfen nicht die faschistische Entwicklung in der Türkei oder in Europa, vereinzelt betrachten.

Wir brauchen eine weltweite gemeinsame Stärke und Front gegen den Faschismus.

Wir rufen zu Aktionen aller Art gegen den türkischen Faschismus auf. Zeigt Solidarität mit dergesellschaftlichen Selbstverteidigung vor Ort. Stoppen wir gemeinsam den Vormarsch des Faschismus! Und natürlich das PKK-Verbot aufheben!

Rückblick auf Theodore J. Kaczynski

Ein antitech Anarchist und ein komischer kleiner Mann

Am 10. Juni 2023 starb Theodore J. Kaczynski (Ted K), nachdem er sich in seiner Gefängniszelle erhängte. Ted war, wie es im Wikipedia Eintrag über ihn zu lesen ist, ein amerikanischer Mathematiker und Terrorist.

Ted hatte einen PhD für Mathematik von der Universität von Michigan, wo er sich auf das heute relativ ausgestorbene Feld der geometrischen Funktionstheorie spezialisierte. Nach seinem Studium übernimmt er eine Assistenzprofessur an der UC Berkley, um genug Geld zu verdienen, um eine Hütte in den Wäldern von Montana zu erwerben. 1969 kündigt er und zieht 1971 nach Lincoln, Montana. Kaczynskis Umzug nach Montana wird durch den Wunsch angetrieben ein selbstgenügsamen autonomes Leben außerhalb der industriellen Zivilisation zu führen. Schon während seinem Bachelor in Harvard beginnt er seine Antitechnologie Philosophie zu entwickeln.

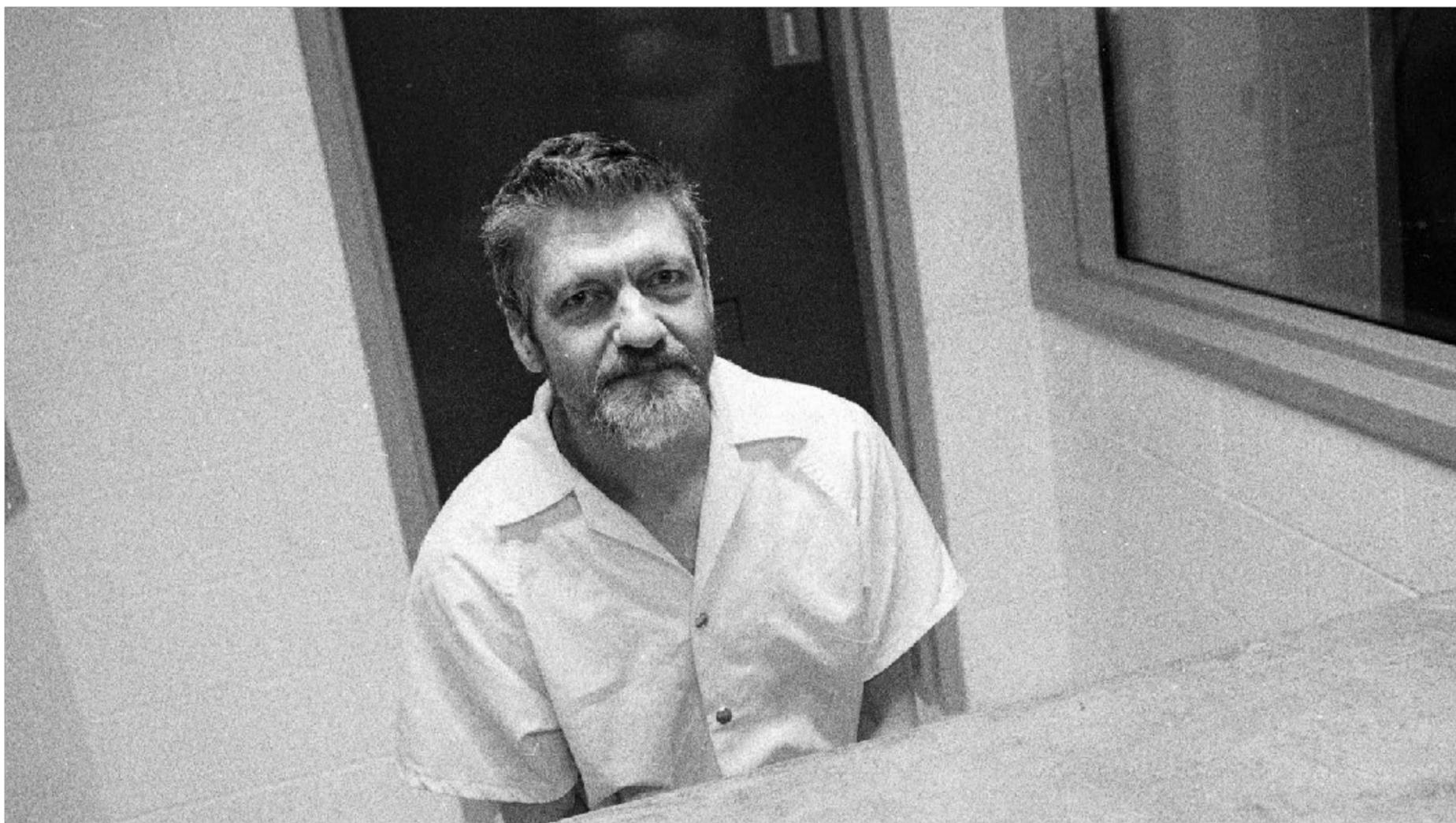
Sein Rückzug in den Wald wird von der Sehnsucht getragen, in einer friedlichen Koexistenz mit der wilden Natur zu leben, in die fortwährend durch neue Bauwerke, die Forstwirtschaft und den Flugverkehr weiter eingedrungen wird.

1975 beginnt er ökologisch motivierte Sabotagen zu begehen. Er sabotiert Motorcross Strecken im Wald, begeht Brandstiftungen gegen die

Forstwirtschaft, sabotiert Minen und zerstört leerstehende Ferienhäuser, um nur ein paar seiner Taten zu nennen. 1978 versendet er seine erste Briefbombe an Buckley Crist, einen Professor für Ingenieurwesen spezialisiert auf Materialkunde an der Northwestern University in Chicago, Illinois. Kaczynski wird fortfahren und in einem Zeitraum von fast 20 Jahren insgesamt 16 Briefbomben an Uniprofessoren für Wissenschaft und Technologie versenden, sowie an führende Chefs und Vorarbeiter des techno-industriellen Komplexes. Vom FBI wird der Tatkomplex um Kaczynski eingangs als „UnAbomb“ bezeichnet, als ein Kofferwort für university and airline bomber, woher auch die Bezeichnung Unabomber für Kaczynski stammt.

1996 sendet Ted sein Manifest mit dem Titel ‚Die Industrielle Gesellschaft und ihre Zukunft‘ an führende Zeitungen in den USA, dieser Text beginnt mit der heute berühmten Zeile: „Die industrielle Revolution und ihre Folgen sind eine Katastrophe für die Menschheit.“ Der Text war signiert mit Freedom Club, mit dem auch vorangegangene Bombe gezeichnet wurden, viele der Sprengvorrichtung waren mit den Buchstaben ‚FC‘ versehen. Das Manifest baut auf verschiedenen Einflüssen auf.

Die Hauptquelle ist ‚Die Technologische Gesellschaft‘ des christlichen Anarchisten Jaques Ellul, in welchem Ellul die „Technique“ analysiert in ihrer Rolle die rationale Effizienz der Gesellschaft immer weiter zu maximieren. Er argumentiert, dass die Technik eine autonome gesellschaftliche Kraft



geworden ist, die eine immer perfektere Effizienz vorantreibt. Ellul argumentiert, dass Menschen schlecht angepasst sind, um in einer industriellen Gesellschaft zu leben, weshalb folglich Techniken entwickelt werden, um sie daran anzupassen.

Ted zieht auch von Elluls Kritik an Linken und am Aktivismus, die dieser so ausdrückt: „(...) gesellschaftliche und intellektuelle Bewegungen waren erfolgreich darin den aggressiven Instinkten der Menschen die Zähne zu ziehen und darin sie in die technologische Gesellschaft zu integrieren.“ Weitere Einflüsse umfassen den Zoologen Desmond Morris' ‚Der Menschliche Zoo‘, dem Kaczynski die Konzepte von „Ersatzhandlungen“ und den „Power Process“ entlehnt, genauso wie Martin Seligmans ‚Helplessness. On Depression, Development and Death‘ für dessen Konzept der „erlernten Hilflosigkeit“. Das FBI ermutigt die Medien das Manifest zu veröffentlichen, wegen der erhofften Möglichkeit, dass jemand den Schreibstil oder die Ideen erkennen könnte. Und jemand tut das tatsächlich. David Kaczynski verrät seinen Bruder ans FBI und am 3. April 1996 wird Teds Hütte in Montana durchsucht und er wird verhaftet. Ihm wird der Prozess gemacht und er wird zu dreimal lebenslänglich verurteilt, von denen er den Großteil in der Hochsicherheitseinrichtung FDC Florence verbringen wird, bis er in das Gefängnis Krankenhaus in NC überstellt wird, nachdem er mit Krebs im Endstadium diagnostiziert wird. Dort erhängt er sich im Alter von 81 Jahren.

Einem Bericht aus dem Jahre 2000 zu folge, gab das FBI 50 Millionen Dollar aus um ihn zu suchen. Wie man es sich von jemandem, der über fast zwei Jahrzehnte Bomben verschickt hat, vorstellen kann, ist Ted eine kontroverse Figur.

Dieser Text konzentriert sich auf ihn und seine Rezeption in einem anarchistischen Kontext. Es gibt viele Anarchist*innen, die, ohne Zwischentöne zu kennen, behaupten, Ted wäre ein Ökofaschist gewesen, genauso wie sie seinen Einfluss auf den Anarchismus schlicht und ergreifend leug-

nen. Wahrscheinlich ist dies in erster Linie Ignoranz geschuldet darüber, welche Ideen der Freedom Club vertreten und verbreitet hat. Das begründete Ziel des FC aus einem Brief an den San Francisco Examiner von 1985 war: „(...) die komplette und permanente Zerstörung der modernen industriellen Gesellschaft in jedem Teil der Welt.“ Der Freedom Club entwickelt im selben Brief eine Haltung gegen Linke: „Der Freedom Club ist strikt antikommunistisch, antisozialistisch, anti-links. Ein Grund dafür ist, dass die Linke eine konsistente historische Erfolgsquote dafür hat rebellische Bewegungen jeder Art unabsichtlich (wenn es nicht gar absichtlich war) zu untergraben und sie in linke Bewegungen zu verwandeln (...). Deshalb distanziert sich der Freedom Club komplett von jeder Form des Linkstums. Das bedeutet nicht, dass wir in irgendeiner Art und Weise eine rechte Bewegung sind. Wir sind apolitisch. Politik ist eine Ablenkung von den wirklichen Problemen.“

Der Brief wird damit beendet dass der FC behauptet, dass sie den Terrorismus nicht leichtfertig aufgenommen hätten:

„Denkt nicht wir wären Sadisten oder Adrenalin-Junkies oder dass wir den Terrorismus leichtfertig aufgenommen hätten. (...) Wir wurden erst Terroristen nach den ernstesten Überlegungen.“

Es ist gut möglich, dass das „apolitisch“, auf das sich oben bezogen wird, nahe an einer antipolitischen Haltung ist von gegenwärtiger anarchistischer Theorie. Dafür gibt es Hinweise z.B. in der im Bekennerschreiben ‚Live Wild or Die‘: „Das ist eine Nachricht der anarchitischen Terrorgruppe FC.“ In einem Brief an Warren Hoge von der New York Times, bestätigt FC ihren Anarchismus und stellt klar: „In unseren früheren Briefen haben wir uns als Anarchisten bezeichnet. Da „Anarchist“ ein vages Wort ist, das auf eine Reihe von Haltungen angewandt worden ist, ist weitere Erklärung notwendig. Wir nennen uns Anarchisten weil wir im Idealfall die Ge-

sellschaft in sehr kleine und vollständig autonome Einheiten herunterbrechen wollen. (...) Unser unmittelbares Ziel (...) ist die Zerstörung des weltweiten industriellen Systems. Durch unsere Bombenkampagne hoffen wir gesellschaftliche Instabilität in der industriellen Gesellschaft zu fördern, anti-industrielle Ideen zu propagieren und jene zu ermutigen, die das industrielle System hassen.“ Folgerichtig könnte man hergehen und FCs genannte Ziele und Ideen, wie sie bekannt sind, und die behauptet apolitische Haltung durch die Linse eines gegenwärtigen anti-politischen Anarchismus betrachten.

Dadurch könnte man verstehen, dass sich FC zumindest als anti-politische, anarchistische, Terroristen verstanden haben. Aus diesen Statements wird es unwahrscheinlich, dass sich Kaczynski mit faschistischer Politik oder Ideologie identifiziert hat. In einem Brief aus dem Gefängnis betitelt ‚Eco-fascism: An Aberrant Branch of Leftism‘ (Ökofaschismus: Ein abweichender Ast des Linkstums) beschreibt er zwei Kriterien für Ökofaschismus, wie er ihn versteht:

I. Sie unterstützen nicht die totale Zurückweisung der modernen Technologie, stattdessen wollen sie eine Gesellschaft erschaffen in der Technologie „begrenzt“ und „weise“ eingesetzt wird zum Wohle der ökologischen Gesundheit des Planeten.

II. Sie unterstützen wenn nicht weiße Vorherrschaft dann zumindest weißen Separatismus. Im ersten Kriterium etabliert er, dass sie (die ÖkofaschistInnen) nicht dasselbe wollen wie er, eine totale Zurückweisung der modernen Technologie. Er führt weiter aus, dass ÖkofaschistInnen eine geplante Gesellschaft wollen, die sich einreicht in die sozialistische Ideologie, also ins Linkstum. Ted beschreibt weiter, dass: „Die wahre antitech Bewegung“, für die er eintritt, „jede Form des Rassismus oder des Ethnozentrismus zurückweist.“ Das ist eine klare Distanzierung. Dann vergleicht er im Brief noch linke Missaneignungen seiner Taten und Worte in den 90ern und 2000ern mit den ökofaschistischen Missaneignungen von Heute. Der Vorwurf des Ökofaschismus geht häufig einher mit dem Vorwurf die Ökoextremisten der ‚Individuen hin zur Wildheit‘ (Individualistas Tendiendo a lo Salvaje, ITS) inspiriert zu haben, Gruppen die zwischen 2011-2019 in Mexiko aktiv waren. In einem vermeintlichen Interview mit ITS, geben diese zu Papier:

„Unser unmittelbaren Ziele sind sehr klar: Wissenschaftler und Forscher zu verletzen oder zu töten (durch was auch immer für gewaltsame Handlungen), die das techno-industrielle System aufrechterhalten. Wie wir es zu verschiedenen Zeitpunkten erklärt haben, ist unser konkretes Ziel nicht die Zerstörung des techno-industriellen Systems, sonder der Angriff, mit allen dafür notwendigen Mitteln, der gegen dieses System schlägt, welches droht alle Pfade individueller Freiheit zu versperren und entsprechend unsere Abwehrreflexe in die Praxis umzusetzen.“

In einer späteren Formation, Wilde Reaktion (Reacción Salvaje, RS), behaupten sie:

„Wir von RS sind in einem individualistischen Krieg, der von uns geplant, entfesselt und ausgetragen wird gegen eine Reihe von Zielen, welche zur selben Zeit real sind und/oder die Moderne, Technologie, Zivilisation, Künstlichkeit, Progressivismus, und Humanismus repräsentieren(...).“

„RS wird darin fortfahren menschliche Ziele anzugreifen, wie es ITS schon getan hat, aber wir werden auch gegen öffentliches und privates Eigentum zuschlagen. (...) Und wenn aus diesem Grund während einem Angriff ein Bürger verletzt oder getötet wird, geht uns das am Arsch vorbei, wir werden indifferent und wahllos sein.“

ITS bekannte sich zu mehreren Morden als „wahllose Attacken“ gegen die „hyper Zivilisierten“. 2017 wird ITS schwer kritisiert, in einem Brief der betitelt ist „ITS, oder die Rhetorik der Verwesung“ und der von mehreren anarchistischenaufständischen Aktionszellen aus Mexiko signiert ist[1]. „ITS haben einen krampfhaften Autoritarismus angenommen, abgesehen von ihren pathologischen Lügen und ihren lächerlichen und unverständlichen Bekennerschreiben, zeigt die Tatsache, das sie Verantwortung für Morde und Femizide von anderen übernehmen ihren proto-faschistischen Niedergang.“ Auch Ted schreibt eine Distanzierung gegenüber ITS im Brief ‚Ted Kaczynski on Individualists Tending Toward Savagery (ITS)‘, er schließt den Brief: „(...) manche der Daten auf denen ITS aufbauen sind falsch und ITS dichtet mir Aussagen an, die ich niemals gemacht habe und Halbtungen, die ich niemals verteidigt habe.“

Die vorangegangenen Absätze sollten dazu einladen einen nuancierteren Blick auf Kaczynskis Ideen zu wagen und den Vorwurf zurückweisen, er sei ein Ökofaschist gewesen, was aber nicht bedeuten soll, dass er eine Gailionsfigur für den Anarchismus ist. Man kann den Einfluss von jemanden anerkennen, ohne ihn zum Helden verklären zu müssen. Wie dem auch sei, kein Ökofaschist zu sein, ist keine besonders hohe Messlatte. Kaczynski war auch, wie der Titel dieses Textes nahelegt, ein komischer kleiner Mann. Er war ein wütender, sexuell frustrierter cis Mann, der heute wohl als Incel zu beschreiben wäre. So schreibt er, dass er „quälende Schwierigkeiten“ hatte sich Frauen anzunähern. Er belästigte mindestens eine Frau nach dem Ende einer Beziehung, indem er mit Anspielungen tiefende Limericks über sie im Bulletin der Fabrik verbreitete, für die sei beide arbeiteten. Ted wird außerdem oft als ein Rassist bezeichnet, als homo- und transphob. Das rührt wahrscheinlich von seiner Kritik an der Linken und der unglaublich schwerfälligen Art und Weise wie er race, Sexualität und Geschlecht in seinem Manifest und andemorts bespricht. Ohne dies zu entschuldigen, kann seine Isolation von der Gesellschaft ein erschwerender Faktor gesehen werden, dafür wie schlecht er diese Themen adressiert hat. Wie dem auch sei, in seinem Text ‚Technological Slavery‘ sagt er: „(...) genauso wenig würde ich es begrüßen wenn jemand verachtet und ausgeschlossen wird, weil er* sie intersexuell ist oder auf Grund ihrer race, Religion, sexuellen Orientierung, etc., etc.“ Kaczynski war wichtig dafür anti-technologische Kritik und Praxis in den Mainstream zu bringen, auch 30 Jahre nach seiner Verhaftung.

Er war auch ein komischer isolierter Incel und er zeigte misogynen Verhalten. Er sprach über race in einer unsensiblen und schwerfälligen Art und Weise. Dennoch identifizierte er sich selbst als Anarchist und als ein expliziter (wenn auch nicht kraftvollste) Kritiker von Ökofaschismus, Rassismus, Ethnozentrismus und anderer Formen der Unterdrückung. Also war der Unabomber ein Anarchist, der (spätestens im Gefängnis) im Austausch mit anderen Anarchist*innen stand, es ist wichtig dies mit einer diagnostischen Trennschärfe festzuhalten, um zu verstehen, wo anittech und anti-zivilisatorische Kritiken von Kaczynskis Analyse und Praxis abweichen, in einer Weise, die für gegenwärtige Kämpfe mehr Relevanz haben und die dazu beitragen die ideologischen Grundfesten der westlichen

Zivilisation zu untergraben. Dabei ist es denkfaul und unehrlich den Unabomber als Ökofaschisten zu verleugnen, es ist ein Zeichen dafür keine Widersprüche aushalten und schwierigen Diskussionen aus dem Weg zu gehen. Es gibt differenzierte Kritik, die man von ihm machen kann und sollte, manche seiner Ideen sind falsch und haben keinen Bezug zur Realität, vor allem nicht zur Realität wie sich ein gegenwärtiger Anarchismus entwickelt hat, während man gleichzeitig anerkennen kann, welchen Einfluss seine Technologiekritik und Aktionen auf den gegenwärtigen Anarchismus hatten und haben. Man kann ähnliche Technologiekritik in den Arbeiten von Jaques Ellul, Thomas Kuhn, Lewis Mumford und Paul Feyerabend finden. Man kann sie in der Kritik heutiger Insurrektionalist*innen und Nihilist*innen finden, die (manchmal) besser darin sind race, Geschlecht und Sexualität zu thematisieren[2]. Sie können in schwarzer und indigener anti-zivilisatorischer und dekolonialer Kritik und Aktivität gefunden werden[3].

Ted Kaczynski hat viele radikale und anarchistische Theorien und Attacken inspiriert, aber andere haben dies auf interessantere Art und Weise getan und ihre Ideen effektiver kommuniziert. Dabei mag Kaczynski Grenzen des individuellen Angriffs aufgezeigt haben. Vielleicht liegt ein erfolgversprechenderer Weg den Aufstand zu suchen darin, den Kampf gegen die Zivilisation und die Gesellschaft mit Alltagskämpfen zu verweben[4], damit dieser Kampf auch mit sozialen Bewegungen verknüpft ist. Wer weiß, niemand hat das bis jetzt herausgefunden. Unabhängig davon, leert und zerstört alle Gefängnisse.

Frei übersetzt und stellenweise leicht gekürzt aus dem Englischen aus ‚Anathema – Free Anarchist Periodical‘, Philadelphia, Volume IX Issue II (Also die 2. Ausgabe des neunten Erscheinungsjahres).

Kaczynskis Manifest, „Die industrielle Gesellschaft und ihre Zukunft“ ist hier zu finden:

<https://anarchistischebibliothek.org/library/freedom-club-ted-kaczynski-die-industrielle-gesellschaft-und-ihre-zukunft>

Für ganz Interessierte, das Ted K Archive:

<https://www.thetedkarchive.com/special/index>

[1] Auf Englisch ist ‚ITS, or the rhetoric of decay‘ hier zu finden: <https://theanarchistlibrary.org/library/various-authors-its-or-the-rhetoric-of-decay>

[2] Hier wird im Original mit verschiedene Personen-, Zeitschriften-, und Gruppennamen herum geworfen, sowohl heutige aber auch einige Jahrzehnte zurückliegende: CLODO (<https://librifelis.noblogs.org/post/2023/07/23/c-l-o-d-o-spricht/>), Baedan (<https://baedan.noblogs.org/>), die Bekenner schreiben und Texte der Verschwörung der Feuerzellen (<https://theanarchistlibrary.org/category/author/conspiracy-of-cells-of-fire>), FAI, Freddy Perlman (<https://theanarchistlibrary.org/category/author/fredy-perlman>), Solidaritätsaktionen mit dem Kampf gegen Cop City in Atlanta (<https://scenes.noblogs.org>), ELF, ALF, etc). Noch eine Empfehlung der übersetzenden Person: das Magazin Return Fire (<https://returnfire.noblogs.org/>).

[3] Auch hier wieder verschiedenste Akteur*innen zusammengeworfen: Samuel B. (Schwarze Saat), Salish Seas Black Autonomists (<https://blackautonomynetwork.noblogs.org/>), Michael Kimble, Russel Maroon Shatz, Franz Fanon, Black Seed, Aragorn! (auch alle auf theanarchistlibrary.org zu finden), den Mapuche Widerstand in Chile and Argentinien (eine Zusammenstellung von Kampferfahrungen dieser wurde vor kurzem als Übersetzung von Ungrateful Heyenas Editions veröffentlicht, als: *Between Oceans, Forests, and Volcanoes*. Auf Deutsch wurde das Buch auch vor kurzem von Edition Feuersbrunst veröffentlicht als: *Inmitten von Ozeanen, Wäldern und Vulkanen – Der radikale Kampf der Mapuche*, zu finden hier: <https://editionfeuersbrunst.noblogs.org/>), sowie chilenische und mexikanische CCF-FAI Zellen, etc.)

[4] Nochmal folgt eine wilde Aneinanderreihung verschiedener Kampferfahrungen als Beispiel dafür, genannt werden: der Mapuche Widerstand, die East Asia Anti-Japan Armed Front, die Black Liberation Army, und nochmal die Verschwörung der Feuerzellen.

Frankfurt am Main, 12. September 2023

Kurz nach der IAA in München brennen in Frankfurt-Fechenheim zehn hochwertige Fahrzeuge auf einem Tesla-Gelände ab - Sachschaden mehr als 500.000 Euro. Die aufwändigen Löscharbeiten erfordern die Sperrung einer nahegelegenen Bahnstrecke. Die Bekennung verweist auf die Ideologie eines grünen Kapitalismus und die koloniale Zerstörung durch die Autoindustrie. **Switch Off – the system of destruction!**



So muss Auto!

Elon Musk hat Ende November den Tesla-Cybertruck vorgestellt. 845 PS und drei Tonnen Gewicht. Herrlich viel Material also, das irgendwo unter Missachtung von Umweltvorgaben geschürft, mit gutem Kohlestrom verarbeitet und per Schwerölfrachter um die Welt geschifft wird. Die exzellente Beschleunigung der drei Tonnen von null auf hundert in 2,6 Sekunden sorgt für einen überragend hohen Stromverbrauch. Für einen maximalen CO₂-Abdruck raten wir, den Wagen zu Hause am Dieselgenerator zu laden.

Die steife Karosserie („ultraharter, dreißigfach kaltgewalzter Edelstahl“) soll nicht nur dem Beschuss mit einem Maschinengewehr standhalten, sondern lässt auch Radfahrer- und Fußgänger:innen einfach abprallen. Nicht mal ein Kratzer wird zu sehen sein. Alles andere lässt sich sauber abkärchern. Für den Zusammenstoß mit motorisierten Verkehrsteilnehmern ist Mann ebenfalls bestens gerüstet. Der Cybertruck wird gemütlich über einen Ford Fiesta herüberpanzern, als wäre er eine lästige Bodenwelle. So muss Auto!



»Man weiß ja nie, das Ende kann jeden Moment kommen. Und hier bei Tesla haben wir die beste Technik für die Apokalypse.« (Elon Musk)

Die Ladefläche bietet reichlich Platz für Waffen, Benzinkanister oder eigenhändig erlegtes Großwild. Mehr als eine Tonne Zuladung und fast fünf Tonnen Anhängelast ermöglichen ungekannte zusätzliche Energieverschwendung.

Bleibt die Frage, ob Mann mit dem Cybertruck auf den Mars flüchten kann – falls es den Klimawandel doch geben sollte. Für die Hülle des Autos wurde jedenfalls derselbe Stahl verwendet wie am Raumschiff seiner Firma SpaceX. Nicht umsonst bewirbt Tesla den Cybertruck mit dem Spruch: „Für jeden Planeten gebaut.“

